

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

beträgt für die lechgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für vollstehende und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Ein Tessenborn her!

So rief am Mittwoch im Dreiklassenhause der Junker Brandenstein unter dem lauten Beifall seiner Klassen-genossen. Wie einst Jordan von Kröcher in seiner Angst vor dem Anschwollen der Arbeiterbewegung schrie nach dem Gewaltmenschen ohne Hirn, aber mit starken Nerven, so schrie diesmal der von Brandenstein, da ihm der Wahlrechtskampf Wein macht, nach einem Juristen ohne juristische Bedenken, nach einem starknervigen Staatsanwalt, der ohne allzu feines juristisches Wissen und Gewissen, aber mit um so mehr staats-reiterischem Eifer konstruiert, wo er kein Beweismaterial findet! Her mit einem Mann vom Kaliber Tessenborn, dem Typ des beschränkten Bureaufurten und unbedenklichen Rechts-handwerkers, der mit Gefängnisstrafen eine welt-geschichtliche Bewegung, mit Vereinsauflösungen eine Partei wie die Sozialdemokratie glauben erstickt zu können.

Nichts gelernt und alles vergessen! Der Junker Brandenstein, der die Manen Tessenborns anruft und nicht weiß, daß die Aera Tessenborn eine Zeit kräftigen Fortschritts der Sozialdemokratie war, der nicht weiß, daß dieser juristische Handlanger Bismarcks durch sein blindwütiges Dreinhauen auf die sozialdemokratischen Organisationen das größte Hindernis für die Vereinigung der damals noch getrennten beiden sozialistischen Parteien Deutschlands, nämlich die strittige Organisationsfrage, hinwegräumen mußte, dieser nichtswissende Junker gibt ein getreues Abbild seiner Klasse. Sie lernt nichts aus der Geschichte, die deutsche Junkers-chaft, und sie vergißt stumpfen Hirns alle Niederlagen, die ihre Unterdrückungspolitik gegen die Sozialdemokratie schon gezeigt hat.

Es war im Jahre 1874, als Tessenborn seinen berühmten Feldzug gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-verein begann. Der Schlichtung der Organisation der Lassalleaner folgte bald darauf die der Eisenacher. Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation und die Sozialdemokratie ist nicht mehr! Das war der Leitgedanke der Tessenbornschen Aktion. Schon vor dem Erlaß des Aus-nahme-gesetzes war die Sozialdemokratie auf dem Gebiet des Vereinsrechtes vogelfrei — was alle anderen Parteien unge-straft tun durften, war ihr verwehrt. Eine über das ganze Reich sich erstreckende Zentralorganisation wurde ihr un-möglich gemacht. Tessenborn hatte im ganzen Reiche ge-lehrte Schüler gefunden; die sozialdemokratischen Organi-sationen waren zerstört. Und die Sozialdemokratie? Sie lebte und gedieh! Sie stieg von 180 319 + 171 351 = 351 670 Stimmen, die bei den Wahlen von 1874 auf die Lassalleaner und die Eisenacher fielen, auf 493 447 Stimmen bei den Wahlen von 1877, sie vermehrte ihre Prekorgane und die Defektschicht ihrer Blätter, sie steigerte ihre Einnahmen. Die aufgelöste Partei überstand die wüste Attentatsbege der Jahres 1878, die aufgelöste Partei hatte in den Jahren der Aera Tessenborn sozial innere Kraft und solchen festen Zu-sammenhalt gewonnen, daß der Hammer des Sozialisten-gesetzes sie nicht zermalmen, sondern nur noch fester schmieden konnte.

Das ist das Ergebnis der Tessenbornschen Staats-rettung. Sie hatte sich dabei nicht auf die Zerstörung der sozialdemokratischen Organisationen beschränkt. Auch gegen die „Dezer“, die „Nadelsticker“ ging dieser Staatsanwalt mit demselben Eifer und derselben energischen Ausweitung der juristischen Begriffe vor. Schon in Magdeburg hatte er sich darin hervorgetan und den Blick der Regierung auf sich gelenkt. So ward er denn nach Berlin berufen, wo er seine Fähigkeiten auf größerem Gebiet betätigen konnte und wo er in der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Richterkollegium fand, das für seine Art tiefes Ver-ständnis bewies. Vor dieser Kammer wurde im Januar 1874 der Genosse Feinsch, der Berliner Vertrauensmann der Eisenacher, wegen Aufreizung und anderer Verbrechen, begangen durch den Abdruck eines seit Jahren verbreiteten und niemals beanstandeten Arbeiterliedes auf der Rückseite einer Einladkarte, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt. Gegen Kost beantragte Tessenborn bald darauf 2 1/2 Jahre Gefängnis, weil er in einer Rede über die Pariser Kommune die Bemerkung gemacht hatte, daß eine Revolution un-vermeidlich sei, wenn sich die herrschenden Klassen nicht recht-zeitig zu Reformen entschließen. Die Richter gaben ander-halb Jahr Gefängnis. Dergleichen Anträge auf Grund der verächtlichen Kautschukparagrafen über Aufreizung, Schmä-hung von Staatseinrichtungen usw. hat Tessenborn noch manche gestellt und noch manche ähnliche Schändensurteile, wie die oben angeführten gegen Sozialdemokraten erteilt. Den stetigen Fortschritt der Sozialdemokratie aber hat die Tessenbornerei nicht einen Moment zum Stocken bringen können.

Und was dem Staatsanwalt Tessenborn an der jungen Sozialdemokratie der siebziger Jahre nicht gelang, das wird einem Nachfolger an der Dreimillionenpartei sicher nicht ge-lingen. So wahnwitzig, so unglaublich beschränkt 1874 der Gedanke war, die Sozialdemokratie durch die Zertrümmerung ihrer Organisation, durch die drakonische Verurteilung ihrer Führer zu vernichten, er war immerhin noch entschuldbarer, als die Einbildung des Junkers Brandenstein im Jahre

1908, mit Strafverfolgungen lasse sich der Wahlrechtskampf des preussischen Proletariats aufhalten.

Der Kampf ums Wahlrecht, das mögen sich die preussischen Junker, und die preussischen Reaktionsäre aller Schattierungen, das mag sich die preussische Regierung gesagt sein lassen, wird weiter gehen, unbekümmert um die wilden Drohungen der Scharfmacher, unbekümmert um die Maßnahmen der Minister und Staatsanwälte. Wenn die Herrschenden Preußens der Welt das Schauspiel bieten wollen, daß Arbeiter bestraft werden, weil sie das nämliche getan, was unter dem Beifall des Kanzlers und des Kaisers unter dem Schutz der Polizei Ordnungsparteiler ungestraft tun durften — mögen sie es tun. Wir werden die Opfer bedauern, aber wir wissen, daß sie nicht umsonst fallen werden! Das Recht, auf den Straßen friedlich zu demonstrieren, wird sich die Arbeiterschaft nicht nehmen lassen! Darin wird sie auch nicht die Mit-teilung des Ministers beirren, daß die Behörden im Begriff seien, die „Nadelsticker“ zu ermitteln, die sich im Hintergrunde halten.

Die Unterscheidung zwischen „Nadelsticker“ und „Ver-führer“ ist ein uraltes Mittel jedes reaktionären Regiments. Und die Verdächtigung der Führer des Volkes schien den Unterdrückern seit jeher besonders geeignet die kämpfenden Massen zu spalten und zu verwirren. Auch jetzt wieder muß das abgebrauchte Mittel herhalten. Und auch diesmal wird es verjagen. Und wenn ein findiger Staatsanwalt, von Tessenbornschen Geistes erfüllt, von Brandenstein und Beselerschen Scharfmachereien angeeifert, auf irgend welche waghalsig konstruierte Annahmen hin angebliche „Nadelsticker“ auf die Anklagebank bringen wollte — er und seine Auftraggeber dürfen sich beschieden halten, daß sie damit den Wahlrechtskampf nicht aufhalten und den Entschluß des preussischen Proletariats, nötigen-falls aufs neue das den Ordnungsparteilern zugebilligte Recht auf die Straße in Anspruch zu nehmen, nicht erschüttern werden.

Wollen die Herrschenden Ruhe haben in Preußen, so wird nur eins helfen: die wahren Nadelsticker, die wirklich Ver-antwortlichen für die Ereignisse des 10. und des 12. Januar müssen zur Aenderung ihrer Haltung gezwungen werden.

Und diese wahren Nadelsticker, das sind die preussischen Junker und ihre Beauftragten auf den preussischen Ministerseffeln! Das sind jene, die von sicherem Sitz aus Postkisten und Staatsanwälte schicken gegen Enterbte, die ihr Recht fordern! Das sind jene, die jetzt in ihrer Angst vor der Volksbewegung den Ruf anstimmen: Ein Tessenborn her!

## Annahme des Flottengesetzes in zweiter Lesung.

Aus dem Reichstag. In der Flottenfrage sind allgemach die sämtlichen bürgerlichen Parteien in eine gleich-linnige Bewilligungsfrente eingedrückt. Konservativ, National-liberale, Zentrum, Freisinnige — wo ist da noch ein grund-sätzlicher Widerstand gegen die userlose Flottenvermehrungs-politik zu spüren? Kaum Nuancen im Bewilligungs-eifer machen sich unter ihnen geltend. So fanden sich denn gestern auch in der zweiten Lesung der Flottendroge die Redner der bürgerlichen Parteien in wenigen Worten mit der Sache ab. Dem freisinnigen Abgeordneten Romm sen gelang es, eine psychologische Erklärung für das Verhalten auch der einstmaligen oppositionellen freisinnigen Volkspartei zurechtzufuteln. Er meinte, alle bürger-lichen Parteien seien mehr und mehr zu der Einsicht gekommen, daß es sich bei Militär- und Marine-angelegenheiten um rein technische, nicht um politische Fragen handle.

Das ist natürlich vollkommener Widerspruch. Alle geschicht-liche Erfahrung beweist, daß die Frage, wie die Wehrkraft eines Staates zu Wasser und zu Lande ausgestaltet werden soll, einen ganz gewaltigen Einfluß auf die äußere nicht nur, sondern auch auf die innere Landespolitik ausübt. Weil die bürgerlichen Parteien Englands das zur rechten Zeit erkannt und demgemäß die richtigen Maßregeln ergriffen haben, hat sich England schon vor Jahrhunderten das parlamentarische Regierungssystem sichern können. Man braucht in der Gegenwart auch gar nicht einmal einen Blick auf Rußland zu werfen, um sich über die innigen Beziehungen des Heerwesens zu den politischen Zuständen eines Landes klar zu werden. Es gehört nahezu eine sinnliche Unerfahrenheit oder wissentliches Augen-verschließen dazu, um in Deutschland auf solche kommissarische Gedankengänge zu geraten, in Deutschland, wo die Verfassung des Heeres zu Herrschaftsgeworden sich in Sähen ausgeprägt hat gleich dem, daß die Rekruten auf Vater und Mutter schießen müssen, wenn das kommandiert wird.

Nicht, weil es sich dabei nur um technische Fragen handelte, sind die bürgerlichen Parteien in Heer- und Marine-fragen eingeschwenkt wie die Unteroffiziere, sondern weil sie sich dem junkerlich-bureaucratisch-militaristischen Regierungssystem endgültig unterworfen haben und darauf verzichteten, ein demo-kratisches oder auch nur bürgerlich liberales Regierungssystem an dessen Stelle zu setzen, ist der Reichstag für den Milita-rismus und Marinismus zu einer Bewilligungsmaschine ge-worden. Die Flotte insbesondere mag wachsen ins Blaue hinein. Ru welchem Zweck? Das sieht den Patrioten nicht

an. Mag dabei herauskommen, was da will: eine userlose Kolonialpolitik, ein Weltkrieg! Darüber mögen sich die „Techniker“ die Köpfe zerbrechen. Mit der Politik hat das nichts zu tun, aber auch rein gar nichts! So spiegelt sich die Frage in dem beschränkten Untertanenverständnis des liberalen Spießbürgers.

Nachdem der Referent, der Zentrumsabgeordnete v. Thünefeld, in einschläferndem Tonfall seinen Bericht heruntergerummelt, bestieg feierlich auf hohem Rothurn der nationalliberale Graf v. Oriola die Tribüne. Mit einer Würde, als gelte es, dem Gotte Negir selbst rauchende Opfer darzubringen, stimmte dieser unentwegte Bewunderer jedweden bunten Rocks seine Lobeshymne auf die Flotte an, bedauernd, daß nicht noch mehr gefordert würde, wie das nicht genug der zu prechtende Flottenverein gefordert habe.

Der freisinnige Abg. Wiemer erheiterte das Haus durch die Mitteilung, daß es dem Staatssekretär gelungen sei, seine Partei in der Kommission von der „technischen“ Notwendigkeit, das Lebensalter der Kriegsschiffe von 25 auf 20 Jahr zu kürzen, völlig zu überzeugen. Nachdem er so einen Beweis von der Fähigkeit seiner Partei, sich zu neuen Ueberzeugungen überreden zu lassen, gegeben hatte, war es ein billiger Scherz, wenn er noch ausdrücklich versicherte, daß seine Partei niemals gegen ihre Ueberzeugung irgend welche Steuern bewilligen würde.

Auch der Abg. Spahn gab namens des Zentrums die Erklärung ab, daß sie gegen ein Flottengesetz an sich nichts einzuwenden hätte; nur machten sie ihre endgültige Zu-stimmung in der dritten Lesung von der vorherigen Erledigung der Deckungsfrage abhängig.

Seine Anfrage, was denn eigentlich die Regierung da für Pläne habe, lockte den Reichschapssekretär Herrn v. Stengel hinter dem Ofen hervor. Mit einem un-gewöhnlich gestulationalreichen Eifer verwahrte er sich da-gegen, daß die neugierige Presse fortgesetzt seine geheimnisvollen Finanzpläne herauszufuteln suche, wußte aber selbst jetzt noch nicht zu enthüllen, was die Regierung eigentlich an neuen Steuern fordern wolle. Nur so viel glaubte er andeuten zu können, daß die Reichschapsköpfe beim Zwischen-handel mit Branntwein und bei der Zigarren-fabrikation angefeuert werden sollten.

Herr v. Richtigosen betätigte wie immer die amts-konservative Regierungstirene.

Er jetzt kam Genosse Bebel zum Wort. Er reduzierte alle die Scheinritze der bürgerlichen Parteien auf ihren wahren Wert, indem er nachwies, daß durch ihre Gesamtschuld wir jetzt in eine Periode userloser Flottenbauten hineingeraten seien. Dabei habe der Flottenverein weder mitgeholfen, aber auch ohne dessen Treibereien wäre es so gekommen. Des-halb sei dem Groschmäußerkrieg zwischen den Reimlingen und den Höflingen keinerlei Bedeutung beizumessen. Es sei doch wohl noch nicht dawegesen, daß aus dem Parlament selbst heraus zu immer neuen Mehrforderungen direkt an-getrieben würde. Wenn auf solche Aeußerungen in der Kommission hin der Marineminister erklärt habe: „Schaffen Sie mir nur dafür eine Mehrheit im Reichstage“, so lasse sich das nur daraus erklären, daß an der entscheidenden Stelle gleichfalls immer stärkere Marinebauten gewünscht würden. Dabei kümmere man sich nicht um die Frage, woher denn die Mittel genommen werden sollten.

Und das sollte nur eine marineteknische Angelegenheit sein? Kaum eine andere Frage sei so eminent politisch.

Bebel ging dann auf den Zweck des Flottenbaus und auf den Einbruch ein, der damit im Auslande, besonders in Eng-land erzielt würde. Dort werde man zu dem Gedanken ge-drängt, daß dieses ganze Flottenrisiko gegen England be-trieben werde. Dadurch würden aber schwere Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschworen.

Zu einer wichtigen Anklage gestalteten sich Bebel's Aus-führungen zu der Deckungsfrage. Wiederum schide man sich an, die Kosten der breiten Masse des Volkes aufzubürden. Das sei eine Schamlosigkeit der herrschenden Klassen. Als die Patrioten über diese Worte der Entrüstung murrt, rief ihnen Bebel zu, sie hätten es ja in der Hand ihren Patriotismus durch die Tat zu beweisen, indem sie die Kosten für die Schiffsbauten durch eine Einkommensteuer oder Vermögens-steuer aufbrächten.

Der Marineminister suchte durch einige Be-trachtungen über die großen Hüßsmittel Englands zur See die deutsche Flottenrüstung harmlos erscheinen zu lassen. Die Herren Dr. Arendt und Liebermann v. Sonnen-berg dienten ihm als Chorus. Dann wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen.

## Was steckt dahinter?

Das eigenartige Rezierpiel, das in den letzten Tagen mit den vom Reichschapssekretär ausgetheilten Steuerprojekten getrieben wurde, hat heute im Reichstage seine vorläufige Erklärung ge-funden. Auf die Beschwerde des Herrn Spahn, daß die „Frankf. Zig.“ bereits die noch den Bundesrat beschaffigende Branntwein-steuerborlage zu betörfenlichen vermocht habe, erklärte Reichherr v. Stengel, daß er zwar nicht zu sagen vermöge, wann der Bundes-rat seine Steuerentwürfe erledigt haben werde, daß aber zur Sanierung der Reichsfinanzen tatsächlich die Verhäußigung



eines Teiles des Zwischenhandels mit Branntwein sowie die Einfuhrung der Zigarren- und Zigarettensteuer geplant sei.

Noch vor wenigen Tagen beliebte es der Regierung, mit ihren Steuererforderungen zu spielen. Als der Verband der Spiritus- und Spirituoseninteressenten mitteilte, die Spiritusmonopolvorlage werde binnen kurzem dem Reichstage zugehen, erklärte der „Verf. Lok.-Anz.“ halbamtlich, der Bundesrat habe bisher die Spiritusmonopolvorlage noch nicht verabschiedet. Es sei auch fraglich, ob dies in der nächsten Plenarsitzung bereits geschehen werde. Die Vorlage über eine Zigarettenbändersteuer ruhe noch in den Ausschüssen des Bundesrats und begegne dort Schwierigkeiten. „Unter diesen Umständen läßt es sich noch nicht absehen“, bemerkt das Blatt, „wann diese Steuererforderungen an den Reichstag gelangen werden.“

Eine Darstellung, die dadurch von der „Kreuz-Ztg.“ näher illustriert wurde, daß sie in ihrer letzten Wochenübersicht erzählte, die Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichschatzsekretär hätten noch nicht zum Ziele geführt. Wie verlautet, gedächten die Freisinnigen sowohl das Spiritusmonopol wie die Zigarettenbändersteuer gleich abzulehnen.

Es waren also Rücksichten auf eine gewisse Opposition unter den Wochparteiern, welche die Regierung bestimmten, vorläufig noch die Ansicht aufrecht zu erhalten, als sei in der gegenwärtigen Reichstagsession mit der Einbringung der schönen Erzeugnisse der Stengelschen Steuerphantasien nicht mehr zu rechnen.

Wenn Herr v. Stengel jetzt diese Reserve aufgegeben hat, so muß entweder — vorausgesetzt, daß der Reichschatzsekretär nicht des Zwartens müde und zum Verlassen seines Postens bereit ist — angenommen werden, daß die Freisinnigen ihren bei den Besprechungen gezeigten Widerstand aufgegeben haben, oder daß die Regierung es auf einen Bruch mit dem freisinnigen Blockflügel ankommen lassen will in der Hoffnung, bei dem agrarischen Teil des Zentrums die nötige Unterstützung zur Durchsetzung ihrer Absichten zu finden. Die letztere Annahme erscheint fast als die wahrscheinlichere; denn so zäh der Freisinn auch am Block hängt, das Spiritusmonopol und die Zigarettensteuer vermag er nicht zu bewilligen, wenn er einen Teil seiner zahlungskraftigsten Anhängererschaft nicht verlieren will.

Demnach scheint tatsächlich die Regierung es in der Frage der Reichsmangereform mit dem sogenannten Dreiklassenbündel versuchen, das heißt, wenn der Freisinn verfährt, sich Sukkurs für ihre Steuerprojekte aus den agrarischen Elementen des Zentrums holen zu wollen. Es wäre ein höchst komisches Possenspiel, wenn auf diese Art trotz der Bülow'schen Wahlrechtsveränderungen krampfhaft am Block festhaltende Freisinn für seine guten Dienste gar noch von der Regierung mit Fußtritten traktiert würde.

## Die „Neutralität“ der Hirsch-Duncker'schen.

Der Zentralrat der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine hat in Gemeinschaft mit den Generalräten am letzten Sonntag neue Leitfäden ausgearbeitet. Diese Leitfäden betonen einleitend die politische Neutralität der Gewerksvereine, um gleich darauf an den Staat unter anderem folgende Forderungen zu stellen:

Solle gleichberechtigte Selbstverwaltung aller Versicherungsleistungen durch Unternehmer und Arbeiter, freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Arbeitskammern und Reichsarbeitsamt, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Verbesserung der Volksschule, Erleichterung des Besuchs höherer Schulen für Unbemittelte.

Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.

Beseitigung aller indirekten Steuern auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände.

Wenn die Gewerksvereine wirklich ernsthaft für die hier aufgestellten sozialen und politischen Forderungen eintreten wollen, können sie gar keine politische Neutralität

## Grabhändler.

Lassalle begann seine revolutionäre Schülerhebung gegen den Mob von „Bildung und Besitz“ mit der Weiselung des Julian Schmidt als des Königs „jener Bande unwissender und gedankenloser Lügen, die sich, zu jeder bürgerlichen Hanterung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitscheu zum Postsekretär, eben deshalb berufen glauben, Volksbildung zu treiben.“ Lassalle hat ihren damaligen gefalteten Primas erschlagen, aber er wußte sehr gut, daß damit die Bande selbst noch lange nicht ausgerottet sei, daß sie weiter wuchern müsse, so lange es politische und soziale Unterdrückung gibt, daß sie es um so schamloser treiben werde, je schamloser die arbeitende Klasse von „Bildung und Besitz“ verraten wird.

So ist sie denn gegenwärtig wieder oben auf, und namentlich in der freisinnigen Wochpresse, die es ja auch am nötigsten hat, die Gräber der großen Toten aus der klassischen Zeit des deutschen Bürgertums zu schänden. Sie verhöhnt die Fichte und die Lessing und die Schiller gerade so, wie ihr Ahnherr zu Lassalle's Zeit. Einen Gipfel dieser Grabhändlung aber erreicht die „Voss. Ztg.“ in ihrer letzten Sonntagsnummer, wo sie in mehreren Artikeln auf dem Grabe von David Friedrich Strauß ihren Hezentanz vollführt. Der Fall ist besonders lehrreich, weil die Wochgenossen in getoßener Ehre sich wohl auf Strauß berufen dürfen. Als Verteidiger des an Robert Blum begangenen Mordes, als gehässiger Wegner der modernen Arbeiterbewegung, als gleich gültiger Verherrlicher der Monarchie und der Todesstrafe verdient Strauß sicherlich, von den Fischbeck, Mugdan, Müller-Sagan und sonstigen Mittern hoher Orden auf den Schild gehoben zu werden. Aber davon schweigt die „Vossische Zeitung“ feinsäuberlich; damit ist kein Hund vom Djen zu locken, damit ist das Volk nicht zu betören. Sie läßt die den armen Strauß vielmehr in den Leistungen, in denen er wirklich ein Befreier gewesen ist und fügt ihm die Schande zu, ihn in diesen Leistungen als ihren Vorläufer zu feiern.

Sie stellt „schmerzliche“ Betrachtungen darüber an, daß die evangelische Kirche den hundertsten Geburtstag von Strauß nicht feiere. „Durch keinen Wodanklang ehrt die Kirche den Toten, wie sie den Lebenden hat und fast von sich ausgestoßen hat.“ Dieses kann man der evangelischen Kirche aber wirklich nicht so sehr übel nehmen; sie hat nicht den Lebenden von sich gestoßen, sondern der Lebende hat sich von ihr losgesagt und ihr derbe Prüffe verfehlt, von denen sie sich nie wieder erholt hat. Sicherlich, der Freisinn pugt den Königen und Ministern, die ihn mit Fußtritten regalisieren,

leben! Sie müssen dann diejenige Partei unterstützen, die für ihre Forderungen eintritt, und alle Parteien belämpfen, die ihre Forderungen ablehnen oder auch nur durch ihre Taktik der Erfüllung dieser Forderungen entgegenarbeiten! Oder aber es geht den Hirsch-Duncker'schen wie dem Freisinn, der Prinzipien nur zum Zwecke des Wimpelzuges besitzt und sie in der Praxis regelmäßig verleugnet!

Die Gewerksvereine fordern z. B. „Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.“ Der Freisinn aber lehnt die Gleichberechtigung in den Gemeinden ab! Er kämpft nicht einmal für die Gleichberechtigung im Staat, d. h. in Preußen, sondern treibt elende Schacherpolitik mit der Reaktion, um ein paar Mandate zu ergattern. Er hat seinen Frieden geschlossen mit den Agrariern! Er hat, um im Woch geduldet zu werden, für die Börse einige kleine Gefälligkeiten zu erhalten, ein paar Orden einzuhändigen und vom agrarischen Kanzler des Dreiklassenwahlrechts gemeinsam mit Herrn Liebermann v. Sonnenberg zu Gast gebeten zu werden, jeden Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preußen aufzugeben!

Wie können da Hirsch-Duncker'sche Arbeiter für den Freisinn eintreten? Oder können sie das Zentrum, Nationalliberale, Konserbative oder Antisemiten unterjühen? Es bleibt also nur eine Partei übrig, von der sie ein energisches Eintreten für ihre politischen Forderungen erwarten können: die Sozialdemokratie. Von ihr aber will das Programm nichts wissen, weil die Gewerksvereine sich auf „den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung“ stellen wollen.

Das neue Programm ist also so widerspruchsvoll und unlogisch wie möglich. Wird die soziale und politische Praxis die Gewerksvereiner endlich zur Erkenntnis der Notwendigkeit proletarischer Klassenpolitik führen? Wenn sie es mit ihren Forderungen ernst meinen, ist und darum nicht bange. Die Forderungen der bestehenden Klassen und ihrer politischen Vertretungen, die bürgerlichen Parteien, müssen ihnen schließlich klar machen, daß die Arbeiterklasse die Gleichberechtigung des Proletariats nur aus eigener Kraft erringen kann!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar 1906.

### Aus dem Dreiklassenhause.

Ueber die Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses, deren wichtigster Teil unser Leitartikel behandelt, wird uns noch geschrieben:

Das Abgeordnetenhaus erlaubte sich am Mittwoch bei der Fortsetzung der Beratung des Justizetats einen schweren Eingriff in die Rechtspflege. Es ist ja nicht das erste Mal, daß das preussische Junkerparlament die Justizverwaltung gegen Sozialdemokraten scharf zu machen gesucht hat, und es trägt nicht gerade zur Festigung des Vertrauens in die preussische Rechtspflege bei, daß solche Versuche nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Wenn es der Staatsanwaltschaft gelüftet, sich neue Klagen anzugeben, uns kann es recht sein. Wenn aber der Justizminister Dr. Weseler die Erwartung ausspricht, daß die verhafteten Demonstranten streng bestraft werden mögen, so beginnt er damit eine Beeinflussung der Richter, die nicht leicht genug gerügt werden kann. Wie kommt der Leiter der preussischen Justiz dazu, sich entgegen dem Geist und dem Wortlaut der Verfassung in den Gang der Rechtspflege einzumischen?

Leider fand sich niemand im Hause, der den Minister in seine Scharren gewiesen hätte. Der freisinnige Abg. Dr. Eräger kritisierte zwar die Antwort des Ministers, aber so milde, wie es sich für einen Freisinnsmann geziemt. Er verurteilte die Straßendemonstrationen, warnte aber vor einer Aufseherung an die Staatsanwälte zum scharfen Vorgehen, da man dadurch gerade die gegenteilige Wirkung hervorrufen könne. Das war alles. Redner anderer Parteien äußerten sich zu der Frage überhaupt nicht.

immer noch die Schube, aber wenn sich die evangelische Kirche nicht zu einer gleichen Selbsterbedigung bequemt, so ist es am Ende nicht die größte ihrer Sünden, wenn es denn nach Ansicht der „Altenweggen“ eine Sünde sein soll. Strauß selbst würde sich, wenn an seinem hundertsten Geburtstag die Glocken der christlichen Kirche zu seinen Ehren erklingen wären, vermutlich im Grabe umgedreht haben.

Er war ein ehrlicher Feind der christlichen Kirche, die er ehrlich bekämpfte. Deshalb hat er ihr auch nie verweigert, was sie mit Recht beanspruchen kann, daß sie nämlich kein Laubenschlag zu sein braucht, worin jeder nach Belieben heraus- und hereinflappen kann. Auf der letzten Seite, die er geschrieben hat, bezieht Strauß sich zustimmend auf das Wort von Herdinus: „Mir kommt es vor, daß diejenigen Geistlichen, welche sich an Christus selbst halten, von dem Geheimnis seiner Geburt, seiner Auferstehung und von seinen Verheißungen lehren, und die gläubige Menge, welche zuhört, die Kirche ausmachen; wenn wir anderen aus- und eingehen, wir bringen Zug, aber keine Wärme hinein.“ Und schon zwölf Jahre vor seinem Tode schrieb Strauß: „Alle die Ansichten und Vorstellungen, die zwischen dem streng kirchlichen und dem freiesten kritischen Standpunkt vermitteln möchten, sind aus allerlei Feigen der verschiedensten Stoffe zusammengesetzt, die unmöglich in die Länge zusammenhalten können. Und um solche, nicht in edlem Kampfe zerfetzte, sondern von Haus Lumpige und gestückelte Fahne sollte sich eine Gemeinde sammeln?“

Nun, eine Gemeinde hat sich um diese Fahne auch nicht gesammelt, aber wohl der brave Freisinn mit der Laute Woh an der Spitze! Das ist natürlich ihr Recht, das wir ihnen nicht bestreiten; je „lumpiger“ ihre Fahne ist, um so willkommener soll es uns sein. Aber es ist eine Infamie der „Vossischen Zeitung“, durch eine Reihe literarischer Fälschungen den Schein hervorzurufen, als sei Strauß der Träger dieser Fahne gewesen. Strauß hat, um mit Kant zu sprechen, die faule und feige Aufklärung genau so gehaßt wie Lessing, auf dessen Grabe die „Vossische Zeitung“ bei diesem Artikel natürlich auch wieder herumtrampelt. Es ist aus Rücksicht auf unseren Raum unmöglich, alle ihre Fälschungen aufzudecken, aber wenigstens einige wollen wir anmalen.

So erzählt die „Vossische Zeitung“, Strauß habe im Jahre 1860 seinen alten Freund und Landsmann Hoffmann, der damals Generalsuperintendent und Führer der Hospredigerpartei zu Berlin gewesen sei, „wegen dessen wenig taftvollen Verhaltens am Grabe Humboldt's sehr sarkastisch in der Gütten-Borrede abgeföhrt“. Steht man nun die Gütten-Borrede nach — es ist die Borrede nicht zu Gütten's Biographie, sondern zu Gütten's Gesprächen gemeint — so schlägt diese Borrede nicht den damaligen Führer der Hospredigerpartei, sondern den

Die weitere Debatte war der Frage der Behandlung jugendlicher Verbrecher gewidmet; sie beendete sich zu einem Antrag Schiffer (natl.) und Genossen, der die Regierung ersucht, beim Bundesrat die schleunige Einbringung eines Gesetzesentwurfs über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in bezug auf jugendliche Personen zu erwirken und bis dahin die Versuche, im Wege der Verwaltung das Strafverfahren gegen Jugendliche entsprechend zu regeln, nach Möglichkeit zu fördern. Der Antrag wurde der Justizkommission zur Vorbereitung überwiesen, obwohl der Justizminister davor warnte, diese Materie, losgelöst von der allgemeinen Reform der Strafrechtsordnung zu regeln. —

### Serrenhand.

Die edlen und erlauchten Herren der „ersten Kammer“ Preußens sind am Mittwoch wieder einmal zusammengewesen, um im Handumdrehen ein halbes Duzend Vorlagen zu erledigen, darunter die betr. die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin (Errichtung der königlichen Polizei für Lichtenberg) und betr. die Uebertragung polizeilicher Befugnisse in Gemeinde- und Outabgeirten der Umgebung von Potsdam an den königlichen Polizeidirektor von Potsdam.

Am Donnerstag will das Haus die Polensvorlage beraten. Vorher findet die Wahl des Präsidenten an Stelle des verstorbenen Fürsten zu Inn- und Ansphausen statt.

### In päpstlicher Ungnade.

Die fromme „Germania“ erfährt trotz ihrer in letzter Zeit zur Schau getragenen tiefen Debatte vor der Weisheit der römischen Kurie einen neuen Rasenstüber, den sie mit Pulvermehne wiederum unter Versicherungen ihrer guten päpstlichen Gesinnung ehrsüchtigvoll einsteckt.

Der Straßburger Universitätsprofessor und päpstliche Hausprälat Konstantin Eshardt hat kürzlich in der „Internationalen Wochenschrift“ eine Kritik der Enzyklika Pascendi veröffentlicht und die „Germania“ druckte in einer Aufwallung oppositioneller Gelüste einen Teil dieser Ausführungen ab.

Das gab der aus dem Vatikan gespeikten „Correspondenza Romana“ Anlaß nicht nur den würdigen päpstlichen Hausprälaten, sondern auch die „modernistische“ „Germania“ gründlich wegen ihrer Unwissenheit in katholischen Lehrfragen abzulanzeln. Eshardt sei, schreibt die römische Korrespondenz, intelligent, berechnend und habe ausgebreitete historische Kenntnisse, sei aber durch aus unzulänglich in den Fragen der Philosophie und Theologie. Seine Sprache gegenüber dem Papste sei in Form und Inhalt inkorrekt. Hinsichtlich der orthodoxen Fundamentalsargumente verdiene er, daß jeder wahre Katholik ihn öffentlich tadelt. Die „Germania“ aber zeige sich ihrer römischen Tradition unwürdig, da sie mit schmeichelfhaften Worten für den Verfasser den am meisten zu verurteilenden Teil des Eshardt'schen Artikels abdrucke.

Die „Correspondenza“ weist dann auf einen Artikel des Pfarrers Würzberger-Kleinheim in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ hin, der Eshardt lobt und den Vatikan und das katholische Zentrum angreift. Die „Correspondenza“ billigt den Freimut Würzberger's und erklärt, die elementarste Ehrlichkeit verlange, daß diese sogenannten Katholiken sich außerhalb der Kirche stellen.

Auf diese scharfe Beurteilung zieht sich die „Germania“, wie es sich für sie geziemt, mutig auf ihre gute Gesinnung zurück und erfindet ein Mißverständnis:

„Die schmeichelfhaften Worte“ sollten,“ schreibt sie, „wie gesagt, Mißverständnisse, worum wie von dem Artikel Nichts genommen haben. Handelte es sich um einen weniger angesehenen Verfasser, so hätte kein Anlaß vorgelegen, den Artikel zu erwähnen. Daß wir die wichtigsten und nicht die nebensächlichsten Bemerkungen des Artikels wiedergaben, war doch auch wohl selbstverständlich. Die Gefahr, daß die „Germania“ ihren Traditionen untreu werden könnte, liegt nicht im entferntesten vor.“

Arme „Germania“! Vielleicht passiert ihr sogar trotz ihrer Inhaltslosigkeit dennoch das Rasenstüber, auf den Indez gefeht zu werden. —

gegenwärtigen Artikel der „Vossische Zeitung“ rechts und links um die Ohren, indem Strauß ausführlich gegenüber den Leuten der „lumpigen“ Fahne, die evangelische Kirche sei im Recht, wenn sie von den großen Denkern und Forschem des Bürgertums nichts wissen wolle; „nur allein Humboldt's Kosmos mit seinen populären Bearbeitungen hat dem Kirchenglauben unberechenbaren Abbruch getan, und ich kann es Humboldt's Leichenredner in Berlin, meinem alten Freunde, nicht verdenken, wenn er dem heimgegangenen Naturforscher nur sehr bedingte Aussicht auf den Zutritt in den kirchlichen Himmel zu eröffnen wußte.“

Eine grobe Fälschung ist es dann ferner, wenn die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Die Kirche selbst ist es gewesen, die dem verbitterten Gelehrten schließlich das Schwert des alten und neuen Glaubens in die Hand drückte, mit dem die seine Gelehrtenhand nach derber Schmachart kräftig um sich schlug.“ Gelogen wie gedruckt. Nicht die Kirche hat die letzte Schrift von Strauß veranlaßt, sondern — er selbst sagt es in dem Wortwort mit den unzweideutigsten Worten — sein Wunsch, sich als ehrlicher Mann deutlich zu scheiden von den Leuten der „lumpigen“ Fahne, wie sie die „Voss. Ztg.“ betritt, und es war denn auch die liberale Presse dieses Kalibers, die dem „seinen“ Gelehrten die letzte Lage seines Lebens durch boshafte Schmähungen so verbitterte, daß der alte Sozialistenhasser sich von der sachlichen und würdigen Kritik der sozialdemokratischen Blätter mit einem dankbaren Händedruck verabschiedete.

Alles das ist aber noch ein Kinderspiel gegen die beispiellose Dreistigkeit, womit die „Voss. Ztg.“ sich anstellt, als gäbe es heutzutage keine andere Unterdrückung als durch die Kirche. „Ob dieser Lebenslauf am Kreuze endet, auf dem Scheiterhaufen, in der Folterkammer oder an der Hungertippe, oder beim moralischen Selbstmord — ist belanglos und hängt vom wechselnden Geschick der Zeiten ab. Der Haß, die Verfolgung, das Gift, das einem solchen Manne zur täglichen Nahrung wird, ist zu allen Zeiten dasselbe, weil das Pfaffen-tum dasselbe bleibt.“ Strauß sei wegen seines Lebens Jesu zum „geistigen Hungertode“ verurteilt, den „Sorgen des Privatgelehrtenlebens“ überliefert worden. Ohne Zweifel brüllt dieser Löwe gut, ist aber nichtsdestoweniger eine schädige Stahe.

Das Lange und Kurze an der Sache ist, daß Strauß wegen seines Lebens Jesu von der württembergischen Regierung, und zweifellos auf Antrieb der Kirche, aus einer geistlichen in eine weltliche Lehrerstelle versetzt wurde, was die Gelehrten der „Vossischen Zeitung“ in der Jubrust ihrer theologischen Begeisterung eine Verurteilung zum „geistigen Hungertode“ nennen. Die Maßregelung selbst blamierte ungleich mehr die Regierung, als die Kirche, der man es nicht



### Vollsbewegung gegen Eintrittskarten.

Die freisinnige Volkspartei veranstaltet Sonntag, den 2. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, bei Guggenhausen (Moritzplatz) eine freisinnige Wählerversammlung, in welcher die Abg. Cassel, Fischel, Kopisch, Müller-Weinigen und Winter über die Reform des preussischen Landtagswahlrechts und die Stellung der Regierung sprechen werden.

Der Einlaß findet nur gegen Eintrittskarten statt. Eine Diskussion scheint nicht vorgesehen zu sein. In öffentlichen Versammlungen scheinen die Herren sich nicht begeben zu wollen!

### Der neue Präsident der Seehandlung.

Als Präsident der Seehandlung (Preussischen Staatsbank) an Stelle des an die Spitze des Reichsbankdirektoriums getretenen Herrn Hagenstein ist der erste Staatskommissar an der Berliner Börse, Oberregierungsrat Hempfenmacher in Aussicht genommen.

Wenn Gerüchte, die vor einiger Zeit durch die Zeitungen gingen, auf Wahrheit beruhen, so hat Herr Paasche wiederum eine Stelle, auf die er sich schon Hoffnungen gemacht hat, nicht erhalten. Herr Paasche wird, wenn es so weiter geht, bald ein Jubiläum der geläufigsten Hoffnungen feiern können.

### Protestkundgebungen gegen den Reichsvereinsgesetz-Entwurf

fanden in einer ganzen Anzahl Industrieorten des Agitationsbezirks Jena statt. In Reuß i. L. wurden bis jetzt in Jwohzen, Rebschütz und Gera Versammlungen arrangiert. In Jwohzen sprach der Genosse Leber in einer gut besuchten Versammlung, in Rebschütz und Gera der Genosse Buzum vor überfüllten Versammlungen. Überall wurden die Ausführungen der Referenten — die sich scharf gegen den neuen Vereinsgesetzentwurf richteten — mit hartem Beifall aufgenommen.

Im Wahlkreise Weimar 8 fanden am 25. und 26. Januar zehn gut besuchte Versammlungen statt, die sich ebenfalls mit dem neuen Vereinsgesetzentwurf beschäftigten. In Jena sprach Genosse Stücken im großen Volkshaus vor über 1000 Personen. In Weida, wo ebenfalls Stücken sprach, war die Versammlung so stark besucht, daß verschiedene Teilnehmer keinen Platz fanden. In den anderen Orten: Bürgel, Reusdorf, Wartenburg, Kranichfeld, Leipzig, Köstlich, Berga a. S. und Müchelnberndorf referierten die Genossen Leber, Deubert, Stephan und Harger. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

In der Erwägung, daß der dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Vereinsgesetzes nicht nur keine Verbesserungen, sondern für eine Anzahl Bundesstaaten sogar noch Verschlechterungen gegenüber den jetzt geltenden Bestimmungen herbeiführen geeignet ist; in der weiteren Erwägung, daß auch der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes keine Gewähr dafür bietet, daß die — ganz besonders in einer Anzahl Thüringer Staaten — geübte Polizeivillkür beim Verbot nicht nur von sozialdemokratischen, sondern auch von gewerkschaftlichen Versammlungen beseitigt wird, sind die Versammelten der Ansicht, daß der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes nicht den Mindestforderungen genügt, die das Volk an einen modernen Industrie- und Rechtsstaat zu stellen hat.

Aus diesem Grunde stellt die Versammlung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ersuchen, der beabsichtigten Vorlage — in der jetzigen Form — nicht zuzustimmen zu wollen.

Am 1. und 2. Februar werden die Genossen in Reuß a. L. in 12 Versammlungen zu dem Entwurf Stellung nehmen.

Auch in Köln und Vororten protestierten sehr außerordentlich zahlreich besuchte, zum Teil überfüllte Volksversammlungen. Am die Besucher erst recht zum Protest anzuregen, mußten im Volkshaus in Köln auf Verlangen des Polizeikommissars zu Beginn der Versammlung sich die Frauen in das „Segment“ begeben, weil die Einberufung vom Sozialdemokratischen Verein gesehen war. In allen Versammlungen wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammelten protestieren entschieden gegen jeden Versuch, durch ein Vereinsgesetz den gegenwärtig bereits als unhaltbar und bedrohend empfundenen Rechtszustand auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts in reaktionärem Sinne zu regeln.

Dieser Protest richtet sich insbesondere:

- 1. gegen jede Anmeldepflicht öffentlich angelegter Versammlungen;
- 2. gegen jede Beschränkung der Ausübung des Versammlungsrechtes unter freiem Himmel, die nicht lediglich der Rücksicht auf den Verkehr entspringt;
- 3. gegen das einen schäblichen Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter und eine Vergewaltigung fremdsprachiger Reichs-

so sehr verübeln konnte, daß sie die angehenden Diener des Wortes nicht von einem Manne unterrichten lassen wollte, der eben die historische Wahrheit des Evangeliums in Grund und Boden zerstört hatte. Da Strauß sich diese Maßregelung nicht gefallen lassen wollte und übrigens ein vermöglicher Mann war, so lebte er fortan in der vielleicht angenehmen Stellung, die ein moderner Mensch haben kann: als völlig unabhängiger Schriftsteller. Hätte er aber auch kein Vermögen besessen, so hätte ihm die Laufbahn als philosophischer Professor eben so offen gestanden wie seinen Freunden und Gesinnungsgenossen Bischof und Keller, von denen es jener zum württembergischen Adel und dieser sogar zu einem marmornen Denkmal in Berlin neben einer deutschen Kaiserin gebracht hat.

Es kommt einem fast wie ein Traum vor, was aber nur ein Beweis dafür ist, wie sehr sich die Nerven abstumpfen in der entsetzlichen moralischen Atmosphäre des neudeutschen Reiches, daß sich zu vorwärtlicher Zeit „Wesih und Bildung“ auftragen konnten wegen der Maßregelung, die Strauß und in ähnlicher Weise Bruno Bauer durch die Orthodoxie zu erfahren hatten. Ehren wir jedoch die Lage, wo das deutsche Bürgerturn noch Ehre in Liebe hatte! Das ist nun aber vorbei, und so mögen uns seine Organe mit allem Getöse über die Märtyrer von anno dazumal verschonen. Es ist so, als wenn sich ein schwerer Junge von Einbrecher über einen leichten Mordraub entsetzen wollte.

Die „Wolffsche Zeitung“ selbst hat vor einigen Jahren einen ihrer Redakteure, nur weil er ein Jude war, dessen Nase ihrem kapitalistischen Verleger nicht gefiel, den, wie sie so schön sagt, „Sorgen des Privatgelehrtenlebens“ überließert, unter der gleichnerischen Beschönigung, alle ihre Redakteure müßten zu der „Lumpigen“ Fahne des Prokstantenvereins schwören, die Strauß gebrandmarkt hat, und der Moloch der Orthodoxie, von dem Strauß gestreichelt wurde, ist noch ein wahrer Gott der Liebe verglichen mit dem Moloch des Militarismus, der unter schmerzhaftem Weisfall des gesamten Volks unseren Genossen Viehwecht erst chlos machen wollte und jetzt brotlos machen will, weil Viehwecht ihn kritisiert hat wie Strauß jenen anderen Moloch.

Das sind nur ein paar Proben des beispiellosen Systems der politischen und sozialen Unterdrückung, von dem die Blockpolitik lebt, und die freisinnigen Helfershelfer dieser Politik sollten sich der feigen Heuchelei schämen, womit sie die Gräber der Fichte und Lessing und Strauß schänden. Sie haben kein Recht, über Haß und Verfolgung und Gift den Mund aufzureißen, und wenn sie es dennoch tun, so gehört ihnen ein drauf, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

angehöriger bedeutende Verbot, in Versammlungen die Mutter-sprache zu gebrauchen;

- 4. gegen die Aufrechterhaltung der Koalitionsverbote für Landarbeiter und Diensthöten und
- 5. gegen die Zulassung besonderer schikanöser Polizeiverordnungen neben dem Vereinsgesetz.

### Wahlrechtskampf und Protestbewegung gegen das Reichsvereinsgesetz in Elsaß-Lothringen.

Anlässlich des Zusammentritts des elsass-lothringischen Landes-ausschusses, der auf den 30. d. M. zu seiner 35. Tagung einberufen ist, setzte der Landesvorstand unserer Partei auf Sonntag, den 26. Januar, entsprechend einem Beschlusse der letzten Landesversammlung in allen größeren Parteien Elsaß-Lothringens Protestversammlungen gegen das bestehende indirekte und seitlich komplizierte Wahlsystem zum Landesauswahlschuss an, womit Protestkundgebungen gegen das geplante Reichsvereinsgesetz verbunden wurden. Demgemäß fanden am Sonntag über 30 öffentliche Versammlungen in Elsaß-Lothringen statt, in welchen Protestresolutionen gegen das bestehende Landesauswahlschusswahlrecht und gegen die vereinsgesetzliche Reaktion für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sowie für uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit gefaßt wurden. Die organisierte Arbeiterschaft der oberelsässischen Industriezentrale Mühlhausen proklamierte zugleich und behauptete, wie bereits kurz gemeldet, mit Erfolg das Recht auf die Straße. Die Arbeiterschaft zog in zwanglosen Gruppen zu der auf 11 Uhr angesetzt, bei der Ungünstigkeit des Wetters bereits überfüllten einzigen politischen Versammlung im Mittelpunkt der Stadt, auf den Franklinplatz, von wo aus sich dann halb zwölf Uhr ein Zug von 2000—2500 Demonstranten unter Hochrufen auf das Wahlrecht, mit dem Rufe: „Fort mit Willem!“ und unter dem Abhängen von Arbeiterlampions an der Kreisdirektion und am Rathaus vorbei durch die innere Stadt bewegte. Ein außerordentliches Schutzmansaufgebot suchte das Eindringen in die Hauptverkehrsadern der Stadt vergeblich zu verhindern. Im übrigen enthielt sich die Polizei jeder Provokation, so daß die imposante Kundgebung, die erste dieser Art in Mühlhausen, gegen 1 Uhr mittags ganz unblutig und — soweit bekannt — selbst ohne Verhaftung zu Ende war. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß auch größere Straßenkundgebungen organisierter Arbeiter ohne jeden Nachteil für die öffentliche Ruhe und Sicherheit sind, wenn sich nur die Polizei selber ruhig verhält.

Graf Runo Rolke. Gegen den Herausgeber der Berliner Wochenchrift „Morgen“, Dr. Landsberger, hat, wie berichtet wird, Graf Runo Rolke Strafantrag gestellt. Der Graf fühlt sich durch einen seinen Prozeß berührenden Artikel der Zeitschrift beleidigt.

### Wandelbarer Monarchismus.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist mit dem Großherzog von Hessen höchlich unzufrieden und sie liest ihm und seinem Minister energisch den Lezt, weil sie die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Sozialdemokratie anerkennen und sie nicht nach preussischem Muster außer Kraft setzen. Die „Frankfurter Ztg.“ antwortet darauf mit folgender zeitgemäher Reminiscenz:

Nicht zu allen Zeiten hat das agrarische Organ zwischen sich und der Sozialdemokratie einen so scharfen Strich gezogen. Es gab eine Zeit, wo man im agrarischen Lager mit dem Abmarsch ins Lager der Sozialdemokratie drohte und die monarchische Gesinnung sprach: „ins Wanken geriet! Erst durch einige starke Fallschirmhänger und strenge Organführer konnte sie wieder ins Lot gebracht werden. Sollte die Erinnerung an diese Zeit der Schwäche die „Deutsche Tageszeitung“ nicht milde stimmen gegen die vermeintlichen Schwächen und Unklarheiten badischer und hessischer Minister?

Ausländische Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Zahl der im Jahre 1903 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigt gewesenen ausländischen Arbeiter ist nunmehr genau ermittelt und beläuft sich insgesamt auf 232 000 Arbeiter, von denen 73 000 in Westfalen und 159 000 in der Rheinprovinz beschäftigt wurden. Fast die Hälfte aller im Jahre 1903 in Preußen beschäftigt gewesenen ausländischen Arbeiter, etwa 600 000 insgesamt, waren somit in die beiden Provinzen Rheinland-Westfalen zusammengekrängt.

Zur Reichstagsersatzwahl im 1. hannoverschen Wahlkreise sind bereits vier Kandidaten aufgestellt: für unsere Partei kandidiert Genosse Paul Hug. Vant an Stelle des Genossen Nisch. Wagner. Die Nationalliberalen stellen den Emdener Oberbürgermeister Fürbringer auf. Die Freisinnigen den Gutsbesitzer Hegger in Klosterland bei Biedum. Für die Konservativen, den Bund der Landwirte und die Wirtschaftliche Vereinigung ist der Rechtsanwalt Groeneveld in Werner aufgestellt.

### Zur hessischen Wahlrechtsfrage.

Das Wolffsche Bureau meldet aus Darmstadt: Der Senatorenkonvent der zweiten Kammer hat Gelegenheit genommen, mit dem Staatsminister die weitere Behandlung der Wahlrechtsvorlage zu erörtern. Man war allgemein der Ansicht, daß die vollständige Erledigung aller Gesetzesvorlagen auf diesem Landtage unmöglich sei. Der Senatorenkonvent sprach den Wunsch aus, daß sofort bei Beginn des nächsten Landtages eine neue Wahlrechtsvorlage eingebracht werde, daß aber die Verhandlungen von den beiden Ausschüssen der Kammer ruhig weitergeführt werden sollten, um zu sehen, ob eine Verständigung zu erzielen sei. Der Staatsminister konnte auf diese Anregung keine definitive Antwort geben, er behielt sich vor, nach einem Beschlusse des Staatsministeriums eine endgültige Antwort zu geben.

### Oesterreich.

#### Kein Tag ohne Klage über Wolffs Bureau!

Wien, 20. Januar. Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses brachte bei der fortgesetzten Beratung des Kapitels „Ministerrot“ Malik (Alldeutsch) auch die Mitteilung zur Sprache, die aus der „Neuen Freien Presse“ durch Vermittlung des Wolffschen Bureaus über eine Beteiligung des Herausgebers der „Neuen Freien Presse“, Benedikt, an dem Zustandekommen des Ausgleiches in die deutsche Presse gelangt war, und forderte die Regierung auf, dahin zu wirken, daß in der Veröffentlichung des Wolffschen Bureaus eine reinliche Scheidung zwischen den offiziellen beziehungsweise offiziellen und den privaten Nachrichten durchgeführt werde.

Soweit telegraphiert Wolffs Bureau. Auch teilt es mit, daß der Ministerpräsident Freiherr v. Beck in längerer Erwiderung auf die Angelegenheit der offiziellen Zeitungen und des offiziellen Berichtserstattungsdienstes zu sprechen kam. Aber was der Ministerpräsident erwiderte, das meldet Wolff nicht. Ist wohl zu „unwichtig“ — dem Wolffschen Bureau wenigstens. . . .

### Ehren-Simon.

In Wien fand am Dienstag vor dem Bezirksgericht der Josephstadt der Prozeß des Abgeordneten Simon Starz gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genossen Winter, wegen eines Artikels statt, in welchem dem Abgeordneten Starz der Vorwurf

des politischen Verrats und des Verrats der Prinzipien seiner Partei gemacht wurde: Starz sei mit einzelnen Führern der Christlich-Sozialen in Verbindung getreten, um gegen eine Subvention von 10 000 Kronen diese Partei gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen! Genosse Winter wurde freigesprochen mit der Begründung, daß ihm der Wahrheitsbeweis bezüglich des Verrats gelungen sei!

### Frankreich.

#### Das Vertrauensvotum.

Paris, 28. Januar. (Fig. Ver.)

Die Kammer, entschlossen, die Alle von Algeiras anzuführen und die Rechte Frankreichs in Marokko, ohne Intervention in den inneren Angelegenheiten, zu sichern, billigt die Erklärungen der Regierung und spricht ihr ihr Vertrauen aus. . . .

So lautet der Beschluß, mit dem die Kammer heute mit ungeheurer Mehrheit die dreitägige Debatte über die Marokkopolitik beendet hat. Ein anderes war nicht zu erwarten. Gibt aber er selbst, gibt die vorangegangene Debatte denjenigen Genugtuung, die im Interesse Frankreichs und des Weltfriedens diese Debatte gefordert haben?

Gewiß, wenn man im Zweifel gewesen wäre, wie die anderen bürgerlichen Politiker Frankreichs über ein kriegerisches Abenteuer in Marokko und seine möglichen Konsequenzen denken, müßten Jaurès und die ganze sozialistische Partei zufrieden sein. Von der weniger politischen als auf persönliche Effekte gerichteten Episode Deleassés abgesehen, wiederholten die Redner aller Parteien mit mehr oder weniger vulgärpatriotischer Verbrämung die von Jaurès vorgebrachten Bedenken gegen die unsichere, von Zufällen lenkbare und keine Grenze gleichende militärisch-diplomatische Aktion, welche die Regierung bisher in Marokko betrieben hat. Und der Minister des Auswärtigen selbst hat die Politik der Zurückhaltung und der strengen Einschränkung auf das internationale Mandat mit einem Nachdruck vertreten, der jedermann befriedigt haben würde, wenn er nicht den Anschein gehabt hätte, ein positives Programm dieser Politik ergeben zu sollen. Nichts Polemik gegen Deleassé, die in dem Satz gipfelte, daß Frankreich niemand isolieren wolle, ist sicher auch angesichts der wiederauflebenden weltpolitischen Schakmaderie in Deutschland von nützlicher Aktualität. Aber es handelt sich in Afrika jetzt nicht darum, was die Minister und Deputierten wünschen, sondern darum, was die Regierung tut, um die vorhandenen Konfliktskeime unschädlich zu machen. Darüber aber hat Jaurès nichts gesagt, und gerade dieses Schwächen ist's, was die Kammer mit ihrem Vertrauensvotum gebilligt hat. Jaurès entwickelte ein solches positives Programm, das allerdings dem traditionellen Vordemokratismus nicht entspricht, aber an sich nichts hat, was die Ehre eines starken, selbstbewußten Volkes verletzen kann: die Zurückziehung der Truppen aus den Positionen, die sie infolge der Ueberbreitung der Panbatspflichten von Algeiras eingenommen haben und in denen sie jeden Augenblick zu noch größeren, unabsehbaren Operationen gezwungen werden können. — Frankreich hat mit Spanien die Organisation der Hafenpolizei auf sich genommen. Nur wenn es sich auf diese auch heute noch durchzuführende Aufgabe beschränkt, ist es sicher, nicht in das vom afrikanischen Substitut ersuchte Abenteuer zu geraten.

Jaurès hat heute in einer zweiten Rede seine Beweisführung trefflich ergänzt. Er hat gezeigt, daß der Regierungspolitik von Anfang an die nötige Klarheit gemangelt hat. Der ermordete Dr. Rauchamp war ihr Agent bei Mulay Hafid, während heute der Intrigant Abdul Aziz als „legitimer“ Sultan behandelt wird. Die Regierung gibt nicht einmal Auskunft darüber, wie sie sich verhalten wird, wenn Mulay Hafid dieser Tage gegen Fez oder Rabat marschiert. Man verspricht nur immer die „Einhaltung der Alce von Algeiras“, aber diese Phrase wird mit der Zeit ein Kaufschulmantel, in den sich die ganze Weltgeschichte stecken läßt.

So bleibt auch nach der heutigen Abstimmung alles beim alten. — Die friedliche Stimmung der willenlosen Kammer und die Politik der Regierung, die, ohne das große kriegerische Abenteuer zu suchen, die Gefahr ständig vergrößert, daß es ungerufen über sie kommt. Die Kammer findet, daß die Regierungspolitik mit dem Programm der Nichtintervention im Einklang sei. Aber die Geschehnisse in Afrika haben ihre eigene Logik, die sich um die der „vertrauenden“ Parlamentarier nicht kümmert. —

### England.

Die Erklärung der englischen Arbeiterpartei für den Sozialismus wird im „Labour Leader“ besprochen. Das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei beschränkt nicht (wie Genosse Spackleton in Hull), daß dadurch die Partei gesprengt werden könnte. „Labour Leader“ sagt: Für den Sozialismus habe sich schon der Trades-Unionkongreß von 1894 ausgesprochen, ohne daß dies den Gewerkschaften Abbruch tat. Die Annahme der Resolution in Hull sei nur ein neuer Beweis für die wachsende Macht des Sozialismus in England; sie werde hoffentlich dazu beitragen, den Enthusiasmus der Genossen zu erhöhen.

Ueber die Delegiertenzahl der Huller Konferenz ist nachzutragen, daß die Vorkonferenz von 220, die Konferenz selber von 420 Delegierten besucht war.

Die Thronrede, die Eduard am Mittwoch bei Eröffnung des Parlaments hielt, brachte nichts Neues. Unter den angelegentlich Gesehen befinden sich der Entwurf einer Altersversorgung, Gesehe zur Hebung des Elementarunterrichts in England und Wales, zur Regelung der Arbeitszeit für die unterirdische Beschäftigung in den Kohlenbergwerken, zur Verbesserung der Vorschriften für die Eisenarbeiter, zur Erzielung einer Ausbreitung der Univeritätsbildung in Irland, zu Verbesserungen in der irischen Landlaws-akte und anderes.

### Schweden.

#### Fürs allgemeine, gleiche Wahlrecht.

Die schwedische Regierung und ihr Anhang halten die Wahlrechtsfrage durch den im vorigen Frühjahr angenommenen Regierungsentwurf für gelöst. Dieser Entwurf erlangt Gesetzeskraft, wenn er 1900 unverändert von neuem die Billigung des Reichstages findet! Für die Arbeiterklasse ist dieser Entwurf jedoch keineswegs eine endgültige Lösung, ebensowenig für die schwedischen Frauen, die ja bei der großen Wahlrechts- und Verfassungsreform gänzlich unberücksichtigt geblieben sind. Aus diesen Gründen hat die sozialdemokratische Fraktion in der Zweiten Kammer von neuem ihren Wahlrechts- und Verfassungsvorschlag von 1907 eingebracht, der allen mündigen Männern und Frauen vom 21. Lebensjahr ab ein wirklich allgemeines Wahlrecht zur Zweiten Kammer bringen und mit dem kommunalen Ruralwahlrecht, das ja die Grundlage für die Erste Kammer bildet, gänzlich aufräumen soll.

Die außerordentliche Lebensmittelsteuerung, die auch in Schweden auf der Arbeiterklasse lastet, veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion ferner, einen Antrag betreffend Aufhebung der Getreidezölle einzubringen. Sodann hat die Fraktion einen Antrag betreffend Aufhebung des seit 1890 bestehenden Ausnahmegesetzes gegen Streikbergehen eingebracht, sowie schließlich einen Antrag, der besseren Schutz der Seeleute herbeiführen soll.



## Rußland.

### Die russischen Biemern und Schraders.

Petersburg, 29. Januar. Die Angehörigen der regierungsfreundlichen Dumaparteien haben eine Einladung nach Jaroslavl erhalten. Angeblich wird der Zar denselben persönlich seinen Wunsch mitteilen, daß die Marinevorlage von der Duma bewilligt werde.

## Finland.

### Bürger Nikolaus.

Petersburg, 29. Januar. Wie das Blatt „Golos“ erfährt, beschäftigt die Regierung, in Finnland zwei Armeekorps zu konzentrieren!

## Bulgarien.

Sofia, 29. Januar. Das von dem Führer der demokratischen Partei Malinoff neu gebildete Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Malinoff, Präsidium und öffentliche Arbeiten; Taloff, Inneres; Popriloff (ehemaliger bevollmächtigter Minister in Petersburg), Aeuheres; Salabachew, Finanzen; Wuschkanoff, Unterricht; Kretiew, Justiz; Lopitschew, Handel und Ackerbau; Nicolajew, Krieg.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Sie suchen „Arbeitswillige“!

In dem Hause Beuthstraße 1 befindet sich seit mehreren Jahren ein einseitiger Arbeitsnachweis des Berliner Bauunternehmertums. Dieser Arbeitsnachweis fristete nur immer sehr lässig sein Leben, weil er in der guten Konjunktur von den Arbeitnehmern und auch selbst von den Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte nicht benutzt wurde.

Schon im Jahre 1897 versuchten die Unternehmer, der Berliner Bauarbeiterschaft diesen Arbeitsnachweis aufzuhalten. Damals versuchte die Organisation der Arbeitnehmer dann einen paritätischen Arbeitsnachweis zustande zu bringen. Natürlich vergebens! Die Unternehmer vertraten noch so sehr den „Herrn im Hause“-Standpunkt, daß sie solche Bemühungen der Arbeiter als eine Vermessenheit anfaßen. Dieser Unternehmer-Arbeitsnachweis wurde nun natürlich von den Arbeitern nicht anerkannt und auch nicht benutzt.

Jetzt, in der schlechten Konjunktur, glauben nun die Baugeschäfte, diesem Arbeitsnachweis neues Leben einflößen zu können. In einer der letzten Generalversammlungen des „Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ wurde wieder der Beschluß gefaßt, vom 2. Januar 1908 ab bei Einstellung von Arbeitskräften nur den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen.

Als Leitfäden bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern legen die Herren dann Bestimmungen fest, die zu Anfang des neuen Jahres an allen Baubuden und Bureautüren prangern. — Wir geben diese Bestimmungen nachstehend wieder:

#### „Leitfäden betr. Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern.“

1. Der obligatorische Arbeitsnachweis tritt mit dem 2. Januar 1908 in Kraft. Von diesem Tage sind alle Arbeitnehmer, welche auf den Bauten oder im Bureau nach Arbeit nachfragen, ohne Unterschied an den Arbeitsnachweis des Verbandes, SW., Beuthstraße 1, zu verweisen.

2. Wünschen Sie Arbeitnehmer einzustellen, so wenden Sie sich telephonisch oder schriftlich an den Arbeitsnachweis. (Telephonnr.: 1. 927.) Dieser wird sofort die geforderte Anzahl von Arbeitnehmern veranlassen, sich nach der von Ihnen bezeichneten Arbeitsstätte zu begeben. Die Ihnen überwiesenen Leute führen eine von dem Arbeitsnachweis ausgefertigte Arbeitskarte bei sich — vergl. Abteilung A der beiliegenden Karte —, welche vor der Einstellung zu prüfen ist. Aus der Abteilung D auf dem Rücken der Arbeitskarte wollen Sie erfahren, bei welchen Firmen und während welcher Zeit der Inhaber der Karte zuletzt beschäftigt war. Arbeitnehmer, die nicht im Besitz einer ausgefüllten Arbeitskarte sind, dürfen unter keinen Umständen beschäftigt werden.

3. Die neu eingestellten Arbeitnehmer haben ihre Arbeitskarten abzugeben. Dieselben werden gleich den Invalidentkarten in Ihrem Bureau aufbewahrt.

4. Sie sind nicht verpflichtet, die Ihnen vom Arbeitsnachweis zugewandten Arbeitnehmer einzustellen, sondern können einzelne oder alle zurückweisen und den Arbeitsnachweis auffordern, Ihnen andere Gesellen oder Arbeiter zu überweisen. Bei Nichtentstellung der vom Arbeitsnachweis Ihnen überwiesenen Arbeitskräfte haben Sie die Abteilung B der Arbeitskarte auszufüllen und mit Ihrer Unterschrift oder Ihrem Firmenstempel versehen den Betreffenden zurückzugeben. Der oder die betreffenden Arbeitnehmer erhalten dann auf dem Arbeitsnachweis in der Reihenfolge der Arbeitsuchenden ihre vorherige Stelle wieder.

5. Bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist der Entlassungsschein, Abteilung C der Arbeitskarte, abzutrennen und dem zu Entlassenden zusammen mit Buch und Karte ausgefüllt zu übergeben. Jeder Arbeitnehmer hat ein klagbares Recht auf Ausbändigung des Entlassungsscheines, da ihm ohne denselben durch den Arbeitsnachweis keine Arbeit vermittelt wird, es sei denn, er kann durch seine Invalidentkarte nachweisen, daß er von auswärts kommt.

6. Wünschen Sie einen Arbeitnehmer einzustellen, der bereits früher bei Ihnen gearbeitet hat, so ist dem Betreffenden in Ihrem Bureau eine mit Ihrer Unterschrift oder Ihrem Firmenstempel versehene Bescheinigung über seine frühere Tätigkeit auszustellen. Mit dieser Bescheinigung hat der Arbeitnehmer den Arbeitsnachweis aufzusuchen. Er wird dort eingetragenen und Ihnen dann sofort mit seiner Arbeitskarte überwiefen.

#### Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten.

Wie schon ein jeder aus vorstehenden Leitfäden ersieht, handelt es sich um Einrichtung eines Maßregelungs-bureaus größeren Maßstabes und um der Bauarbeiterschaft jede Bewegungsfreiheit zu nehmen sowie die widerstandsfähigen Elemente unter der Bauarbeiterschaft von der Arbeit anzuschließen und auf diese Weise auszuheben und fesse zu machen.

Nach Leitfaden 2 sollen die Karten vor der Einstellung geprüft und daraus ersehen werden, bei welchen Unternehmern und während welcher Zeit der Inhaber der Karte beschäftigt war. Hat also der Arbeitnehmer bei einer Firma gearbeitet, die gesperrt wurde, bekommt er natürlich keine Arbeit.

Da haben wir das System der schwarzen Listen in seiner besten Gestalt!

Wo ist der Staatsanwalt, der bei angeblichen Terroristmüßfällen der Arbeiter so schnell auf dem Plan ist, um die Berliner Bauherren anzuklagen?

Nach dem Leitfaden 4 ist der Unternehmer nicht verpflichtet, die vom Arbeitsnachweis zugewandten Arbeitnehmer einzustellen. In diesem Falle wird es also so bleiben, wie es schon früher war. Der Polier oder Geschäftsinhaber wird wie immer die Knochen der nachgewiesenen Arbeitskräfte vorantreiben. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Anzeigenpreis: 25 Cts. pro Zeile, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

prüfen und diejenigen, von denen er glaubt, daß sie seinem Herrn und Gebieter nicht genug Mehrwert schaffen können, an den Arbeitsnachweis zurückverweisen. Hierdurch wird gerade das, was sonst ein Arbeitsnachweis für gutes hat, daß auch die Aelteren einmal an die Reihe kommen, wieder aufgehoben. Die Berliner Bauherren wissen eben in allen Lebenslagen ihren Profit zu wahren.

Auch die anderen Leitfäden wären noch wert, in das rechte Licht gerückt zu werden, aber wir wollen es hieran genug sein lassen.

Alles in allem ist diese Einrichtung des Arbeitsnachweises wieder einmal ein Dokument von der sozialpolitischen Rückständigkeit des Berliner Bauunternehmertums.

Nun sollte man meinen, daß mindestens die Räume eines solchen Arbeitsnachweises entsprechend eingerichtet wären, wie es für die drei großen Berufsgruppen: Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, die zusammen 35 000 Berufsangehörige umfassen, notwendig wäre. Aber weit gefehlt! Bei den Berliner Bauherren Rücksichtnahme auf Arbeitslose zutraut, der ist auf dem Holzwege.

In einem dunklen Lichtlof mit holperigem Pflaster und unzähligen Wasserpfützen befindet sich der Eingang zu dieser Höhle, die früher einmal Pserden zum Aufenthalt gedient zu haben scheint. In diesem Raume, der nur durch eine kleine Glasflamme erhellt wird, stehen die Arbeitslosen zusammengedrängt wie die Tiere. Gespensterhaft heben sich die Schatten von den schmutzigen, feuchten Wänden ab. Ein unerträglicher Gestank umfängt den Eintretenden und nimmt ihm fast den Atem. Dicker Schmutz liegt auf dem Fußboden. Sitzgelegenheit ist nur für höchstens 40 Personen vorhanden, während sich fast immer mehrere Hundert in dem 10 Meter langen und Meter breiten Raum drängen. Geheizt wird der Raum nicht; hat auch wohl in Anbetracht dessen, daß die Fensterscheiben meist entzwei sind, keinen Zweck.

Die Art der Arbeitsvermittlung ist eine geradezu aufreizende!

Ab und zu öffnet sich eine Klappe und heraustritt ein graues Männchen die Nummer, die gerade an der Reihe ist. Kann der Inhaber der Nummer sich nicht schnell genug durch das Gedränge winden, so wird die Arbeit einem Vorstehenden gegeben. Es ist klar, daß solche Unvollkommenheiten große Empörung hervorruft.

So kam es denn auch in der vorletzten Woche dieser eigentümlichen Arbeitsvermittlung wegen zu turbulenten Szenen.

Doch schnell ist auch hier die Polizei auf dem Plan gewesen. Statt dem „Verband der Baugeschäfte“ aufzugeben, für passende Räume und gerechte Arbeitsvermittlung Sorge zu tragen, werden die Arbeitslosen vertrieben und der Arbeitsnachweis geschlossen. Stolz hält nun meist immer ein heiliger „Hüter der Ordnung“ am Eingang Wache.

Augenblicklich ist der Nachweis nur für die aus Leitfaden 6 kommenden Arbeitskräfte zugänglich.

Man sieht: die Herren tun ihr möglichstes, um die Empörung, die in weiten Kreisen der Öffentlichkeit wegen der vorjährigen Pfingstaussperrung, durch die sie so brutal den gewerblichen Frieden störten, herrscht, noch zu steigern. Nicht nur allein, daß eine große Anzahl von Mitgliedern des „Verbandes der Baugeschäfte“ ihr den Arbeiterorganisationen gegebenes Wort gebrochen haben und die vereinbarten Bedingungen nicht mehr einhalten, veruchen sie jetzt noch durch unerhörte Provokationen, wie es die Einrichtung dieses Maßregelungsbureaus ist, die Bauarbeiterschaft zu reizen.

Es ist dies wieder einmal ein schönes Beispiel von der so oft beteuerten Friedensliebe des Unternehmertums. Die Empörung, die dieses Monstrum von Arbeitsnachweis schon nach dreiwöchigem Bestehen bei der Bauarbeiterschaft erzeugt hat, ist aber der beste Beweis dafür, daß er beim Wiederaufleben der Konjunktur wie von einem Sturmwind hinweggerissen sein wird.

#### Lohnreduktionen in der Textilindustrie.

Immer mehr Lohnreduktionen werden aus der Textilindustrie gemeldet. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren enorme Gewinne eingeheult; die Löhne der Arbeiter sind aber nur wenig gestiegen. Raum hat jetzt der Geschäftsgang etwas nachgelassen, versuchen die Kapitalisten, die Kosten auf die Arbeiter abzuwälzen. In Spremberg sind in fünf Fabriken Lohnkürzungen von zwi. 8 Proz. angekündigt. Die Arbeiter einer Fabrik haben bereits den Abwehrstreik beschlossen. Ferner sind in zwei Webereien Groß-Berlins Lohnreduktionen vorgenommen worden. Im sächsischen Wirlbergebiet, in Lunzenau und Aitenbain bei Chemnitz, sind ebenfalls Abzüge angekündigt. Auch dort rüsten sich die Arbeiter zur Abwehr. Mögen die Arbeiter ihre Organisation stärken, um dem Vorgehen der Unternehmer wirksam entgegenzutreten zu können.

#### Ausstand städtischer Arbeiter.

In Halle a. d. S. sind 100 Arbeiter der städtischen Gasanstalt wegen Lohnminderungen in den Streik eingetreten. Bei Versuchen, Arbeiter nach dort zu holen, ist das zu beachten.

**Achtung, Gärtner!** Bei der Firma J. E. Schmidt, Hoflieferant (Inhaber W. Swoboda), Handelsgärtner, Seglitz, Albrechtstraße 85, sind seit Freitag, den 17. Januar, Differenzen wegen Verlängerung der Arbeitszeit von 6 Uhr auf 6 1/2 Uhr abends bei 1/2 Stunde Vesperpause ausgebrochen, die am Montag, 27. Januar, zur plötzlichen Arbeits-einstellung führten. Die Gehältnisse, 21 an der Zahl, welche bis auf 4 Ausländer alle im Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein organisiert sind, protestierten sofort gegen eine solche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und beauftragten ihre Organisation, diesbezügliche Schritte zu unternehmen, was auch geschehen ist. Der Inhaber der Firma, Herr W. Swoboda, empfindet die Angelegenheit mit seinem Obergärtner, Herrn Mühlner, regeln möge. Herr Mühlner führt als Obergärtner im Betriebe den sogenannten „Kasernentom“ und so erklärte er dem Vertreter in der kurzen Unterredung am Schluffe: „Sagen Sie den Gehältnissen, daß wir die Arbeitszeit festsetzen, wie es uns gefällt und nicht, wie es die Herren Gehältnisse wollen. Wenn das den Leuten nicht gefällt, so wird von jetzt ab sogar bis abends um 7 Uhr gearbeitet werden; auch der Arbeitslohn am Sonnabend, abends um 6 Uhr, wird abgehoft.“ Aus solchen Worten ist die Arbeiterfreundschaft und Humanität am besten ersichtlich. Auf solche Verhöhnung hin heilten es die Arbeiter für geboten, ebenfalls schärfere Saiten anzuziehen und stellten am Montag früh, nachdem sie am Sonnabendabend nochmals versucht hatten, eine Mißsprache zu nehmen, aber scharf abgewiesen wurden, die Arbeit ein, bis ihnen ein Bescheid über die Dauer der Arbeitszeit gegeben worden war. — Am Montag früh hatte sich auch der Inhaber Herr W. Swoboda im Geschäft eingefunden und stellten die Arbeiter nun dem Chef der Firma ihr Anliegen vor. Als Hauptgrund gegen die Verlängerung der Arbeitszeit konnten sie anführen, daß die meisten sich an Fortbildungskursen beteiligen, die an den Wochentagen abends meist schon um 8 Uhr und noch früher beginnen und ihnen durch die Verlängerung der Arbeitszeit die Teilnahme daran beschränkt, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Auch dürfte

es im Interesse des Geschäfts liegen, wenn die Arbeitszeit wie bisher beibehalten wird, weil die Viertelstunde längerer Arbeitszeit die Lust und Arbeitsfreudigkeit nur untergraben, aber nicht fördern kann und deshalb dem Geschäft nicht zum Nutzen gereicht. Herr Swoboda erklärte jedoch, wie man es vom kurzschäftigen, engherzigen Unternehmerstandpunkt so oft zu hören bekommt: „Und wenn alles zum Teufel geht, das laß ich mir nicht bieten. Warum sind Sie nicht gleich in holländischer Art und Weise zu mir gekommen?“ Nach langem Hin und Her erklärte Herr Swoboda endlich, daß allen Verzeihen sein soll, wenn sie die Tarifvereinbarungen, die der Verband der Handelsgärtner Deutschlands mit dem christlichen Gärtnerverband getroffen, anerkennen, wonach eine Arbeitszeit von 11 Stunden, ausschließlich Pausen, also von morgens 6 bis abends 7 Uhr, vorgezogen ist. Die Gehältnisse, bis auf einen Ausländer und einen jungen Kollegen, zogen es vor, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Der Herr Obergärtner handigte dann jedem ein Zeugnis aus, worin die Bemerkung: „Wegen Kontraktstillschließens“ enthalten ist, obwohl nur eine Arbeitsbescheinigung, die sich nur auf Art und Dauer erstreckt, verlangt wurde, was noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Vorläufig ist die Firma gesperrt und werden alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

#### Streik in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik.

Gegen 2000 Arbeiter der genannten Firma füllten am Mittwochabend den großen Saal des „Roabiter Gesellschaftshauses“. Sie hatten Stellung zu nehmen zu der Arbeitsniederlegung der Einrichter, welche wir bereits mitgeteilt haben. Der Referent dankte vom Deutschen Metallarbeiterverband erstattete Bericht über die Ursachen der Arbeitsniederlegung. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgende Angaben: Die Direktion der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik benutzte die gegenwärtige Zeit des ungünstigen Geschäftsganges, um den Arbeitern Lohnabzüge zu machen. Schon seit Weihnachten sind Nachrichten über Lohnkürzungen bekannt geworden. Sowohl die Zeit- wie die Afford-löhne sind gekürzt worden. Die Stundenlöhne wurden um 6, 10, ja 12 Pf. herabgesetzt. An den Affordlöhnen sind derartige Abzüge gemacht worden, daß der Tagesverdienst um 45, 65 Pf., ja 1 M. geringer geworden ist. Einem Hilfsarbeiter, der schon 9 Jahre im Betrieb beschäftigt ist, wurde der Stundenlohn um 12 Pf. gekürzt. Die Arbeiter versuchten, durch eine Kommission mit der Direktion zu verhandeln, um eine Rücknahme der Lohnkürzungen zu erreichen, sie erzielten jedoch nichts. Direktor Kaiser erklärte, die Abzüge müßten gemacht werden, damit die Firma konkurrenzfähig bleibe. Das Angebot von Arbeitern sei jetzt so groß — meinte Direktor Kaiser — daß er sofort Erfolg finden würde, wenn diejenigen, denen Abzüge gemacht wurden, ausführen würden. In letzter Zeit wurden auch den Maschinenarbeitern Lohnabzüge gemacht, die jedoch im Wege der Verhandlung teilweise zurückgenommen wurden, teilweise aber bestehen blieben. Dann kamen die Einrichter (Werkzeugmacher) an die Reihe. Ihnen wurde eine Kürzung des Stundenlohnes um 10 Proz. angekündigt. Eine Kommission verhandelte mit dem Direktor Kaiser, derselbe ließ sich jedoch zu nichts bewegen. Die Abzüge blieben bestehen. Die Einrichter sagten sich: Wenn wir die Abzüge ruhig hinnehmen, dann wird den Arbeitern des ganzen Betriebes dasselbe Schicksal zuteil werden. Deshalb haben die Einrichter am Sonnabend beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Am Montag wurde der Beschluß einstimmig ausgeführt. Keiner der Einrichter hat die Fabrik wieder betreten. Die Folge davon ist, daß, solange die Arbeit der Einrichter ruht, nach und nach auch alle übrigen Arbeiter des Betriebes die Arbeit nicht fortsetzen können. Die Direktion hat nun die allgemeine Aussperrung angedroht für den Fall, daß die Einrichter nicht bis Freitag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Einrichter werden sich durch diese Drohung nicht einschüchtern lassen. In dem Bewußtsein, daß sie nicht den Konflikt begonnen haben, sondern die Direktion durch ungeduldrte Lohnabzüge den Kampf heraufbeschworen hat, werden die Streikenden aushalten und der Direktion beweisen, daß sie auch während einer vorübergehenden schlechten Konjunktur die Löhne nicht beliebig drücken kann. — Die Versammelten stimmten dieser Ansicht zu durch Annahme der folgenden Resolution:

„Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die Maßnahmen der Direktion, welche die gegenwärtigen Löhne der Arbeiter verringert. Mit Rücksicht darauf, daß der Lebensunterhalt immer teurer wird, erklärt es die Versammlung für eine soziale Unverständlichkeit, wenn die Direktion jetzt Lohnabzüge vornimmt. — Die Versammlung erklärt den Streik der Einrichter als durchaus berechtigt, sie spricht den Streikenden ihre volle Sympathie aus und verpflichtet sich, falls es notwendig ist, die Streikenden in jeder Hinsicht zu unterstützen.“

Die Versammlung wählte eine Kommission von Arbeitern, die noch im Betriebe beschäftigt sind, und beauftragte dieselbe, bei der Direktion vorstellig zu werden, um einen Versuch zur Schlichtung der schwebenden Differenzen zu machen.

#### Deutsches Reich.

**Achtung, Kurbelräder!** Bei der Firma Hugo Herz, Alte Jakobstraße 84, sind Differenzen ausgebrochen und haben die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten. Der Branchenleiter.

**Achtung, Friseurgehältnisse!** Für Mitglieder sind die Betriebe der Herren Palm, Bollner Str. 7, und Kleinfeldt, Bogdanow Str. 27, gesperrt. Begelegt sind die Differenzen bei Hnd. Adlershof.

Verband der Friseurgehältnisse Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. J. A.: Paul Rier.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Entwichene Gefangene.

Bremerhaven, 29. Januar. (A. S.) Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis sind vergangene Nacht vier Untersuchungsgefangene entwichen. Mit einem eisenschlagenen Stuhlbein durchbrochen sie die Mauer und ließen sich an Weitzähnen, die sie in Streifen zerrissen und aneinander geknolet hatten, auf die Straße hinab. Die Flüchtigen sollen sich nach Hamburg gewandt haben, wohin ihnen bereits Kriminalbeamte gefolgt sind. Unter ihnen befindet sich ein bereits mit Justizhaus vorbehafteter Weichsel-fischer.

#### Kampf mit einem Verbrecher.

Saalfeld a. S., 29. Januar. Ein aus dem Justizhaus in Untermaßfeld entsprungener Sträfling wurde heute hier in einem Restaurant von einem Polizeibeamten verhaftet. Auf der Straße feuerte der Sträfling mehrere Revolverkugeln auf den Polizeibeamten ab und verletzte ihn lebensgefährlich am Kopfe. Außerdem verletzte er einen ihn verfolgenden Mann durch einen Schuß in die Hand. Es gelang, den Sträfling zu ergreifen und ihn ins Gefängnis zu bringen.

#### Ueberfall auf ein Bankhaus.

Bombah, 29. Januar. Gestern nacht überfiel eine Bande von 100 Afridis das Haus eines reichen eingeborenen Bankiers in Peshawar und raubte die Kasse und Juwelen von bedeutendem Werte. Zwei Polizeibeamte wurden von ihnen getötet und vier verwundet.



Reichstag.

89. Sitzung. Mittwoch, 29. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Tirpitz, Freiherr v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur

Änderung des § 2 des Gesetzes betreffend die deutsche Flotte.

Danach sollen Binnenfahrzeuge und Kreuzer, ausgenommen bei Schiffverlusten, nach 20 Jahren (bisher 25 Jahren) ersetzt werden.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Die Budgetkommission beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs nebst einer Resolution, worin verlangt wird, daß tunlichst bald im Mariacetat neben den vollen Kosten für Armierungen ein der Verzögerung des Lebensalters der Linienfahrzeuge entsprechender höherer Prozentsatz des Wertes der Flotte (bisher 6 Proz.) auf den ordentlichen Etat übernommen werde.

Abg. Graf v. Oriola (natl.): Meine Freunde sind mit der Vorlage einverstanden. Wir hätten es aber gerne gesehen, wenn bereits bei dieser Vorlage dafür gesorgt wäre, daß das Bauprogramm der Schiffe schon vom Jahre 1911 an höchstens 4 Jahre beträgt.

Wir erkennen die treffliche Fürsorge der Marineverwaltung für die von ihr beschäftigten Arbeiter an; wir wünschen, daß die Verwaltung ihnen entgegenkommt, wir wünschen aber ganz besonders, daß auch den berechtigten Forderungen der Werftbeamten, besonders der vielen kleinen Werftbeamten, im Reichsbeamten-Gesetz Rechnung getragen werde.

Abg. Wiemer (fr. Sp.): In der Kommission ist uns bewiesen worden, daß die Herabsetzung der Dienstzeit der Schiffe, die lediglich eine Frage der Technik ist, notwendig ist, und deshalb stimmen wir der Vorlage zu.

Wir erkennen die treffliche Fürsorge der Marineverwaltung für die von ihr beschäftigten Arbeiter an; wir wünschen, daß die Verwaltung ihnen entgegenkommt, wir wünschen aber ganz besonders, daß auch den berechtigten Forderungen der Werftbeamten, besonders der vielen kleinen Werftbeamten, im Reichsbeamten-Gesetz Rechnung getragen werde.

Kleines feuilleton.

Audienz bei Bülow. Bülow (studiert frisches Werk). Ein Kammerdiener (bringt eine Karte). Bülow (liest): Kotau? Der Freisinnsmann? Kammerdiener: Ja wohl, Durchlaucht.

Abg. Dr. Spahn (S.) erklärt die Zustimmung desentrums zu der Vorlage nur, wenn die Deckungsfrage zuvor gelöst werde.

Des weiteren beschwert sich der Redner darüber, daß die „Frankfurter Zeitung“ bereits in der Lage war, die Branntweinsteuerfrage, die noch den Bundesrat beschäftigte, zu veröffentlichen.

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Von meinem Amte ist eine Inquirierung oder Ermächtigung zu einer solchen Mitteilung nicht ergangen.

Rum zur Sache: Ich bin nicht in der Lage, mitzuteilen, wann das Plenum des Bundesrats die Steuervorlagen beraten und erledigen wird.

Verstaatlichung eines Teiles des Zwischenhandels mit Branntwein

Einführung einer Banderolensteuer auf Tabak und Zigarren.

Bemerkungen will ich ferner, daß die Regierung, soweit neue Steuern notwendig werden, wenigstens die notwendigen Lebensbedürfnisse der Bevölkerung schonen will.

Abg. v. Nitzsch (L.): Wir werden der Vorlage zustimmen, wir wünschen einen Ausbau unserer Flotte, damit wir nicht zu Unständen kommen, wie sie jetzt in Rußland herrschen.

Abg. Bebel (Soz.): Herr Wiemer sagte zu Beginn seiner Rede, er habe schon bei der Generaldebatte erklärt, wenn es der Marineverwaltung gelinge, seine Freunde in der Budgetkommission von der Notwendigkeit des schnelleren Baues der Schiffe zu überzeugen, so würden sie dafür stimmen.

Herr Wiemer sagte zu Beginn seiner Rede, er habe schon bei der Generaldebatte erklärt, wenn es der Marineverwaltung gelinge, seine Freunde in der Budgetkommission von der Notwendigkeit des schnelleren Baues der Schiffe zu überzeugen, so würden sie dafür stimmen.

Kotau (1.58): Hoch... Hoch... Bülow (gibt ihm einen Fußtritt ins Hinterquartier). Kotau (1.59): Hul! Hoch! Christus hat gesagt: wer Dich auf den rechten Waden schlägt, dem biete auch den linken... Bülow: Ja, das ist mein Mann! (Er gibt ihm auf die linke Hälfte ebenfalls einen Fußtritt).

Die unästhetische Literatur. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat das zweifelhafte Verdienst, dann und wann zur Unterhaltung und Erholung der Geschworenen ein Wesentliches beizutragen.

Die unästhetische Literatur. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat das zweifelhafte Verdienst, dann und wann zur Unterhaltung und Erholung der Geschworenen ein Wesentliches beizutragen.

Die Beobachtung der vollständigen Sonnenfinsternis. Es hat lange gedauert, bis über den Verlauf der vollständigen Sonnenfinsternis, die am dritten Tage dieses Jahres stattgefunden hat, etwas zu hören war.

Flottenvereins sprach man von „schwimmenden Bergen“, man sprach davon, daß unsere Schiffe technisch nicht auf der Höhe seien; das heißt doch aber, daß unsere Marineverwaltung in gewissermaßen Weise ihre Pflicht vernachlässigt habe!

Zusammenstellung über die Lebensdauer der Schiffe für England, Deutschland und Frankreich.

(also für die in Betracht kommenden Nationen), die von sachverständiger Seite aufgestellt ist. Danach ist die Lebensdauer für Linienfahrzeuge in Frankreich 13,9, in England 10,4, in Deutschland 7,4 Jahre, also am kürzesten!

Rum hat der Staatssekretär schon bei der Generaldebatte herbeigehoben, die Vorlage sei wesentlich eine marineteknische! — Ihr Zweck ist doch aber die Seemacht Deutschlands ganz bedeutend zu erhöhen; es wird doch durch sie eine wesentliche Modifizierung des Bauplans der Flotte, wie er nach dem Gesetz von 1900 festgelegt war, herbeigeführt.

Abg. Wiemer sagte zu Beginn seiner Rede, er habe schon bei der Generaldebatte erklärt, wenn es der Marineverwaltung gelinge, seine Freunde in der Budgetkommission von der Notwendigkeit des schnelleren Baues der Schiffe zu überzeugen, so würden sie dafür stimmen.

Abg. Wiemer sagte zu Beginn seiner Rede, er habe schon bei der Generaldebatte erklärt, wenn es der Marineverwaltung gelinge, seine Freunde in der Budgetkommission von der Notwendigkeit des schnelleren Baues der Schiffe zu überzeugen, so würden sie dafür stimmen.

Abg. Wiemer sagte zu Beginn seiner Rede, er habe schon bei der Generaldebatte erklärt, wenn es der Marineverwaltung gelinge, seine Freunde in der Budgetkommission von der Notwendigkeit des schnelleren Baues der Schiffe zu überzeugen, so würden sie dafür stimmen.

möglich war. Es liegen jetzt dreierlei Nachrichten vor, von der englischen und amerikanischen Expedition, die auf der Hintinsel gearbeitet haben und von den Samoa-Inseln.

Notizen.

— Seine Briefe und Manuskripte befinden sich in dem Nachlaß seines verstorbenen Neffen Ludwig von Embden in großer Anzahl.

— Fort mit der Zensur — in Oesterreich. Wegen die Theaterzensur, ihre Väterlichkeiten und ernststen Gefahren, die den Aufführung der nationalen Literatur mit Paragrafenhütern einschänkte, richtete sich in Wien eine von dramatischen Autoren und Komponisten einberufene öffentliche Versammlung.



berungen austauschen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für den Groß-Waflerriegel, der sich im Flottenverein erhoben hat (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) habe ich kein Interesse. Ich bin überzeugt, daß auch ohne den Flottenverein die Dinge ihren Gang gehen werden. Ich habe die Überzeugung, daß in den bürgerlichen Kreisen so viel Interesse für eine große, starke Flotte vorhanden ist, daß auch ohne den Flottenverein den Wünschen nach einer großen Flotte Rechnung getragen werden wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Freilich gebe ich zu, daß der Flottenverein auf diese Stimmung im Bürgerium ansehnlich gewirkt hat; als deutsche Parteien ihm beigetreten sind, war der Pulsus ja ein ganz großer. Ergab sich hier doch auch die Möglichkeit, bei Gelegenheit einen kleinen Vogel ins Ansehn zu bekommen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Widerspruch im Volk.) Diese meine Auffassung wird auch durch einen Artikel der „Post“ bekräftigt; die „Post“ wendet sich darin energisch dagegen, daß man versucht, die Parteien an dem Flottenverein herauszubringen; sie erinnert an die Vorgänge beim Eintreten der Fürsten: „Wie strahlten die Gesichter, wenn eine Einladung zur königlichen Tafel erging!“ (Schreibt sie u. a. und sagt dann: Es ist ganz gut, die Erinnerung zurückzurufen, daß Herr Keim bei seinem Eintreten in den Flottenverein nur Oberst war und erst nach einiger Zeit zum General ernannt wurde!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun, heute ist ja von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht worden, auf die Kosten der fortgesetzten Verklärung des Flottenvereins für einen zukünftigen Geschichtsschreiber der inneren Entwicklung Deutschlands, speziell der parlamentarischen Entwicklung, wird eines der interessantesten Kapitel die Periode von 1895 bis 1908 sein, besonders mit Bezug auf die Flottenfrage. Was in dieser Periode an Unfals, an Verlassen aller Grundsätze geleistet worden ist, das geht ins Äußerste. Es gibt kein zweites Parlament in der Welt, das damit den Vergleich aushalten könnte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Widerspruch im Volk.) Die Nationalliberalen bilden einen Ausnahmefall, sie haben sich in dieser Tätigkeit schon seit 48 Jahren geübt. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was der Flottenverein insbesondere in der Wahlperiode an Agitation geleistet hat, hat ja die völlige Billigung des Fürsten Willow gefunden. Er hat im vorigen Jahre bei der Beratung des Etats und der Interpellationen über die Maßregeln zur Verhütung dieser Maßregeln in einer Weise verteidigt, gegen welche Napoleon III. das keine Ähnlichkeit war (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und die an die schlimmste Zeit der Wahlbeeinflussungen und Unterdrückungen unter dem Fürsten Bismarck erinnerte. Herr Keim hat er damals sein ausdrückliches Lob ausgesprochen und ihn gegen Angriffe von unserer Seite in Schutz genommen. Der deutsche Kaiser hat den Fürsten Salva mit den Worten begrüßt: „No, die Wahlen sind ja famos ausgefallen!“ Das heißt doch, er billigte die agitatorische Tätigkeit des Flottenvereins in der Wahlperiode. Wie man angesichts solcher Tatsachen bestreiten kann, daß der Flottenverein ein politischer ist, ist mir unverständlich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur politischen Kindern mag man weismachen können, daß es sich hier nicht um einen politischen Verein handelt.

#### Die Vordredner sind bemüht gewesen, zu betonen, daß die Verrechnung der deutschen Flotte

für Deutschland notwendig sei, daß es aber durchaus unrichtig sei, zu glauben, daß sie sich gegen England richte. Es läßt sich ja auch gar nicht verkennen, daß nach den Kaiserreden in England, besonders nach der in der City von London, die Auffassung eine gewisse Grundlage hatte; denn der Kaiser hat ausdrücklich hervorgehoben, daß die Grundlage des Weltverkehrs die Aufrechterhaltung guter Beziehungen und gegenseitigen Vertrauens zwischen England und Deutschland sei. In der Tat verlaufen wir an seinen einzigen Staat der Welt annähernd so viel wie an England: von den 15 000 Millionen Mark unseres Handels mit dem Auslande entfallen nicht weniger als 2800 Millionen Mark auf den Handel mit England und seinen Kolonien, also rund 19 Proz., wie es Deutschland ähnlich mit keinem anderen Lande der Welt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe gar keinen Zweifel daran, daß die Erklärung des Kaisers in England einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht hat. So gar die „Times“, die an Affekten und sogar Feindseligkeit gegen Deutschland nichts zu wünschen übrig läßt, zeigte sich einem Moment bereit, auf unsere Versicherungen einzugehen, und brachte eine sehr freundliche Besprechung dieser Kaiserrede. Aber als zwei Tage nach der Rede die gegenwärtige Flottenvorlage bekannt wurde, schlug die Stimmung in England augenblicklich um. Derselbe „Times“ erklärte ausdrücklich, daß sie zu allen diesen Versicherungen keinerlei Vertrauen mehr hätte und daß England seinen Flottenplan den Umständen anpassen, d. h. also ebenfalls stark rüsten müsse wie Deutschland! Eine viel bemerkenswertere Kundgebung aber, auf die ich besonderes Gewicht lege, war die Sinneswandlung des bekannten englischen Friedensapostels Stead. Dieser Mann, der in Europa, abgesehen von der Baronin Suttner, die Friedensidee am lebhaftesten propagiert hat — auch hier in Berlin bei den nachgehenden Kreisen — geriet, als diese Vorlage kam, ganz außer sich und schrieb: „Sie zeigt die Situation in bengalischer Weise!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So sprach er einmal der Friedensapostel Stead. (Lachen rechts.) Wir werden England diesen Glauben, daß die Flottenrüstungen gegen England gerichtet seien, auch niemals rauben können; denn wir haben in absehbarer Zeit mit keinem anderen Gegner zu rechnen, zur See noch viel weniger als zu Lande. Amerika ist uns auch zur See nicht gewachsen. (Widerspruch rechts.) Es kommt auf die Dauer den Rüstungen eines Landes mit 62 Millionen Menschen nicht folgen. Schon fällt es ihm schwer, die gleiche Zahl Friedensstruppen zu halten wie Deutschland, und dabei hat Deutschland noch das große Reservoir der Uferbewohner! Dasselbe gilt für die transjüdische Flotte. Aufstand kommt für einen Weltkrieg auch nicht in Frage. Amerika? Lächerlich! Japan? Lächerlich! (Heiterkeit.) Also kann es sich bei unseren Flottenrüstungen nur um England handeln, und dabei bleiben die Engländer, namentlich wenn sie sich auf die Tatsache stützen können, daß in der Begründung der deutschen Flottenvorlagen alles Material nur in Bezug auf England gestellt wird, alle Vergleiche nur auf England bezogen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das war schon immer so und wird auch so bleiben. Diesen Glauben werden Sie mit allen Ihren Reden dem Engländer nicht nehmen, und da dieser Glaube in England vorhanden ist, wird England alles aufbieten, um seine Ufermacht zur See aufrecht zu erhalten. Da aber kann der Moment kommen, wo England sich sagt: Nun ist es genug! Wo England zu Deutschland ähnlich steht wie Japan zu England im Jahre 1904 (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.), wo es sich sagt, daß, wenn es jetzt nicht losläßt, es zu spät ist. Diese Gefahr provozieren wir! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Daß ich nicht nur meine Auffassung, sondern auch die der englischen Presse und der englischen Redner. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben in den letzten Wochen an den Kreisen der national-liberalen Partei, von den Liberalen und den verschiedenen Flottenvereinen, kurz von all den hochpatriotischen Verbänden, zahlreiche Petitionen erhalten, die nicht nur die Annahme der Regierungsvorlage bekräftigen, sondern auch verlangen, daß wir weit darüber hinaus gewaltige Mehrausgaben bewilligen. Aber keine einzige dieser Petitionen fragt, woher die Mittel dazu kommen sollen! Wahrscheinlich denken Sie, daß die Mittel auf dem bisher üblichen Wege aufgebracht werden sollen, und das heutige Steuerprogramm des Reichsanwaltes entspricht ja dieser Auffassung. Es soll aus den alten Quellen geschöpft werden, dieselben Klassen, die schon jetzt die Hauptlast

tragen, sollen noch weiter belastet werden, die oberen Klassen aber, die unangesehnt zu neuen Flottenrüstungen drängen, wiederum frei ausgehen. Es ist geradezu eine Schamlosigkeit, daß die Klassen, die mit derartigen Anstrengungen die Agitation für die Flottenfrage betreiben, aus ihrem Geldbeutel auch nicht einen Pfennig dafür abzugeben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die neuesten Ausweisungen der Einkommensstatistik für 1907 zeigen, in wie bedeutendem Maße wiederum die Einkommen über 8000 M. gesiegen sind, wie die Reichen das Hauptvermögen der Suppe geschöpft, den Hauptvorteil von der großen Prosperitätsepoche eingelassen haben (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); sie drängen fortgesetzt das Reich zu neuen Ausgaben, neuen Rüstungen, aber wenn die Einkommensteuer auch nur um 1 Proz. erhöht werden soll, dann fänden sie Jeter und Morbio! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Einzelne von Ihnen mögen ja eine Ausnahme machen, aber die große Mehrheit der Besiegenden denkt anders. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Unsere ganze Partei denkt so!) Nun denn, wie Rhodus, wie Salta! Hier zeigen Sie, wie Sie gefirmt sind! Sie haben ja die Gelegenheit dazu bei der kommenden Steuervorlage. Stellen Sie einen Antrag auf Einführung einer Reichseinkommensteuer, wir werden dafür stimmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Zuruf bei den Nationalliberalen: Reichsvermögenssteuer!) Auch gut, die Hauptsache ist, daß Sie den großen Geldbeutel anlassen. (Heiterkeit und Weisfall bei den Sozialdemokraten und Nationalliberalen.) Wenn Sie auch dieser Auffassung sind, dann sind wir ja in dieser Beziehung einig. (Heiterkeit b. d. Soz.) und ich freue mich darüber, weil es ja selten ist, aber ich sage Ihnen: „Halten Sie Wort!“ (Große Heiterkeit und lebhafteste Zustimmung b. d. Soz.) Wenn Sie das tun, so wird Ihr Vorkommnis in etwas glänzenderem Lichte erscheinen als bisher. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Denn bisher hat der Patriotismus in Deutschland stets den Eindruck gemacht, als ob es sich dabei hauptsächlich um die Förderung der eigenen Klasseninteressen handelte. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Nun, Sie können ja jetzt beweisen, daß ich mich in dieser Beziehung irre. (Zuruf: Wie so oft!) Ich habe mich so oft in meinem Vertrauen zu Ihnen getäuscht, daß ich mich freuen werde, wenn ich mich auch einmal zu Ihren Ungunsten geirrt habe. (Weisfall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

#### Staatssekretär v. Tirpitz:

Der Abgeordnete Weibel hat eine Verrechnung über das Lebensalter der Schiffe mitgeteilt, nach der er herausgerechnet hat, daß unsere Kriegsschiffe die kürzeste Lebenszeit haben. Wie er zu dieser Rechnung gekommen ist, kann ich ja aus dem Stegreif nicht übersehen. Wenn aber die Schiffe unserer Flotte eine so kurze Lebenszeit haben, so rührt das daher, daß wir ja erst vor sechs oder sieben Jahren angefangen haben! (Heiterkeit.) Der Abg. Weibel hat weiter die vielen, für die nächsten Jahre angelegten Ersatzbauten benannt; sicherlich hat er die zu ersetzenden Schiffe der Siegfried-Klasse ausgelassen, sonst wäre er gewiß zu einem ganz anderen Resultat gelangt. Weiter hat der Abg. Weibel in Uebereinstimmung mit dem Abg. Dr. Wiemer getadelt, was ich über die Intentionen der verbündeten Regierungen über den etwaigen Ersatz der Schiffe der Kaiser- und Wittelsbach-Klasse in der Budgetkommission gesagt habe. Wenn aber Mitglieder dieses hohen Hauses dem Staatssekretär der Marine oder dem Kriegsminister nicht anbieten als er fordert, was soll er dann antworten? (Große Heiterkeit.) Ich habe im übrigen nicht gesagt, was der Abgeordnete Weibel zitiert hat. Ich habe nur gesagt: Wenn Sie mir eine Mehrheit schaffen, will ich Ihnen meine militärische Unterstützung geben. Damit fallen alle Folgerungen weg, die der Abg. Weibel an meine Rede geknüpft hat.

Ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, um der Behauptung des Abg. Weibel, daß die Flottenvorlage Unruhe in England erweckt habe und erwidern mußte, auf nachdrücklichste entgegenzutreten. Ich habe bereits in der Budgetkommission die Hauptstimmen der englischen Presse angeführt und bin mit Rücksicht auf die Behauptungen des Abg. Weibel, sie hier zu wiederholen. Der „Morning Leader“ schreibt am 20. November, daß es kein Linien Schiff gebe, das mit 20 Jahren mehr wert sei als ein Haufen alten Eisens und daß die bisherige Bestimmung des deutschen Flottenplanes ein schlechter Witz gewesen sei. Der „Engineering“, das erste englische Fachblatt, erklärt, daß die englische Flotte nicht einmal ein Ausrustungsschiff habe, das älter als 20 Jahre sei. (Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die „Armour and Navy Gazette“ äußert sich in ganz ähnlichem Sinne. Das ist also das Tatsächliche der englischen Pressstimmen zur Flottenvorlage. Es ist mir also unklar, wie man behaupten kann, daß die Flottenvorlage in England Unruhe gegeben hätte. Wir haben ja bereits 1900 gesagt, was wir für eine Flotte haben wollen, und die jetzige Flottenvorlage bedeutet keine Flottenvermehrung, sondern soll nur einen Fehler der Verrechnungswiese korrigieren. Wir bauen unsere Flotte gegen niemand! (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen und rechts.) Wir haben dazu auch gar keine Veranlassung. Wie stehen da genau auf dem Standpunkt, den der Referent der Budgetkommission in der französischen Kammer ausgedrückt hat. Er sagte in Bezug auf die französische Flottenvorlage, nach der bekanntlich sechs große Linien Schiffe auf einmal in Bau gegeben werden sollen: „Die Beziehungen der Nationen zu einander sind zu wandelbar, als daß wir unsere Flotte nur gegen einen bestimmten Feind bauen könnten. Unsere Freunde von heute können morgen unsere Gegner sein.“ (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen und rechts.) Was tun denn alle anderen Staaten? Sie sind bemüht, eine ihrer Kraft angemessene Seemacht zu erwerben, und weiter tun auch wir nichts. Und was speziell England betrifft — ich bin in der Welt ziemlich herumgekommen — so sehe ich auf dem ganzen Erdkreis keinen Interessenskonflikt, der zwischen England und uns einen Appell an die Waffen rechtfertigen könnte. Ich kann mir das gar nicht vorstellen. (Abg. Weibel ruft: Das ist meine Auffassung auch!) Die Verurteilungen, daß wir mit unseren Rüstungen England die Seeherrschaft streitig machen könnten, sind Phantasiegebilde, denen mit Gründen schwer Beizukommen ist. Unser absolutes Stärkeverhältnis zu England ist ja hauptsächlich so, daß es mehr als dreimal so stark ist wie wir und tatsächlich in der Lage ist, sehr viel schneller zu bauen als wir. Es hat viel mehr Werften, drei bis vier große Kanonenwerke, kurz, es ist der Weltproduzent für Kriegsschiffe. Was ganz furchtbar ist in den Rechnungen, daß England allein für Straßilien drei große Dreadnoughts baut. England ist also in der Beziehung in der Lage, und jederzeit vorzuziehen, wenn es nur will. Wie es da möglich ist, unser Vorgehen, das von langer Hand vorbereitet ist und gar keine akute Bedeutung hat oder haben kann, weil die Schaffung einer Flotte das Werk eines Menschenalters ist, für eine Provokation Englands zu halten, verstehe ich nicht. Es ist mir unbegreiflich, wie der Abg. Weibel das behaupten kann. Wollen Sie denn behaupten, daß unsere Armeeprovokation? (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn man Ihnen die Frage vorlegt, würden Sie sie gewiß bejahen, wenn nicht, würden Sie der einzige in Deutschland sein, alleinstehend. Ich wundere mich, daß nach den Verhandlungen der Budgetkommission der Abg. Weibel gerade diese Seite der Frage wieder aufgerollt hat. Ich hatte mich der Illusion hingegen, daß meine Darlegungen in der Kommission, wo ich ja frei sprechen konnte als hier im Hause, imstande gewesen wären, den Abg. Weibel zu überzeugen. (Lachen rechts.) Wir bauen nur eine Flotte, die den Frieden sichern soll. Ich glaube, im Interesse unseres Vaterlandes, das doch auch das Vaterland des Abg. Weibel und seiner Wenigen ist, ist es nicht zweckmäßig, in dieser Weise mit dem Feuer zu spielen: (Sehr wahr! bei der Mehrheit) denn es gibt Häfen und delben Leute, die nicht die nötige Erkenntnis haben und bei denen das eine unangenehme Unruhe erzeugt. Das zu vermeiden, haben wir alle Ursache. (Ordo! beim Volk.)

Abg. Dr. Krenndt (Ab.): Der Anfang der Weibelschen Rede klang so, als ob Herr Weibel für die Vorlage wäre; leider hat der Schluß grausam enttäuscht. Herr Weibel hat in unverantwortlicher Weise

den englischen Chauvinisten Waffen in die Hand gegeben. (Weisfall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin stets für Verleumdung Frankreichs mit Deutschland eingetreten, aber nach den neuesten Verhandlungen in der französischen Depuliertenkammer über die Maritimpolitik erhebt sich doch Vorwurf gegen — Bei der letzten Flottenvorlage sind die drei Nationen finanziell überhaupt nicht in Anspruch genommen worden. Aber schließlich kann doch nicht alles aus dem großen Geldbeutel der Reichen besprochen werden, sonst wird dieser Beutel leer. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Herr Spahn tat, als ob er die Annahme der Vorlage von der Deutung abhängig machen wollte. Unschicklicherweise hat aber dank den letzten Worten das Zentrum seine ausschlaggebende Stellung im Reichstage verloren. Ich hoffe aber, daß das Zentrum für die Vorlage stimmen wird; denn je größer die Mehrheit ist, desto stärker wird der Eindruck im Auslande sein, und dieser Eindruck wird den Weltfrieden fördern.

1904, bei Gelegenheit der Verwischung der Vort Arthur-Flotte, hat der „Vorwärts“ die Flottenpolitik als ein Postulat großbürgerlicher Politik bezeichnet, und diese großbürgerliche Politik ist doch — nach Ihnen (zu den Sozialdemokraten) — ein Fortschritt gegenüber dem, was Sie als junkerliche Politik bezeichnen!

Abg. Rommsen (fr. Vg.): Herr Krenndt sprach davon, daß Herr Weibel den englischen Chauvinisten Waffen auf die Köpfe gegossen habe. Am schlimmsten werden aber die wahren Interessen der deutschen Flotte von den deutschen Chauvinisten geschädigt. Ich habe mich gereut, daß die Vorgänge im Flottenverein mit einer Niederlage der Chauvinisten geendigt haben. (Weisfall b. d. Soz.) Wir sind durchaus nicht geneigt, uns den national-liberalen Anträgen auf ein Dinausgehen über die Vorlage anzuschließen. — Herr Weibel hat unsere Stellung zu dieser Vorlage mit der Flottenpolitik in Zusammenhang gebracht. Diese Stellung hat aber weniger mit der Flottenpolitik als mit der wachsenden Ueberzeugung — hier und im Lande — zu tun, daß die Militär- und Marinefragen mehr und mehr reine technische Fragen werden! Mein Freund Wiemer hat sich in seiner heutigen Rede mit Entschiedenheit zu diesem Standpunkt bekannt, den mein verstorbenen Freund Niderst und seine näheren Parteigenossen seit langem vertreten haben. — Unbedingt muß daran festgehalten werden, daß solche Vorlagen aus nächster Erwägung des absolut Notwendigen unter Ausschluß aller phantastischen Pläne — für die sich hier keine Mehrheit finden wird — zu beurteilen sind. Will unsere Zustimmung zu dieser Vorlage legen wir uns keineswegs auf die eventuellen Vorschläge des Staatssekretärs für die Deutung fest. (Hört! hört!) Wir werden diese Vorschläge vorurteillos prüfen, uns aber nur auf Steuern einlassen, die unseren Prinzipien nicht zuwiderlaufen. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (dritter Vg.): Wenn Herr Rommsen die Einigkeit der liberalen Parteien rühmt, scheint er die Vorgänge der letzten Zeit nicht zu kennen. (Heiterkeit rechts und bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse des Volkes würde ich wünschen, daß die Einigkeit Tatsache wäre. Der Vorlage stimmen meine Freunde zu, auch ohne daß die Kostenfrage vorher geregelt ist, denn die Verklärung unserer Seemacht zur See vorträgt keine Verwässerung.

Damit schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, bezgl. die Resolutionen.

Darauf verlagte sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Marine-Etat, Justiz-Etat. Schluß 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom Mittwoch, den 20. Januar 1908, 11 Uhr.

Ein Ministerische: Befeler.

Die zweite Beratung des Justizetats

wird fortgesetzt.

Abg. v. Brandenstein (L.): Im Rolke-Garden-Prozess hätten vor allem die Vertreter der Presse ausgeschlossen werden müssen: denn sie sind es, durch die die unästhetischen Dinge, die dort verhandelt werden, in die Presse und damit in Häuser kommen, die ihre Ständer davor nicht schützen können. Das andere Publikum — es sollen auch anständig gekleidete Damen darunter gewesen sein (Heiterkeit), die genau wussten, was dort verhandelt wurde, und auch solche, die mit großen Opfern an Zeit hingekommen waren — brauchte gar nicht ausgeschlossen zu werden! Ich bitte den Herrn Minister, sich noch dazu zu äußern, wie er zum Ausschluß der Presse von solchen Prozessen steht. Er scheint sich vielleicht vor Eingriffen in die Justiz in anderen Fällen ist man aber vor solchen Eingriffen durchaus nicht zurückgeschreckt. Ich erinnere an den Erlass des Reichslänglers, es möge weniger vom Zeugniszwang Gebrauch gemacht werden. Ich bin mit dem Inhalt dieses Erlasses durchaus nicht einverstanden; denn die Beteiligung des Zeugniszwanges kommt nur dem Verteidiger zugute, die aus dem Hinterhalt ihre Wutmenschen in der frivolsten Weise beleidigen. Man sagt, der Redakteur wird ja wegen Beleidigung bestraft. Das hat aber für den Beleidigten gar keinen Wert, zumal die Geldstrafen so niedrig sind und für etwaige Gefängnisstrafen ja die Ehegattinnen da sind!

Den Herrn Minister möchte ich auch fragen, was die Justiz begehren

gegen die Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie

zu tun gedenken. In der Kommission meinte der Herr Minister, die Sache wäre ganz neu, sie müsse erst ihren Gang durch die Instanzen gehen. Er hätte Erfindungen einzubringen müssen, wie von seinen Vorgesetzten die Sache behandelt worden ist. Wenn

zu Zeiten Lessendorfs

derartige Dinge passierten, wurde er zwar nicht nervös, aber er ergriff energische Maßregeln und hatte seinen Plan fertig, ehe es das offizielle Material vorlag. Ich nehme an, daß der Herr Justizminister heute nicht mehr sagen wird: die Sache ist erst eben passiert, ich bin noch nicht informiert. Man sollte doch in solchen Fällen vorzulegen und es nicht erst zu blutigen Köpfen kommen lassen, wenn man es nicht vorgeht,

die Waffen unter die Feuerspritze zu nehmen.

Wir müssen das allmähliche Einzerzieren der Revolutionsbataillone abschaffen und die Schule des Aufruhrs schließen.

(Ordo! rechts.)

Justizminister Befeler:

Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz ist die Zulassung einzelner Personen bei Ausschluß der Öffentlichkeit zulässig. Ich habe diese Bestimmung niemals dahin aufgefaßt, daß es richtig sei, bei Ausschluß der Öffentlichkeit gerade die Vertreter der Presse zuzulassen. Darin liegt ein gewisser Widerspruch. (Sehr richtig! rechts.)

Gegen die Straßendemonstrationen sind die Staatsanwaltschaften angewiesen, unverzüglich und mit Rücksicht einzuschreiten.

Die einzelnen Fälle müssen aber erst geprüft werden.

Die Schulbuben werden jedenfalls streng bestraft werden!

Heftig sind die Haderführer, die sich im Hintergrunde halten, schwerer zu fassen, als diejenigen, die auf die Straße gehen. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Busch (S.) fordert Gewährung von Diktan an Schöffen und Beisitzern und Vereinfachung der Zeugniszwangsgesetz.

Abg. Krause-Waldenburg (fr.): Meine Freunde stimmen mit Herrn Krenndt darin überein, daß der Ausbreitung unästhetischer Bilder unter der Jugend mit allen Mitteln entgegengetreten wird. Eine körperlich und geistig verdorbene Jugend bedeutet eine Gefahr für



unser Vaterland; um diese Gefahr zu bekämpfen, ist eventuell auch eine

### Kinderung der Gesetzgebung

notwendig. Redner tritt des Weiteren dafür ein, daß die Affessoren mehr bei den Amtsgerichten als bei den Landgerichten beschäftigt werden. Dort kommen die Affessoren am besten mit den weitesten Kreisen, auch der unteren Volksschichten in Verbindung und lernen ihre Lebensgewohnheiten kennen. Freilich dürfen solche Affessoren sich nicht über diese nach ihrer Meinung ungebildeten Leute besonders erheben, sondern sie müssen ihren Bedürfnissen Verständnis entgegenbringen. Nach dieser Richtung sollten die einzelnen Beamten in der Provinz fortgesetzt von der Justizverwaltung aus kontrolliert werden.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Dem Abg. v. Brandenstein gegenüber bemerke ich, daß auch wir gegen Straßendemonstrationen sind; aber in solchen Zeiten soll man ruhig Sit behaltem und nicht gleich nach Militär und Staatsanwaltschaft rufen. (Sehr richtig! links.) Ich hätte gewünscht, daß der Herr Minister uns mitteilen könnte, in wieviel Fällen denn überhaupt seitens der Staatsanwaltschaft vorgegangen werden soll. Aber mit der Aufzählung, doch ja die Staatsanwälte schärft zu machen, könnte man gerade die gegenteilige Wirkung hervorrufen. (Sehr richtig! links.)

Auch gegen die Verhinderung von Mordtaten durch drakonische Strafen haben wir lebhaftes Bedenken. Gerade im Mittelalter hatten wir doch sehr harte Strafen, und doch war damals die Mordtate besonders groß. Die Mordtate wird am besten bekämpft durch Hebung der Volksebildung. (Beifall links.)

Die Debatte wird geschlossen, der Titel „Ministergehalt“ genehmigt.

Nunmehr wird zur Beratung gestellt ein Antrag Schiffer (natl.), der auch von den beiden freisinnigen Parteien, dem Zentrum und der freisinnigen Fraktion unterstützt wird, im Bundesrat für die schleunige Einbringung eines Gesetzes über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen einzutreten und bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes die Verurteilung, im Wege der Verwaltung und der Geschäftsbearbeitung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen in einer ihrer Eigenart entsprechenden Weise zu gestalten, nach Möglichkeit zu fördern und zu verallgemeinern.

Abg. Schiffer (natl.) begründet den Antrag. Abg. Rehmer (L.): Dem Antrage können wir nicht zustimmen, weil wir erst abwarten wollen, was die Reform des Strafvollzugs, die uns in Aussicht gestellt wird, bringen wird. Hinweisen möchte ich darauf, daß sich in Dänemark der Richter jugendliche Missetäter vorführen und durchprägen lassen kann. Ich beantrage, den Antrag der Justizkommission zu überweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Peltzsch (fr. Sp.): Die Strafmündigkeit soll erst mit der Vollendung des 14. Lebensjahres beginnen. Gegen die Forderung der Strafmündigkeit bestehen dieselben Bedenken wie gegen die bei Erwachsenen. Ich empfehle, den Antrag möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Bierer (L.): Für die Aburteilung jugendlicher Verbrecher sollten besondere Jugendgerichte im Rahmen der allgemeinen Strafprozessordnung geschaffen werden, die mit Richtern besetzt werden müßten, die auf dem Gebiete der Pädagogik Erfahrung haben. Damit sollte man möglichst schnell vorgehen.

Abg. Dr. Sell (natl.): Nach meiner Ansicht gibt es bei und wenig Dinge, die reformbedürftiger sind als das Kapitel der Strafrechtspflege. Wenn wir in der Frage noch nicht weiter sind, so liegt das daran, daß sich lediglich Juristen damit beschäftigt haben. In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. Januar wird unter der Überschrift „Zwei Verurteilungen“ geschrieben, wie zwei Knaben von 14 und 12 Jahren, die aus der Zwangsverlegung entlassen sind, zu 3 Jahren bzw. 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind! Ich bitte den Richter, diesen Fall zu untersuchen. Die Grausamkeit, die sich in diesem Falle ausdrückt, brauche ich nicht weiter zu betonen. Es kommt für die Entscheidung der Frage, um die es sich hier handelt, weniger auf Theorien als auf die praktischen Erfahrungen an.

Abg. Kirch (L.) begründet einen Antrag, im ersten Satz des Antrages Schiffer die Worte: „für die schleunige Einbringung eines Gesetzes“ zu ersetzen durch die Worte: „für eine Reform der Strafrechtspflege“.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Es ist bedauerlich, daß sich vielfach in der Reichstagsdebatte ein weitgehender Schematismus und Formalismus geltend macht. Mir ist ein Fall bekannt, in dem der Sohn eines Handwerksmeisters von 14 Jahren wegen Diebstahls zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war! Das Reichsgericht hat das Urteil auf, weil der Offizialverteidiger für die neun oder zehn jugendlichen Angeklagten nicht in der Hauptverhandlung zugezogen war, und daselbst Gericht, das die hohe Strafe ausgesprochen hat, verurteilt nun den Jungen zu nur 14 Tagen Gefängnis! Das erste Urteil war nur möglich, da es ohne jedes Verständnis der Kindesseele gefällt war.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) spricht sich für den Antrag Schiffer aus.

Minister Dr. Beseler erklärt, daß er mit Rücksicht darauf, daß dem Reichstage vielleicht schon in der nächsten Session eine Vorlage über die Reform der Strafprozessordnung zugehen werde, nicht zu jetzt eine Vorlage im Sinne des Antrages Schiffer anregen könnte. Im übrigen sei er gern bereit, die Bestrebungen, die im Antrage ausgedrückt seien, möglichst zu fördern.

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge Schiffer und Kirch werden der Justizkommission überwiesen.

Präsident v. Krüger: Die nächste Sitzung findet erst Freitag statt, weil die Budgetkommission morgen ihre Beratungen fortsetzen will. Wahrscheinlich werde ich in die Zwangslage verlegt sein, am Freitag eine Abänderung abzugeben. (Zehlfacher Widerspruch.) Ich treue mich, daß Sie damit einverstanden sind. (Große Heiterkeit.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Anträge zum Etat.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, durch eine Resolution zum Militärstatut die Herabsetzung der Dienstzeit für alle Wehrpflichtigen auf ein Jahr zu fordern und zum Justizetat Resolutionen einzubringen, welche Vorlegung von Gesetzesentwürfen beantragen:

1. Die Einführung von Gerichten nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für Streitigkeiten ländlicher Arbeiter, des Gesindes und der Privatangestellten.

2. Den Zeugniszwang für die Presse, für Abgeordnete und Gemeindevorsteher für die Fälle zu beseitigen, in denen die Zeugenaussage einem Vertrauensmißbrauch darstellen würde.

3. Gebühren für Schöffen und Geschworene einzuführen.

### Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 20. Januar.)

Die Kommission setzte ihre Beratung über die Pensionen fort. Es entwickelte sich eine längere Debatte über das Militärarbeitswesen. Abg. Erzberger beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Grundzüge für die Regelung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs-, Staats-, Kommunal- usw. Behörden mit Militärarbeitsstellen eingehalten werden.

Der Antrag wird damit begründet, daß angeblich große Schwierigkeiten bestehen, die Militärarbeitsstellen unterzubringen, da gewisse Beamter zu große Anforderungen an die Kandidaten für die

Subalternstellen erheben. Erzberger verlangt eventuell neue Stellen für die Militärarbeitsstellen. Abg. Oriola ist auch nicht mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden, will aber nicht so weit gehen wie Erzberger. Die Vertreter der Marine- und Militärverwaltung sprechen sich über die Handhabung dieser Frage bei den Verwaltungen eingehend aus und bekräftigen die Notwendigkeit der Resolution Erzberger. Erzberger begründet seinen Antrag nochmals, der angenommen wird. Im Anschluß an diese Debatte beantragt Oriola, die Grundzüge über die Militärarbeitsstellen der Budgetkommission zu überweisen. Der Vorschlag soll das Weitere betreffen.

Die Kommission geht nunmehr zur Beratung des Etats des Reichsamts des Innern und beginnt mit einer Nachtragsforderung von 400 000 M. für Versuchsarbeiten mit dem Zeppelinischen lenkbaren Luftballon. Der Referent v. Nitzsche empfiehlt die Bewilligung der Forderung. Im Etat selbst werden noch 2 150 000 M. gefordert für Erwerb der beiden von Zeppelin erbauten Luftschiffe und für besondere Curiaudition an den Grafen Zeppelin. Singer als Korreferent schließt sich der Anerkennung der Zeppelinischen Leistung an und sieht im allgemeinen der Forderung sympathisch gegenüber. Er verlangt aber noch nähere Nachweisung darüber, wie man zu der angeführten Summe gekommen sei, und er sucht im Austausch über Konstruktion und Leistungsfähigkeit sowie über die Pläne für die Beschaffung weiterer Luftschiffe.

von Nitzsche will noch wissen, ob beabsichtigt sei, Spezialgesetze über den Bau und Betrieb von Luftschiffen zu erlassen. Es dürften doch Luftschiffe nicht an das Ausland verkauft werden, auch müsse man sich sichern gegen das Herübergreifen fremdländischer Luftschiffe auf deutsches Gebiet! (Ordnung ruft: „Höll“ Große Heiterkeit.)

Gebietrat Lewald gibt die gewünschten materiellen Auskünfte.

Prof. Herzogell stimmt mit Singer überein, daß bei dem Zeppelinischen Fahrzeug nur von einem Luftschiff die Rede sein kann, und nur ein Schiff, kein schwimmender Ballon mit schwebender Gondel sei brauchbar. Redner behauptet nunmehr in sehr interessanten Ausführungen und gestützt auf eigene Erfahrungen, welche er bei Fahrten mit dem Zeppelinischen Luftschiff gemacht hat, die technischen Einzelheiten deselben.

Es sprechen zu dieser Frage noch Semler und Oriola, welche letzterer wünscht, daß gemeinnützige Erfindungen mehr als bisher von Staats wegen unterstützt werden. v. Bethmann-Hollweg ist nicht gegen solche Unterstützungen, aber ihm stehen keine Dispositionsfonds zur Verfügung.

Die Anforderungen im Gesamtbetrage von 2 550 000 M. werden bewilligt.

Ohne wesentliche Debatte werden dann genehmigt 440 000 Mark zur Errichtung eines wettortelegraphischen Dienstes und 10 000 M. als Beitrag zu den Kosten der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Zu der letzten Forderung begehrt Singer als Korreferent eine nähere Begründung: Es wäre am Platze gewesen, wenn die Regierung sich in einer Denkschrift über die Einrichtung dieses Instituts geäußert und es überhaupt auf das Reich übernommen hätte. Bethmann-Hollweg will nächstes Jahr eine Denkschrift geben und bittet eindringlich um Genehmigung. Singer läßt schließlich seinen Widerspruch fallen, die Forderung wird genehmigt. Ebenso findet die Forderung von 150 000 M. zur Förderung der Landwirtschaft Genehmigung.

An einmaligen Ausgaben werden genehmigt 36 000 M. zur Bekämpfung des Graviditäts-Wörterbuchs, 15 000 M. für das Internationale Institut für Sozialbibliographie, 105 000 M. für Erweiterung des Kanaltaschenhauses in Röhbel, 75 000 M. für die Hofbibliothek (L), 450 000 M. für das Deutsche Museum in München und ähnliche minder hohe Summen für wissenschaftliche oder statistische Arbeiten. Auf Anfrage Singers erklärt Bethmann-Hollweg, daß für die Hofbibliothek keine Forderung mehr komme! — Da Einspruch erhoben ist, wird formell abgestimmt; der Votz rettet geschlossen die Forderung!

Im außerordentlichen Etat werden 4 Millionen für Kleinwohnungsbau für Staatsangestellte und 20 Millionen für Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals genehmigt.

Damit ist die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beendet.

Genosse Singer berichtet noch über drei vorliegende Petitionen: in einer verlangen die Expedienten und Sekretäre Gleichstellung mit ihren vor 1897 angefertigten Kollegen, in einer anderen die württembergischen Arbeiter beim Reichsamte des Innern eine materielle Besserstellung. Singer nimmt sich sehr warm beider Petitionen an, deren Berechtigung ganz außer Zweifel steht, wo der Reichstag wiederholt dadurch anerkannt, daß er die erste Petition schon dreimal zur Berücksichtigung überwies! Es ist eine unerhörte Rücksichtslosigkeit gegen den Reichstag, es muß das Petitionsrecht geradezu zum Scherz machen, wenn die Regierung es wagen darf, die Beschlässe des Reichstages in dieser Weise zu mißhandeln. „Wenn es nach mir ginge“, sagt Singer, „so würde man einfach die nötige Summe in den Etat einstellen und es der Regierung überlassen, den so geänderten Etat anzunehmen oder abzulehnen.“ Schließlich stellt er folgenden Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Petitionen Nr. 2156 und 2007 dem Herrn Reichskanzler wiederholt zur Berücksichtigung zu überweisen und an diese wiederholte Überweisung das Ersuchen an den Herrn Reichskanzler zu knüpfen, daß er Sorge zu tragen, daß der zur Berücksichtigung der Petitionen erforderliche Geldbedarf noch bis zur dritten Beratung des Etats für 1906 angefordert wird.

Nach kurzer, heftiger Debatte, in der sich Bethmann-Hollweg hinter das kommende Beamtenbesoldungsgefeß versteckt, wird der Antrag Singer einstimmig angenommen! Auf Antrag Singers wird die 3. Petition (Unterstützung der Luftschiffversuche eines Herrn Jesterli) als Material überwiesen.

Morgen Postetat.

### Einkauf.

Aus dem Reichstag: Bemerkungen zur Rechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Kaukasus für das Rechnungsjahr 1904.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus: Antrag Bruns (Z.) und Genossen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. Erhebungen darüber anzustellen, wie nach Durchführung der Novelle zum Allgemeinen Vergesetz vom 19. Juni 1906, betreffend die Knappschützvereine, in diesen Verträgen und Bestellungen gegenüber den früheren im einzelnen sich gestaltet haben, und zwar a) in den Krankenkassen und b) in den Pensionskassen; 2. das Ergebnis möglichst bald vorzulegen.

## Aus der Partei.

### Eingungsbefreiungen in Amerika.

Aus New York wird geschrieben: Der Vorstand der „Socialist Labor Party“ hat in seiner letzten halbjährlichen Sitzung am Anfang Januar eine Resolution beschlossen, die sich dafür ausspricht, auf Grund des vom Internationalen Kongreß zu Amsterdam gefaßten Beschlusses einleitende Schritte zur Vereinigung, respektive Verständigung über gemeinsame Punkte mit der „Socialist Party“ zu tun. Zu diesem Zweck wird ein aus sieben Mitgliedern bestehendes Komitee eingesetzt, das mit einem Komitee der Socialist Party, falls deren Vorstand auf den Vorschlag eingeht, einen Entwurf auszuarbeiten soll, welcher den nächsten Konventionen der beiden Parteien zu unterbreiten ist. Die von dieser Konvention gefaßten Beschlüsse sind sodann der Ur-

abstimmung in beiden Parteien zu unterbreiten, und treten in Kraft, wenn auf beiden Seiten eine Majorität dafür stimmt.

Es ist schon seit mehreren Jahren hier und da in beiden Lagern eine Bewegung nach jener Richtung im Gange, und in einigen Staaten haben auch gemeinsame Konferenzen zu dem Zweck stattgefunden; diese haben auch zum Teil zur Verständigung über diverse Punkte geführt, aber keine profunden Resultate erzielt, da über andere, sehr wichtige Punkte keine Einigung erzielt werden konnte. Besonders kommt dabei die Stellung zur Gewerkschaftsfrage in Betracht, oder genauer gesagt zu der auf dem Boden der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit stehenden „Federation of Labor“ mit ihrer auf der Gewerkschaftsautonomie beruhenden Organisationsform. Hauptächlich dieser Punkt wird auch bei der vom Vorstand der S. L. P. ergriffenen Initiative die größte Schwierigkeit bereiten. Es kommt dabei in Betracht, daß eine große Anzahl der S. P.-Führer Posten in zur Federation gehörenden Gewerkschaften bekleiden, während die Konstitution der S. L. P. dies als mit ihren Prinzipien in Widerspruch stehend erachtet, weshalb sie ihren Mitgliedern die Annahme solcher Posten nur in gewerkschaftlichen Organisationen gestattet, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wie seinerzeit die „Socialist Trade and Labor Alliance“ und nun die „Industrial Workers of the World“ (in der ersten aufgegebenen ist). Außer einigen anderen Punkten, darunter hervorragend die Frage der Parteipresse, ist die neuerdings hinzugekommene Beziehungsweise dringlicher geworden die Stellung zur Einwanderungsfrage zu erwägen. Die schon mitgeteilt, hat sich der Vorstand der S. P. kürzlich gegen die „asiatische Einwanderung“ erklärt, während die S. L. P. unentwegt den Marxischen Wahrspruch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ hoch hält. Und doch es sich bei der ersten nicht nur um diese Einwanderung handelt, sondern daß sie eventuell zu weiteren Konzeptionen an das rückständige Element bereit ist, geht aus dem Thema einer nächsten in Brooklyn stattfindenden Versammlung der S. P. hervor, das lautet: „Die Zulassung oder Ausschließung der Staaten und sautiger in der Kultur rassistischer Völker von den Vereinigten Staaten.“ (Die Unterstreichung ist von mir.) — Im übrigen wäre die gegenwärtige Situation — die sich höchst wahrscheinlich im Laufe dieses Jahres nicht wesentlich ändern wird — aber meiner Ansicht nach muß sich vor allem erst die veraltete Form des Unionismus als völlig ungenügend erwiesen haben, ehe Erfolg nach jener Richtung zu erwarten ist. Auch kommt in Rechnung, ob die Industrial Workers of the World in der Organisation der großen Masse der Arbeiter, der „ungelehrten“, die mindestens 75 Proz. der gesamten Arbeiterkraft bildet, genügende Fortschritte macht, um den Einfluß der S. L. P. zu brechen.

Die Reise des Genossen Webel nach Amerika wird zu dem geplanten Zeitpunkt nicht zur Ausführung kommen. Die „New Yorker Volks-Zeitung“ gibt unter großem Bedauern ihren Lesern Kenntnis von einem Schreiben des Genossen Webel an den Sekretär der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten, worin Webel mitteilt, daß seine Reise auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse. Er ist, seitdem seine Absicht, nach Amerika zu kommen, angekündigt worden war, mit Briefen, Einladungen, Bitten, Ersuchen, Nachfragen usw. geradezu überhäufelt worden. Da nun sein Gesundheitszustand seit vergangener Herbst infolge der Anstrengungen der letzten Jahre ein nicht ganz befriedigender sei, der Arzt ihm äußerliche Schonung empfohlen habe, so müsse er angesichts der zu erwartenden Anstrengungen die Reise auf unbestimmte Zeit verschieben. Sobald er aber in der Lage sei, werde er sehr gern die Reise antreten. Die amerikanischen Genossen bedauern diese Abgabe natürlich ungemein. Der Sekretär weist darauf hin, daß im Falle es später doch noch zu der geplanten Reise komme, dann alle Annahmen bezüglich der Versammlungen usw. lediglich durch das New Yorker Parteisekretariat getroffen werden müßten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Bürgerliche Moral!

In der Zeitschrift „Die neue Generation“ veröffentlicht Adelt Schreiber typische Beispiele von der Moral und Sitte gut bürgerlicher Kreise. Aus der Fülle der Mitteilungen, die den Akt des Bundes für Mutterrecht entnommen sind, ist besonders ein Fall erwähnenswert. Es heißt da: „Ein 27 Jahre alter Mann aus vermöglicher Familie war zu 25 M. Mimenten verurteilt, die er angeblich nicht zahlen kann, weil er bei seinem eigenen Vater in Stellung zu sein vorgibt und nur Taschengeld bekommt.“ Läßt diese Bekundung nicht in einem Abgrund moralischer und sittlicher Verworfenheit blicken? Die unsterblichen honetten Eltern helfen ihrem braven Fräulein auf diese Art aus der Patsche, was sie aber wohlweislich nicht abhalten wird, mit stillen Augen zuzusehen über die Verwilderung der Moral und Sittlichkeit zu geben. Das betrogene Mädchen ist fertig für diese Leute und es mag sehen, wo es bleibt mit ihrem Kreuz, das ihr niemand tragen hilft. Die würdigen Eltern des würdigen Sohnes werden sich nach einem reichen und vor allem „sittemann“, „wohlbehüteten“ Schwiegermutterlein umsehen, um einen tugendhaften Hund zu stiften. Und die ganze Familie wird nach wie vor die volle Lastung ihrer Standesgenossen beiseite, wird sich frei und mangellos in der „besseren“ Gesellschaft bewegen können. Der junge Ehegatte, der über kurz oder lang das Geschäft seiner Eltern übernimmt, läßt es dann wohl auf den Namen seiner Frau eintreten, damit er sagen kann: „Ich bin der Kommissar meiner Frau und habe nichts!“ So wird's gemacht! Und wenn das arme Opfer dieses Scheinmannes im Elend verfinstert, die Prostitution in die Arme getrieben wird, wenn das arme Mädchen in den schlimmsten Verhältnissen aufwächst, verlottert, verrotten, was schadet's? Das ist der Lauf der bürgerlichen Welt. Und diese Fälle ereignen sich tausendfach. In 500 Fällen hat der Bund für Mutterrecht allein im vorigen Jahre eingegriffen. Ein einfaches Wild! Interessant ist es zu erfahren, daß die Mehrzahl dieser bedauernswerten Mädchen aus gut bürgerlichen Familien stammen und sich nur durch die Versprechungen ihrer Verführer beirren lassen. Diese ehrenwerten Männer werden aber bestimmt zu den Feinden des „Mutterrechts“, vielleicht gar zum Reichsverband zählen, so werden gottesfürchtig und patriotisch sein und auf die Sozialdemokratie geifern, die „die Familie, Ehe, Sittlichkeit und all die schönsten Dinge untergraben und vernichten will“!

Gegen den Vereinsverbot. Der Verband für Frauenstimmrecht hielt am Dienstagabend eine Versammlung ab, in der nachfolgende Resolution zur Annahme gelangte:

Die von der Ortsgruppe Berlin des Verbandes für Frauenstimmrecht einberufene öffentliche Versammlung erwartet, daß der deutsche Reichstag den Entwurf eines Vereinsgesetzes in seiner gegenwärtigen Form ablehnen wird, da er die heute in verschiedenen Staaten des Reichs bestehende Vereins- und Versammlungsfreiheit aufhebt.

Die Versammlung verlangt ein freies Vereinsgesetz ohne jede polizeiliche Beschränkung. Die Frauen im besondern erklären, daß sie nicht gewillt sind, die ihnen günstigen Bestimmungen im Gesetz durch Ausnahmsbestimmungen gegen die fremdsprachige Bevölkerung zu erkaufen.

Die unter Leitung des Fräulein Lichnerowitsch stehende „Liberaler Frauenpartei“ hat sich aus — Heberliberalismus unter ausdrücklicher Zustimmung zu der Ausnahmsbestimmung für den Entwurf erklärt. Bei den liberalen Frauen scheint gerade solche Heberliberalismus zu herrschen, wie bei den männlichen Links- und Rechtsliberalen.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortungen.

### Theater.

**Donnerstag, 30. Januar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
König. Opernhaus. Fabelle.  
König. Schauspielhaus. Götter von Berlin. (Anfang 7 Uhr.)  
Deutsches. Die Räuber.  
Kammerstücke. Frühlings Erwachen. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Leffing. Wenn wir Toten erwachen.  
Neues Schauspielhaus. Wolkenkrieger.  
Lustspielhaus. Panne.  
Berliner. Naubart.  
Neues. Baccarat.  
Schiller (u. Wallner-Theater.)  
Kollege Crampton.  
Schiller Charlottenburg. Der Revisor.  
Heibel. Maria Magdalena.  
Komische Oper. Die verkaufte Braut.  
Vorstellung. Das Mädchen des Eremiten.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. König Heinrich. Westen. Ein Walzertraum. Theater an der Spree. Hofkapell.  
Kleines. Der Unfichere.  
Zentral. Frau Warrens Gewerbe. Residenz. Bibl.  
Luisen. Des Mädchens Lebenswege. Trionon. Fräulein Josette — meine Frau.  
Thalia. Immer oben auf.  
Bernhard Rose. Der Kaufmann von Venedig.  
Bürgerl. Schauspielhaus. Nachtmann als Erzähler.  
Merropol. Das muß man seh'n.  
Hypothek. La belle Alexia. Hymack. Genes.  
Jolies Caprice. Mal was anderes.  
Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.  
Gebr. Herrnsfeld. Papa und Monna Vanna.  
Kaffee. Die Freuden der Hauswirtschaft.  
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.  
Parodie. Nachtschl. Tannhäuser.  
Monna Vanna. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Passage. Rudolf Mälzer. Spezialitäten.  
Borussia Variété. Katerstr. 6/7. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Carl-Säberland-Theater. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Urania. Tondentaurer 18/19.  
Theater 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
Hörtsaal 8 Uhr: Prof. Rathgen: Das Natrium und seine wichtigsten Verbindungen.  
Hörtsaal 8 Uhr: Prof. Rathgen: Das Natrium und seine wichtigsten Verbindungen.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
Hörtsaal 8 Uhr: Prof. Rathgen: Das Natrium und seine wichtigsten Verbindungen.  
**Lortzing-Oper.**  
Belle-Alliance-Strasse 7/8.  
Abends 8 Uhr:  
Das Mädchen des Eremiten.  
Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Erstaufführung: Don Juan.  
**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
8 Uhr.  
„Bibl.“  
Schwank in 3 Akten von de Gorffe und de Marfon.  
Deutsch von R. Schönau.  
Brettslot v. Richard Alexander.  
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verkaufen?  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**  
**Zentral-Theater.**  
Gastspiel des Heibel-Theaters.  
Abends 8 Uhr:  
Frau Warrens Gewerbe.  
Drama in 4 Akten von Bernh. Schan.  
**Heibel-Theater**  
Königgrätzer Str. 57-58.  
8 Uhr: Maria Magdalena.  
Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Heibel.  
**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
Des Mädchens Lebenswege.  
Freitag: Des Mädchens Lebenswege.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: Robinson Crusoe.  
Abends: Der Reizmann und sein Pflegekind.  
Sonntag nachmittags: Die Waise von Lonsod.  
Abends: Des Mädchens Lebenswege.  
Montag: Capriccio.  
**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Der Kaufmann von Venedig  
Anfang 8 Uhr. Wochenlagspresse.  
**Theater in der Spree**  
Königsplatz 69. 8 Uhr:  
Hokuspokus.  
Neue Berliner Gesangsposse.  
Freitag zum erstenmal:  
Der kritische Tag.  
Familienstück in 4 Akten v. Jul. Knopf.  
**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
Das muß man seh'n!!  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.  
Rauchen gestattet.  
Sonnabend, den 1. Februar:  
II. Gr. Metropol-Theater-Ball.  
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr:  
Die Herren von Maxim.  
**Passage-Theater.**  
Letzte Tage!  
**Rudolf Mälzer**  
15. erste Klasse 15.  
Variéténummern 15.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Kollege Crampton.  
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Gebildete Menschen.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Revisor.  
Lustspiel in 5 Akten v. Nikolai Gogol.  
Deutsch von G. v. Schabell.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Hexenkessel.  
Hierauf: Jungfer Immergrün.  
**Arnold Scholz. Neue Welt.**  
Hasenheide No. 108-114.  
Größtes und originellstes  
**Bockbierfest Berlins.**  
Baron Muckls Bauernkapelle. Max vom Heedes Tirolertruppe.  
30 Original bayerische Madi.  
Heute Donnerstag: Ein lustiger Federkrieg.  
Prämierung der besten Bierzeiser.  
5 Preise: M. 60.—, 40.—, 30.—, 20.—, 10.—.  
Um dem Wettbewerb kann jeder teilnehmen, der im Besitze einer für den Abend an der Kasse gelösten Eintrittskarte ist. Das Thema wird 9 1/2 Uhr bekanntgegeben. Schluß des Wettbewerbs 10 Uhr.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
**Zirkus Schumann**  
Heute Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung. u. a.:  
Klein Family u. d. urkomische Neger.  
Prolongiert!  
Um 9 1/2 Uhr zum 39. Male, Ende gegen 11 Uhr:  
Das Tagelgespräch von Berlin.  
**Amerika**  
zur Zeit der Bürgerkriege, Sklaverei und Trachten 1861-1863.  
The 6 Fluffy Ruffle Girls.  
Kaufmännisch-Operetten auf importierten Kanülern.  
Das Bad der widerspenstigen Neger. — Das Hebben eines Dammes. — Aufhebung der Sklaverei durch Präsident Lincoln, Washington 15. Januar 1863.  
**Apollo Theater**  
Vorletztes Auftreten:  
Siegwart Gentes mit sein. Opernprobe.  
Die 3 goldenen Jungfrauen von H. de Vry.  
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.  
La helle Alexia. Die Königin des Tanzes.  
Hymack. der Mann mit den Handschuhen.  
Sonnabend, den 1. Februar:  
Mittslaw der Moderne. Operette von Franz Lehár. Mia Werber als Gast.  
**WINTERGARTEN**  
Letzte Woche!  
Ruth Vincent  
Gesangskünstlerin.  
Kaufmann-Truppe  
reizende Radfahrkünstlerinnen.  
Robert Steidl  
der beliebte Humorist, und viele andere  
erstklassige Spezialitäten.  
**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 10.  
Große Extra-Vorstellung!  
Erster großer Lustspiel-Abend!  
Der Vicomte von Latorieres.  
Auf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.  
Freitag: In der Irre.  
Sonnabend: Geflohen.  
**Palast-Theater**  
Burgstraße 21.  
Heute 8 Uhr  
Entree 30 Pf.  
Stewart Co.  
Mal was anderes.  
Paul Richard, der beliebte Humorist.  
Shorp and Conrads.  
Gymnastische Vereinheit.  
Manöverliebe, Bestecke.

**XIII. Saison. Zirkus Busch**  
Donnerstag, den 30. Januar 08, abends 7 1/2 Uhr präglie:  
Auftreten des Herrn Kommissionsrat Gustav Stensbeck, Dir. des Berl. Zirkus als Gast! Bros. Clarkkonians aus Amerika. Das Phänomen auf d. Gebiete der Luftgymnastik. The Krems-Family, 10 Personen u. a. Um ziele 10 Uhr:  
**Auf der Hallig.**  
Gr. Kunst- u. Pant d. Zirkus Busch in 4 Bildern.  
Das Phänomen der tauchenden Sirenen. Die Wunder der Tiefsee. Vorher das große Programm.  
**Walhalla-Variété-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Abends 8 Uhr:  
nur noch wenige Tage.  
Das große Programm.  
Phänomenal!  
Der Kraftjongleur Acosta.  
14 elektrische Sterne musikalisch. Ausstattungsaff. Anfolge gr. Erfolges prolongiert!  
12 Akrobaten Lorch 12. Mestrum, Komiker.  
Sonnabend, den 1. Februar:  
Gänzlich neues Programm ansehlichend Ball.  
**Parodie-Theater.**  
Dresdenerstr. 97. Anfang 6 1/2 Uhr.  
**Nachtsyl.**  
Zum 92. Mal:  
Tannhäuser.  
Monna Vanna.  
**Gebr. Herrnsfeld-Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57. Täglich 8 Uhr:  
**Papa und Genossen**  
Vorher: Madame Wig-Wag.  
Dienstags: Premiere.  
Salomonisches Urteil.  
Wittwoch und folgende Tage:  
Papa und Genossen.  
Salomonisches Urteil.  
Sonntag, den 2. und 9. Februar, nachm. 3 Uhr: Endlich allein.  
Der Fall Blumentopf.  
Gustav Behrens-Theater.  
Berlin W., Goltzstr. 9.  
Das glänz. Januar-Programm Kouskalitzs-Truppe. Nummernreichliche Gelänge u. Tänze. 4 Perf. Skandal im Theater, Voltsstück mit Gesang.  
Außerdem: 16 Spezialitäten.  
Jeder Abend: Duskes Kinosmatograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr. Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr: Große Kinder-Vorstellung. 10, 20 und 30 Pf.

**Freie Volksbühne**  
Freitag, den 7. Februar, 6 1/2 Uhr:  
Lortzing-Theater: 23. (III.) Abend-Abteilung. Die Entführung aus dem Serail.  
Luisen-Theater: 21. (I.) Abend-Abteilung. Der eingekleidete Kranke.  
Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.  
**Gastkarten a 1 Mark**  
in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.  
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr:  
Berliner Theater 3./4. Abteilung: Ledige Leute.  
Neues Schauspielhaus 8./9. Abteilung: Iphigenie auf Tauris.  
Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.  
**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47-49.  
Donnerstag, den 30. Januar 1908:  
**Ein Blihmädel.**  
Poffe mit Gesang in 4 Akten von Karl Costa.  
Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Kaffeeöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
**Trianon-Theater.** Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Sonn. nachm. 3 Uhr: Gastons Frauen.  
Sonnabend 8. 1. u. „Baron Toto“.  
**Borussia Variété-Theater und Festsäle**  
Inh.: J. Leschkowski.  
Ackerstraße 6-7.  
Täglich:  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialit.  
**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang: Bochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant:  
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.  
**Sanssouci** Kottbuser Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Heute sowie jed. Sonntag und Montag:  
Hofmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen. Fabelnder Weltall!  
Endlich allein!  
Beg. Sonntag, Bochent. 8 1/2.  
**Etablis. Pharus-Säle**  
Berlin N. 65.  
Zuhaber: Wernau.  
Erstklassiges Künstler-Frei-Konzert  
Wih. Busch-Restaur.  
Täglich:  
erstklassiges Künstler-Frei-Konzert  
Säle, 1200-1500 Berl. an Vereine Sonnabds. u. Sonntag zu vergeb.  
**Buggenhagen**  
Montzplatz im Theatersaal täglich:  
**Albert Böhme**  
und das großartige Januar-Programm.  
Entree 30 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Beder, Bräunow, Göllich, Reumann, Offener, Wätlich.  
**Kajino-Theater.**  
Zotzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Hanni wefat — Hanni lacht  
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.  
Hierauf das neue bunte Programm.  
Die Freuden d. Häuslichkeit.  
Lustspiel in 3 Akten v. R. Demmequin.  
Sonntag 4 Uhr: Biederleute.  
**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neues Katalog  
Dr. Emmerich viel Aerzte u. Prof. grat. u. H. Unger, Gummwarenfabrik  
Berlin NW. Friedrichsstr. 41/42.  
**Hygienische**  
Bedarfsartikel.  
Gummiwaren, 1000e Anork.  
V. Prof. u. Aerzt. empl. bill.  
Apoth. S. Schweitzers Fab.  
hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 60-70. Off. verlang.  
1708L\*  
Nur einmal jährlich!  
Zum Inventur-  
Extrapreis!  
Eine Partie große  
**Divandecken**  
auf beiden Seiten benutzbar  
Mk. 4,35 (Wert 6,75)  
Buntpersische doppelseitige  
**Divandecken**  
Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 Mk.)  
Bunte Plüsch-Divandecken  
Größe 150/300 cm 22,50 (Wert 33 Mk.)  
Eine Partie Divanrückwände  
reichgestickt 3,85 (Wert 8,50 Mk.)  
Teppich-Spezial-Haus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstraße 158.  
Habe nirgends Filialen!  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur-Extraliste  
billiger Sonderangebote  
gratis u. franko.

**Leihhaus Merkur** Grosse Frankfurterstr. 116 an der Andreas-Strasse, im eigenen Verkaufshause  
Täglich Verkauf v. eleg. Frühjahrs- u. Winter-Paletots, Jacket-, Rock-Anzügen, Hochzeits-Anzügen, Kellner-Garderobe, Burschensachen etc. Preise für Anzüge und Paletots 8, 10, 14, 18 M. und höher.  
Specialität: Von feinsten Kavalieren ge- brauchte, jetzt zurückgelegte Monatsgarderoben aus reinwillenen Stoffen, teils auf Seide nach Mass in feinsten Werkstätten gearbeitet. Für jede Figur (auch Korpulente) passend.  
Polizeilich konzeption. Anseh. cert. für Pfänder  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW



### Die Organisation in Groß-Berlin.

Am Dienstag fanden die Generalversammlungen der politischen Organisation Groß-Berlins statt, in denen den „Niedergerittenen“ über die geschäftliche und organisatorische Tätigkeit Bericht erstattet wurde. Fürst Bülow dürfte mit den Erfolgen seiner Hochpolitik weniger zufrieden sein, als wir mit den Resultaten, die die noch junge Zentralorganisation für Groß-Berlin aufzuweisen hat. Und in den Versammlungen kam allgemein die Stimmung zur Geltung: Dem Troben des Reichstanzlers und seiner Auftraggeber, der Repressalien, die die Polizei ergriffen hat, und die das Ansehen Deutschlands im Auslande nur schädigen kann, setzen wir die unerschütterliche Entschlossenheit entgegen, den Kampf zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts fortzuführen.

Ueber den Verlauf der Versammlungen informieren die nachfolgenden Berichte:

#### Erster Wahlkreis.

Der Wahlverein des ersten Berliner Reichstagswahlkreises versammelte sich in Dräfers Festsaal, Neue Friedrichstraße.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Vorstandes, nahm Genosse Wolderaki das Wort. Die letzte Generalversammlung des Kreises fand am 18. Juli statt. Der Bericht erstreckt sich über die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907. Eine eifrige Tätigkeit für die Bestrebungen der Partei auf allen Gebieten, die erreichbar waren, wurde entfaltet. Der Vorstand nahm an 10 Aktionsausführungen und an 13 Zentralvorbereitungssitzungen teil. In drei Versammlungen wurde den Mitgliedern des Wahlvereins Bericht erstattet über die Parteitage von Stuttgart, von Essen und vom Preussentag. Eine gemeinsame Versammlung mit Genossen des fünften und des sechsten Kreises fand der Kommunalwahlen wegen statt. Im November wurde eine Versammlung für den Wahlrechtskampf veranstaltet. In letzter Zeit hat man es mit Versammlungen des Sonntags versucht, die neben belehrenden Vorträgen zugleich Vergnügen für die jungen Leute bieten. Da erst an zwei Sonntagen diese Versuche gemacht wurden, kann man noch kein abschließendes Urteil über den Wert solcher Versammlungen fällen. An zwei außerordentlichen Jahrländenden beschäftigten sich die Mitglieder mit der Verbandsgeneralversammlung und mit Boykottangelegenheiten. Durch die Unterstützung der Partei ist der Boykott, den verschiedene Gewerkschaften beantragt hatten, sehr wirksam geworden, so bei den Barbieren, den Bäckern, den Schneidern. 18 000 Exemplare der Agitationsnummer des „Vorwärts“ wurden im ersten Kreise verbreitet. In Bezug auf Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit wurde viel agitiert. Die Mitglieder wissen, daß der Wahlrechtskampf auf der Tagesordnung steht, und hoffen, daß die vom Preussentag eingesetzte Landtagskommission für eine umfangreiche Agitation einzutreten werde. Den Bildungsbestrebungen wurde wieder große Aufmerksamkeit gewidmet. Für die diesjährige Kaiserfeier hat der erste Kreis den Saal in Happsold's Brauerei bekommen. Der Verein ist stärker geworden und auch seine finanziellen Verhältnisse haben sich erfreulich gestaltet.

Der Kassenbericht des Genossen Bittner ergab, daß die Einnahmen, mit dem Bestand von 2006,87 M. am 30. Juni, während des letzten Halbjahres 7344,72 M., die Ausgaben 8614,70 M. betragen, mithin ein Bestand von 8080,02 M. vorhanden ist. In die Parteiliste wurden 1800 M. abgeführt. Der Mitgliederbestand war am 18. Juli vorigen Jahres 652; er beträgt jetzt 784. Wolderaki empfahl, bei Aufnahme neuer Mitglieder stets Rücksicht wachen zu lassen und erst Einbürgerungen einzuziehen.

Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Den Bericht der Agitationskommission erstattete Genosse Schuster, der sich auf die Berichte, die aus der Provinzialkonferenz gegeben wurden, bezog und hervorhob, daß die Kommission in ihrem Sekretär Otto Weiss eine tüchtige Kraft gewonnen habe. Die Agitation in der Provinz sei sehr schwierig, aber man arbeite ruhig und beharrlich daran und erwarbe auch gute Erfolge. Eine kräftige Agitation für die Landtagswahlen sei in Aussicht genommen. Auskunftsburden seien zu errichten, an welche sich die Arbeiter in ihren Räten wenden können und wo sie Aufklärung über ihre Rechte erhalten. Der Reichsverband und die anderen Parteien versuchen ihr Bestes, der Sozialdemokratie in der Provinz das Feld streitig zu machen, und da dürfe man nichts untätig sein.

Schuster bespricht die Schwierigkeiten in den Oberhöfen; er hat Ost- und West-Sternberg und Frankfurt-Bebus zu vertreten. Mit den Früchten der bisherigen Agitation könne man immerhin zufrieden sein.

Genosse Wagner bemerkt dazu, daß in der Landtagitation immer noch Ungenügendes geleistet werde. Man solle weit mehr Mittel dafür zur Verfügung stellen. Gerade die Aufklärung der Landarbeiters sei von ungeheurer Wichtigkeit.

Den Bericht der Lokalkommission gibt Genosse Ege. So wenig es auch noch anwenbar sei, so arbeitsreich seien doch die Aufgaben dieser Kommission, und leider mangelt es noch an Unterstützung von Seiten der Genossen. Gerade vor den Toren von Berlin werde noch viel gesündigt von den Berlinern. Die Grenzen für die Lokalliste seien weiter ausgedehnt worden, weil das Bedürfnis, z. B. durch die Radfahrerpartien, sich dafür geltend machte. Ege besprach die erbitterten Kämpfe in Zehlendorf und in Spandau, woraus zu ersehen sei, daß der Boykott doch seine Wirkung tue, wenn er nur ernstlich durchgeführt werde. Was den ersten Kreis anbetreffe, so sei man bescheiden in den Ansprüchen und komme mit den zur Verfügung stehenden Lokalen aus.

Genosse Unger gab zu bedenken, ob man nicht manchmal zu eilig und unflug mit Boykottbeschlüssen vorgehe. Er erwähnt die Terrassen in Calenje, das Architektenhause und die Philharmonie und meint, daß gerade in Bezug auf die beiden letzten Lokale viele Genossen den Wunsch haben, den Boykott aufgehoben zu sehen. Genosse Ege wendete sich gegen Unger und meinte, die eingeschlagene Linie könne jetzt nicht geändert werden. Gegenüber einem Bedenken von Unger meinte er, daß wohl nichts dagegen eingewendet werden würde, wenn ein Berichterstatter nach einem boykottierten Lokal sich zu bestimmten Zwecken begibt.

Den Bericht der Prehkommission erstattete Wolderaki an Stelle von Dieckler, der sich entschuldigen ließ. Die alte Frage der Verbilligung des „Vorwärts“ sei viel erörtert worden, aber man kam zu dem Resultat, daß dies nicht angänglich sei. In Bezug auf das Infanterienwesen seien mancherlei Verhandlungen notwendig gewesen, es war notwendig, mit den Gewerkschaften in Boykottfällen zu einer besseren Verständigung zu kommen. Mehr Acquisitore wurden angestellt, um die Infanterieeinheiten noch weiter zu heben. Die Parteipetition wurde über ganz Berlin ausgedehnt, das Gehalt für die Redakteure und Angehörigen der Expedition erhöht, der Inhalt des Blattes vermehrt durch ein größeres Feuilleton und mehr Raum für die Frauenbewegung.

Genosse Kuffel erklärt sich dagegen, daß Inserate von Abzahlungsgeschäften aufgenommen werden. Wolderaki meint, daß man darüber geteilter Ansicht sein könne, wie man Abzahlungsgeschäfte zu bewerten habe.

Genosse Wiesbach, ein Bildhauer, bringt die Frage des Außerordentlichen zur Sprache und erhebt eine Reihe von Vorwürfen gegen das Zentralkomitee. Es seien keine Fachleute darin vertreten gewesen, eingesandte Entwürfe seien nicht einmal geprüft

worden. Bei der Vergabe der Arbeit sei die Organisation der Bildhauer nicht befragt worden, so daß jetzt nur unorganisierte Arbeiter das Denkmal herstellen. Wiesbach erhebt die Beschuldigung, daß man schon von vornherein sich für einen bestimmten Entwurf entschieden habe, ohne die anderen Arbeiten überhaupt zu berücksichtigen, und er erhebt Protest gegen die ganze Art und Weise, wie das Komitee vorgegangen sei. Er verlangt, daß das Komitee mindestens in gleicher Weise hätte verfahren müssen, wie es sonst in bürgerlichen Kreisen üblich sei. Wolderaki wendet sich gegen die Vorwürfe Wiesbachs und erklärt, daß dem Komitee nichts davon bewußt war, daß unorganisierte Leute an dem Denkmal tätig seien; er trat dafür ein, daß untersucht werde, ob sich diese Sache so verhält. Nach kurzer Diskussion wird ein Antrag des Genossen Waldi angenommen, daß der neue Vorstand verpflichtet sein soll, Wiesbachs Beschwerde zu untersuchen und weiter zu geben, um den Zustand festzustellen.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab das folgende Resultat: 1. Vorsitzender Wolderaki, der zugleich als Mitglied des Aktionsausschusses fungiert, 2. Vorsitzender Petermann, 1. Kassierer Bittner, 2. Kassierer Weichelt, 1. Schriftführer Jadaul, 2. Schriftführer Waldi. Zu Revisoren wurden die Genossen Schmidt, Simon und Strehlow, in die Prehkommission Dr. Arons, in die Agitationskommission Schuster, in die Lokalkommission Wartsch gewählt.

Nach einem kräftigen Schlusswort von Wolderaki wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das freie Wahlrecht geschlossen.

#### Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des 2. Wahlkreises eröfnete, bevor sie in die Erledigung ihrer Tagesordnung eintrat, das Andenken der während des Geschäftsjahres verstorbenen Parteigenossen in der üblichen Weise.

An Stelle des schwer erkrankten ersten Vorsitzenden Genossen Schwemle erstattete Köckerich den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes für das Jahr 1907. Der Bericht liegt gedruckt vor. Redner gibt daraus einen kurzen Auszug, um den Genossen den Umfang der im 2. Kreis entwickelten Parteitätigkeit und die erzielten Erfolge vor Augen zu führen. Im Vordergrund stand zunächst die Reichstagswahl, bei der es der Partei gelang, den Kreis gegen den gewaltigen Antikampfen aller Gegner zu behaupten. In Verhinderung und Beschimpfung der Partei und des Kandidaten sind die Freisinnigen hinter dem Reichstagsverband nicht weit zurückgeblieben, was auch auf die Stadtverordnetenwahlen zutrifft. Wenn auch nicht erheblich, so ist doch für beide Wahlen eine Zunahme unserer Stimmengahl zu verzeichnen; brüste sich aber der Freisinn mit seinem angeblichen Stimmengewinn, so sei das eitel Spiegelglitzer, da hier von reinen Parteistimmen nicht geteilt werden könne.

Köckerich gibt weiter eine Darstellung der Wahlbeteiligung nach Stellung und Berufen geordnet. An Flugblätter und anderen Wahltrübsachen, wie Stimmgeldern und Handzettel, Wahlauforderungen usw. wurden bei der Reichstagswahl 1 281 000, bei der Stadtverordnetenwahl 455 000 Exemplare verbreitet. Die letztere Zahl ist besonders bedauerlich gering, weil es sich bei jenen Wahlen nicht um die Gesamtbeteiligung des Kreises, sondern nur um die Wahlbeteiligung in drei Kommunalwahlbezirken handelt. Was die Organisationsfähigkeit des Wahlvereins anbelangt, so habe dieser eine Vermehrung der Mitgliederzahl um 465 aufzuweisen. Das sollte die Genossen anspornen, die Agitation viel intensiver als bisher zu betreiben; die der Agitation sowie der Partei schädlichen Zinzerien möge man vermeiden und bekämpfen, sie in den engeren Kreisen der Jahrländchen zu erledigen. Volksversammlungen fanden 30 statt, mit den übrigen, wie General-, Bezirksführer- und anderen Versammlungen wurden insgesamt 45 abgehalten. Ausgeschlossen wurde der Lithograph Paul Röhring, während freiwillig ausgeschieden der Schuhmacher Gollnia, der mit der Partei nicht mehr zu tun haben wollte; der Gastwirt Hermann Göthe aus der Hübnerstraße „trat“ aus wegen Nichtbeteiligung an der Stadtverordnetenwahl. Nach einer kurzen Schilderung der sonst ausgeübten Tätigkeiten, dem Stande der Parteipresse, „Vorwärts“, „Gleichheit“, „Neue Zeit“ usw., schließt Redner seinen beifälligen ausgenommenen Bericht mit dem Hinweis auf den Kampf um das Wahlrecht zum preussischen Landtage.

Nach der Reichstagswahl habe man uns für niedergeritten erklärt, am 12. Januar dieses Jahres bestand vielleicht die läbliche Absicht, uns niederzureiten, aber weder das erstere ist wahr, noch weniger aber wäre das letztere möglich gewesen, sondern wohlgenut kämpfte die Partei weiter.

Den Kassenbericht, der für Januar—Juni 1907 mit 30 097,51 M. und für Juli—Dezember 1907 mit 13 766,76 M. bilanziert, gibt Genosse Schmidt, damit eine besondere Abrechnung über die Stadtverordnetenwahl, das Volksfest und die Kaiserfeier verbindend.

König, Mitglied der Prehkommission, gibt über deren Wirken Bericht, nur die markantesten Angelegenheiten hervorhebend. Dazu gehören u. a. die Zurückweisung der Versuche seitens der Lokalorganisierten Metallarbeiter sowie der Puffer, die über sie verhängte Sperre des „Vorwärts“ aufzuheben und die Auflösung der Verbindlichkeiten mit dem Verlegerstatter in Stuttgart wegen tendenziöser Berichterstattung anlässlich der Stellungnahme des Landesparlamentes zur Staatsbewilligung durch unsere Genossen im württembergischen Landtage.

Den Parteigenossen und dem Feuilletonredakteur konnte etwas mehr Raum im Zentralorgan zur Verfügung gestellt werden. Behufs Verhängung und Aufhebung von Boykotts und Sperren ist ein Zusammengehen mit dem Berliner Gewerkschaftsausschuss vereinbart worden. Abgelehnt wurde werden die Einführung des Wochenabonnements auf den „Vorwärts“, die Verbilligung desselben und die Aufhebung der Privatpetitionen. Gegen die politische Haltung des „Vorwärts“ sei nichts einzuwenden, wenn auch manche Polemik und manches Literaturnegativ fortleben konnte, um für viel wichtigere Artikel, die dem Wohle der Partei und der Ausbreitung des Sozialismus die Wege ebnen, Platz zu gewinnen. (Beifall.)

Zinke erstattet den Bericht der Agitationskommission in ziemlich detaillierten Ausführungen. Redner gibt eine genaue Uebersicht über die Befehung der Reichstagskandidaturen, führt an die Zahl der wahlberechtigten Reichstagswähler, die Agitation unter den jetzt von der Großschiffahrt bedingten Bootseignern nebst den auf diesem Gebiete erzielten Fortschritten. In seinen weiteren Ausführungen behandelt Zinke die Lokalfrage in der Provinz, und sei es in dieser Beziehung dort am schlechtesten bestellt, wo die Solidarität der Genossen am meisten zu wünschen übrig lasse. Weiter behandelt er die Agitation im allgemeinen und hebt hervor, daß sich die Wahlrechtsdemonstration in der ganzen Provinz Brandenburg einer lebhaften und zahlreichen Beteiligung zu erfreuen hatte. Alles in allem: es war ein arbeitsreiches, an Kämpfen reiches Jahr.

Schröder, Mitglied der Lokalkommission, beschränkt sich daher darauf, die Tätigkeit der Lokalkommission präzis zusammenzufassen vorzutragen. Durch das Zusammenwirken der Genossen sei es möglich gewesen, die Zahl der Versammlungslöcher zu vermehren, und für Berlin dürfe man die Lokalfrage als gelöst bezeichnen. Dem 2. Kreis ständen z. B. 27 Lokale zur Verfügung, dagegen bestanden auf dem Lande die Schwierigkeiten und Verhältnisse der Saalbesitzer durch die Behörden weiter. Redner erinnert daran, daß die Sperre über das Lokal zum Fürstenhof in Zehlendorf noch nicht aufgehoben ist. Von den Gewerkschaften ist es selbstverständlich, daß auch in der Lokalfrage die Beschlässe der allgemeinen Arbeiter-

schaft hochgehalten werden müssen. Wenn die Buchdrucker am 12. Januar eine Festlichkeit in den Ausstellungshallen des Zoologischen Gartens abhielten, so habe man dies zu entschuldigen versucht, indem man diese Lokalitäten in Buchdruckerkreise für neutral ansah, doch sei versprochen worden, künftig entsprechend den Parteibeschlüssen zu verfahren. Redner erwähnt noch die Genossen zu trachten, daß durch ihren Einfluß der Partei immer mehr Lokale zur Verfügung stehen. (Beifall.)

In der Diskussion gibt Berger seiner Verwunderung Ausdruck, daß der Gesangsverein „Epigraphia“ trotz der von Schröder zitierten Erklärung am 4. Februar nun doch in dem der Partei nicht freigegebenen „Blüthner-Saal“ ein Konzert gebe.

Utrecht (Buchdrucker) erklärt, seine Kollegen hätten zu den Ausstellungshallen, die, wie der „Blüthner-Saal“ zu Parteiversammlungen noch nicht beansprucht wurden, greifen müssen, weil den Buchdruckern ein für das Fest vom 12. Januar genügend großes Lokal in Berlin überhaupt nicht zur Verfügung stand.

Die Versammlung beschließt, die letztere Angelegenheit der Lokalkommission zu übergeben.

Nach einer kurzen Begründung seitens des Antragstellers, Genossen Dr. G. Herzfeld, beschließt die Versammlung, folgenden Antrag der Stadtverordnetenfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen:

In Ermüdung, daß für die Berliner Arbeiterschaft eine bessere und leichtere Bildungsgelegenheit geschaffen werden muß, da die jetzt bestehenden Einrichtungen unzureichend sind, erachtet der Wahlverein im 2. Reichstagswahlkreise die sozialdemokratischen Stadtverordneten, dahin zu wirken, daß

1. die Zahl der Lesestunden möglichst vermehrt wird und zwar im Ansehung an die bestehenden oder noch zu bauenden Schulen,
2. daß die bestehenden Volksbibliotheken zu passender Zeit, d. h. in den Abendstunden, zugänglich gemacht werden,
3. daß der Bau der Stadtbibliothek nach Möglichkeit beschleunigt und daß dieselbe recht reichlich mit Büchern ausgestattet wird; diesbezügliche Werke sind in mehreren Exemplaren anzuschaffen.

Nachdem Genosse Köckerich unter Zustimmung der Versammlung mitgeteilt hatte, daß, so lange Genosse Schwemle nicht genesen sei, die Geschäfte durch ihn (Köckerich) und Werner geführt würden, schließt er mit einem kräftigen Appell an die Solidarität und Schöpfensfreudigkeit der Genossen die sehr gut besuchte Versammlung.

#### Dritter Wahlkreis.

Die gutbesuchte Generalversammlung für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis tagte im Gewerkschaftshaus. Der Vorsitzende Genosse Pohl erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, die infolge der Reichstags- und später auch der Stadtverordnetenwahl eine sehr fröhliche war. Trotzdem der Wahlkreis von Wahl zu Wahl eine geringere Wählerzahl aufweist, gelang es uns diesmal wieder im ersten Wahlgang, den Kreis zu erobern. Klage zu führen sei über den häufigen Wechsel der Bezirksführer, wohl eine Folgeerscheinung der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. — Außer 8 Generalversammlungen fanden auch einige Sonntagversammlungen und während der Reichstagswahl 34 Agitationsversammlungen statt.

Der Kassenbericht, den Genosse Albert Garndt gab, weist eine Einnahme von 22 772, 12 M., eine Ausgabe von 19 984, 41 M. aus, somit verblieb Bestand 2787,68 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Den Bericht der Prehkommission gab Genosse Kräker. Er erwähnt die der Kommission zugegangenen Beschwerden, besonders die des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes (Nichtung Miesenthal) und des Vereins zur Wahrung der Interessen der Puffer auf Aufhebung der „Vorwärts“-Sperre, dann teilt er die Maßnahmen zwecks Erhöhung der Einnahmen aus Inseraten und die auf bessere Ausstattung des „Vorwärts“ unternommenen Schritte mit.

Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission berichtete Genosse Gehrmann. Im ganzen mit den bisherigen Erfolgen ihrer Agitation zufrieden, erhebt die Kommission von den jetzt ihr zur Verfügung gestellten höheren Mitteln günstige Resultate für die Partei. — Der Bericht zeitigte eine lebhafte Diskussion, an der sich die Genossen Böhm, Köhler und Gehrmann wiederholt beteiligten.

Sodann erstattete Genosse König den Bericht der Lokalkommission. Für Berlin stehen den Organisationen Säle in ausreichender Anzahl zur Verfügung, im ganzen 246 freie Lokale, wovon 35 im dritten Kreis gelegen sind, hingegen bilde in den Provinzorten die dort noch blühende „Vereinsvereine“ ein großes Hindernis im Kampf um Freigabe der Säle. Wählt jedes Genossen sei es, alle uns nicht zur Verfügung stehenden Säle streng zu meiden bzw. die Lokalliste genau zu beachten.

Hierauf folgte die Wahl der Funktionäre und des Vorstandes. Gewählt wurde in den Aktionsausschuss Genosse Pohl, in die Prehkommission Genosse Kräker, in die Lokalkommission Genosse König, in die Agitationskommission Genosse Gehrmann. Der Vorstand des Wahlvereins setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender August Pohl; 2. Vorsitzender August Wartenberg; 1. Kassierer Albert Garndt; 2. Kassierer Fritz Schmidt; 1. Schriftführer Paul Kahn; 2. Schriftführer Robert Hinge; 7. Beisitzer: Paul Jakob, Fritz Kappert, Ferdinand Keusch, Stephan Fritz, Emil Rohn, Gustav Jonas, Richard Kabier, Revisoren: Fröhlich, Hoffmann und A. S.

Zur Schlichtung persönlicher Differenzen unter den Mitgliedern wählte die Versammlung eine fünfgliedrige Kommission, der die Genossen A. Fröhlich, Gehrmann, Hinge, A. S. und Köppen angehören.

Genosse Dühring beantragte alsdann, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, die Vorgänge im Metallarbeiter-Verbandshaus zum Gegenstand einer Interpellation an den Herrn Reichstanzler zu machen; gegen 10 Stimmen fand der Antrag Annahme.

Zum Schluss erfolgte eine Aussprache über die Angelegenheit des Kriminalschuttmanns Trabert, Auguststr. 68 Wohnhaft, der sich unter dem Namen Gräblich, Neanderstr. 2, im Grünfärker, in den Wahlverein aufnehmen ließ. Bedauert wurde, daß der „Vorwärts“ nichts Näheres über diesen Vorgang veröffentlicht habe.

#### Vierter Wahlkreis.

Schon um 8 Uhr strömten die Genossen aus dem 4. Kreis in Scharen nach Friedrichs-Essen in der Kopenstraße, so daß der große Saal bald besetzt war und auch die Galerien noch freigegeben werden mußten. Nachdem die Versammlung durch Genossen Mann eröffnet war, nahm Genosse Hoffmann das Wort zum Geschäftsbericht. Da dieser den Genossen bereits ausführlich gedruckt vorliegt, beschränkt sich der Vorsitzende auf die Wiederholung der wichtigsten Punkte. Es wurden im 4. Kreise während des Reichstagswahlkampfes 880 000 Flugblätter verbreitet und 42 Versammlungen abgehalten. Die Zahl der wahlberechtigten war 1907 um 17 000 höher wie 1903, während die Zahl der Wähler um 19 000 zunahm. Unsere Stimmengahl stieg um rund 13 000, die der Gegner um rund 8000. Zieht 25 000 blieben der Wahlurne überhaupt fern. Hier ist noch ein weites Feld für unsere agitatorische Tätigkeit. — Bei der Stadtverordnetenwahl, die in unserem Kreise 4 Ergänzungswahlen betraf, siegen unsere Kandidaten mit einem Stimmengewinn von 800. Auch auf diesem Gebiete ist in der Agitation noch sehr viel zu tun übrig. Da von der Stadtverordnetenwahl alle Nichtpreußen ausgeschlossen sind, ist dem gedruckten Bericht ein Antragsformular für die Aufnahme in den preussischen Staatsverband als Muster für die Genossen beigegeben. Aus den in der letzten Geschäftsperiode vorgenommenen statistischen Erhebungen ist zu ersehen, daß noch eine ungeheure Zahl von gewerkschaftlich organisierten der politischen Organisation nicht an-



gehört; nur ein Teil ist auch politisch organisiert. Die Zahl der Mitglieder des Wahlvereins betrug am 31. Dezember 1906 8660, am 31. Dezember 1906 13884 und am 31. Dezember 1907 19217, so daß sie im letzten Jahre um 5333 gestiegen ist. Es fanden im Berichtsjahre 69 Vorstandssitzungen statt. Das Wachstum der Organisation machte die Anstellung eines zweiten Kassierers notwendig. Auf Anregung der Organisation Groß-Berlins hatte sich die Generalversammlung mit der Beitragserhöhung von 25 auf 30 Pf. zu befassen, die mit voller Einstimmigkeit beschlossen wurde. Beschlagenwert ist die große Fluktuation unter den Bezirksführern. Im erfreulichen Gegensatz dazu findet bei den Abteilungsleitern ein häufiger Wechsel nicht statt. Im Laufe des Jahres fanden insgesamt 87 Agitationsveranstaltungen statt; für die Funktionäre wurden besondere Vortragskurse abgehalten, die gut besucht waren. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten im 4. Kreise stieg im letzten Jahre auf reichlich 26 000.

Darauf erstattete Genosse Varenhin den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 110 043,40 M., die Ausgabe 108 784,43 M., so daß ein Kassenbestand von 1259,03 M. verbleibt. In die Verbandskasse wurden 53 000 M. abgeführt, das sind 48,15 Proz. der Gesamteinnahme.

In der Diskussion über den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse Glah den Vorstand, mehr als bisher für die Aufklärung der politischen Arbeiter zu sorgen, insbesondere durch Verbreitung und Unterstützung der politischen Parteipresse und -Schriften. Genosse C. Brüdner: Der Vorstand hat zweifellos durch die Herausgabe des gedruckten Berichtes dem Empfinden der Mitglieder Rechnung getragen. Ich möchte wünschen, daß diese Berichte in Zukunft so frühzeitig in die Hände der Mitglieder gelangen, daß sie rechtzeitig Stellung dazu nehmen können. Genosse Glah wendet sich an die falsche Adresse, da die Herausgabe von Schriften usw. nicht Sache des Vorstandes, sondern des Parteivorstandes bzw. des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins ist. Im übrigen ist nur zu wünschen, daß eine rege Agitation unter den politischen Arbeitern betrieben wird. Die große Fluktuation der Bezirksführer ist sehr bedauerlich, weil dadurch leicht zweifelhaften Elementen Gelegenheit gegeben wird, sich bei uns Eingang zu verschaffen. Redner fordert noch besonders zur Agitation unter den gewerkschaftlich Organisierten für die politische Partei auf. Dem „Vorwärts“ müßten noch sehr viele neue Abonnenten aus der großen Zahl derjenigen, die bei der Reichstagswahl für uns gestimmt, gewonnen werden.

Genosse Hoffmann: Eine frühere Herausgabe des Jahresberichts ließ sich diesmal nicht ermöglichen; für die Zukunft wird es sich der Vorstand sicher angelegen sein lassen, den Bericht so zeitig herauszugeben, daß sich die Genossen orientieren können. Was den Wunsch des Genossen Glah anbelangt, so stehe ich demselben auch sympathisch gegenüber.

Der Antrag des Genossen Glah, eine lebhafte Agitation unter den Polen zu entfalten, wird angenommen und dem Vorstande überwiesen.

Auf Vorschlag des Genossen Mann werden zuerst die Wahlen vorgenommen und eine Kommission von 24 Mitgliedern mit der Auszählung des Ergebnisses betraut.

Zum Bericht der Prekzkommission erhält das Wort Genosse Büchner. Er verbreitet sich zunächst über eine Reihe Beschwerden von abwärts der Generalkommission fahrender Gewerkschaftsorganisationen über Sperrung des „Vorwärts“ denselben gegenüber. Die Beschwerden wurden jedoch abgewiesen. Bezüglich der Durchführung von Boykotts wurde beschlossen, sich jeweils wegen Aufrechterhaltung oder Beendigung mit der betreffenden Organisation in Verbindung zu setzen, um eine im Sande verlaufene Bewegung zu verhindern. Für die Frauenbewegung ist für die Zukunft ein größerer Raum im „Vorwärts“ zur Verfügung gestellt worden, ebenso für das Feuilleton. Für die Inseratenpropaganda sind neue Einrichtungen getroffen worden. Die Gehaltsfrage der Zeitungsangestellten wurde geregelt.

In der Diskussion bemängelte Kupferschmidt, daß die einzelnen Jahrestellen nicht zur Beschlussfassung über die Gehaltsregelung gekommen sind. Genosse Reuberz merkte, der Zeitpunkt einer Gehaltsregulierung sei schlecht gewählt. Er bringt eine Resolution ein, die den Parteivorstand ersucht, den Beschluß der Prekzkommission aufzuheben. Genosse Schildbach kann den Beschluß aus nicht billigen. Er rügt verschiedene Differenzen, die den Angehörigen betreffen und gibt dem Wunsch nach besseren Romanen für den „Vorwärts“ Ausdruck. Die Genossen Scholz und Gese besprechen im Sinne der Redner die Gehaltsregulierung. In seinem Schlusswort bekräftigt sich Genosse Büchner noch eingehend mit dieser Sache und kommt später auf die anderen zur Sprache gebrachten Angelegenheiten zurück. Die in der Frage der Gehaltsregulierung eingebrachte Resolution wird mit großer Majorität abgelehnt. Es folgen persönliche Bemerkungen von den Genossen Hoffmann, Gese, Scholz und Büchner.

Von der Beschwerdefeldkommission erstattet den Bericht Genosse Rigbuh. Es waren im Berichtsjahre 88 Beschwerden zu erledigen. Die Beschwerdefeldkommission wird leider sehr viel im Anspruch genommen. Die Genossen sollten möglichst diesen Weg zu vermeiden suchen und sehr sorgfältig zu Werke gehen, wenn sie sich mit einer Beschwerde an die Kommission wenden. — Eine Diskussion findet nicht statt. Nach dem Antrag der Kommission wird das Mitglied Josef Guczay ausgeschlossen. Die Versammlung wird mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

#### Der fünfte Wahlkreis

Hielt seine Generalversammlung im „Alten Schützenhause“ ab. Der zweite Vorsitzende Fröbel erstattete den Vorstandsbericht. Im letzten halben Jahre fanden sechs engere und fünf erweiterte Vorstandssitzungen statt sowie fünf Generalversammlungen. Bei den Stadtverordnetenwahlen war der Kreis in zwei Bezirken beteiligt, in denen wir kein Mandat erhielten. — Die Abrechnung für die Zeit vom 2. September 1907 bis 27. Januar 1908 gab der Kassierer Kirke. Die Einnahmen betragen 6085,43 M., die Ausgaben 4773,83 M., bleibt ein Bestand von 1211,60 M. — Liepmann bezieht die den vorliegenden Stoffenabschluss als sehr ungünstig. Er wies zahlenmäßig nach, daß sowohl die Zahl der entrichteten Beiträge als auch die Einnahmen aus dem Abfall an Bonds gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen ist, daß der fünfte Kreis nur einen verhältnismäßig recht kleinen Teil an die Verbandskasse abführen konnte und sogar hinter dem ersten Kreise in dieser Hinsicht zurückstehe. Die Genossen des Kreises müßten bemüht sein, den Rückgang wieder einzuholen. — Damit war die Diskussion über den Kassenbericht beendet. Der Kassierer wurde entlastet.

Den Bericht des Aktionsausschusses gab Liepmann. Er führte eine große Reihe von Einzelheiten aus der Tätigkeit des Ausschusses im vergangenen Jahre an und bemerkte unter anderem: Es sei nicht gelungen, die Organisation der politischen Genossen in unsere Wahlvereine einzureihen. Eine Verständigung in dieser Hinsicht konnte nicht erzielt werden, jedoch besteht zwischen unserer Organisation und der politischen ein durchaus freundschaftliches Verhältnis. Die Beziehungen zwischen unserer Parteioorganisation und den Gewerkschaften haben sich sehr erfreulich gestaltet. Beide Körperschaften arbeiten Hand in Hand, so werde es hoffentlich auch in Zukunft bleiben. Durch gemeinsames Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft kam ein Tarif der Jübierversammlung zustande, der Schneiderboykott wurde durchgeführt, ebenso der Wäckerboykott, die Sammlung von Unterschriften der Geschäftsleute für den Kutschelabendschlus und der noch in lebhafte Erinnerung stehende Jandorf-Boykott, bei dessen Durchführung sich die parteigenösslichen Frauen besonders hervorgetan haben. Dieser Boykott habe gezeigt, welche Macht die organisierte Arbeiterkraft hat. Das würden wir uns für die Wahlrechtsbewegung merken und bei der öffentlichen Abstimmung zur Landtagswahl und dafür interessieren, wie die von den Arbeitern lebenden Geschäftsleute stimmen und für welche Partei sie sich als Wahlmänner aufstellen lassen. Weiter legte der Redner dar, was der Verband der Wahlvereine in der politischen Aktion,

Flugblattverbreitung, Veranstaltung von Versammlungen usw. geleistet hat. Mit der Abhaltung des preußischen Parteitages setzte der Wahlrechtskampf ein, den wir gegenwärtig führen. Derselbe wird nicht von heute auf morgen entschieden werden. Uns stehen noch viel wirksame Kampfmittel zur Verfügung. Die Anwendung derselben richtet sich nach der Taktik der Gegner. Die Parteigenossen können das Vertrauen haben, daß alle Mittel angewendet werden, welche Erfolg versprechen. Es ist nicht daran zu denken, daß wir zurückweichen. Der Kampf wird mit aller Entschiedenheit fortgesetzt. Es muß aber vor eigenmächtigen Schritten der Parteigenossen gewarnt werden.

Den Bericht der Prekzkommission erstattete Weiss. Anknüpfend an die letzten Bemerkungen des Vorredners führte er aus, daß der „Vorwärts“ im Wahlrechtskampf wohl alle Genossen durchaus befriedigt habe. Das Jahr 1907 sei nach jeder Richtung hin für den „Vorwärts“ als das beste zu bezeichnen. Die Auflage ist um 35 000 Exemplare gestiegen. Das ist die größte Steigerung, welche die Auflageziffer in einem Jahre erfahren hat. Gegenwärtig beträgt die Auflage 137 000. Der Redner ging auf Einzelheiten ein, welche der Entscheidung der Prekzkommission unterliegen. Derselbe stimmte der Erweiterung des Unterhaltungsblattes zu. Sie erklärte sich auch in ihrer Mehrheit einverstanden mit der vom Parteivorstande beantragten Erhöhung der Redakteurgehälter. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte Lage der Arbeiter seien zwar Einwendungen gegen den Antrag des Parteivorstandes gemacht worden, doch habe man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß die Erhöhung berechtigt sei, weil die leitenden Redakteure an einzelnen auswärtigen Parteiblättern höhere Gehälter erhalten wie die politischen Redakteure am „Vorwärts“. So werde in Nürnberg und in Regensburg dem leitenden Redakteur ein Gehalt bis 6500 M. gezahlt, während gegenwärtig das höchste Gehalt am „Vorwärts“ nur 4800 M. betrage. — Die Steigerung der Auflage beweise, daß es ein Irrtum sei, wenn manche Parteigenossen glauben, der Abonnentenpreis von 1,10 M. stehe der Ausbreitung des „Vorwärts“ entgegen. Wichtig sei vielmehr, daß die Auflage des Blattes steige entsprechend der Aufklärungsarbeit, die unter den Arbeitern geleistet wird. Eine Verbilligung des Abonnements um 10 Pf. würde den ganzen Ueberflus, den der „Vorwärts“ bringt, mit einem Schlage aufheben. — Weiter erwähnte der Redner, daß durch Anstellung einer größeren Anzahl von Revisoren der Versuch gemacht worden ist, die Einnahmen aus Inseraten zu steigern. Revenüenommen seien dadurch bereits erzielt. Wenn der Versuch sich bewährt, werde die Inseratenpropaganda weiter ausgebaut werden. — Ferner gedachte der Redner einiger Beschwerden, welche die Prekzkommission zu erledigen hatte. Von prinzipieller Bedeutung waren dieselben nicht. Einige Differenzen mit der Redaktion sind in keiner Weise entstanden.

Den Bericht der Agitationskommission erstattete Juch. Er legte unter anderem: In den 18 Wahlkreisen der Provinz stehen und jezt 164 große und 138 kleinere Versammlungslokale zur Verfügung. Die meisten davon müßten durch schönere Kämpfe erobert werden. Die „Fadel“ ist in 708 000, der „Märkische Landbote“ in 320 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Auflage unserer beiden Provinzialblätter, „Brandenburger Zeitung“ und „Märkische Volksstimme“, ist gestiegen. Die Zahl der organisierten Genossen in den 18 Kreisen ist von 16 000 auf 20 000 angewachsen. Alles das beweist, daß unsere Bewegung auch in der Provinz vorwärts geht. Es wird beabsichtigt, in 25 bis 30 Städten Auskunftsburden zu errichten, welche den Arbeitern Rat erteilen in Rechtsstreitigkeiten über Krankenkassen, Unfall- und ähnlichen Angelegenheiten. Diese Einrichtung wird namentlich auch den ländlichen Arbeitern zugute kommen. — Die Wahlrechtsbewegung war in der Provinz eine sehr rege. Wo es irgend möglich war wurden Versammlungen abgehalten. Auch Demonstrationen fanden an verschiedenen Orten statt, wobei sich die Polizei im allgemeinen vernünftiger verhielt wie in Berlin.

Den Bericht der Lokalkommission gab Harisch. Während der Reichstagswahl hatte die Kommission eine schwere Arbeit, denn der Reichsvorstand verfolgte die Taktik, uns die Lokale abzutreten. Jedoch gelang es uns in vielen Orten, unsere Lokale zu behalten. — Die Lokalliste wurde fünfmal im Jahre herausgegeben. Die Kommission hielt 11 Sitzungen ab. Sie veröffentlichte 95 Sperrungen, 50 Aufrufe und 50 Lokalbeykotts. Eingenommen und ausgegeben wurden 398,78 M. Lokale stehen und zur Verfügung: im 6. Kreise 24, in Berlin überhaupt 245, in Niederbarnim 57, in Teltow-Deetow 77, außerdem in der Provinz 145. Der Redner schloß mit dem Ersuchen, bei Ausflügen die Lokalliste streng zu beachten.

Darauf erfolgten die Neuwahlen. Sie hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Friedländer, 2. Vorsitzender Fröbel, 1. Kassierer Kirke, 2. Kassierer Liepmann, 1. Schriftführer Weiss, 2. Schriftführer Roth, Beisitzer Vötcher und Albrecht, Revisoren: Dr. Stuh, Fischer, Schrage. — Aktionsausschuss: Friedländer, Prekzkommission: Weiss, Agitationskomitee: Juch, Lokalkommission: Harisch. — Abteilungsleiter: 1. Abt. Wasser, 2. Abt. Jiegel, 3. Abt. Wolf, 4. Abt. Holzappel, 5. Abt. Münzer, 6. Abt. Stobbe, 7. Abt. Pasch.

#### Sechster Wahlkreis

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den 6. Wahlkreis war außerordentlich zahlreich besucht. Der große Saal des Raabiter Gesellschaftshauses reichte auch nach Entfernung der Tische kaum aus, um der Masse der erschienenen Mitglieder genügend Raum zu bieten.

Den Vorstandsbereich über das verfloßene Jahr gab der Vorsitzende Freyhaler. Er erwähnte zunächst das Ergebnis der Reichstagswahl im 6. Wahlkreis. Die Zahl der Wahlberechtigten war hier seit dem Jahre 1903 um 18 Proz. gestiegen, und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg um 25 Proz., die der Gegner um 21 Proz. Ueber die Hälfte aller Wahlberechtigten stimmte für unsere Partei trotz der verwerflichen Mittel, mit denen die Gegner die Wähler zu überlisteln suchten. Auch die Stadtverordnetenwahlen — im April die Erstwahl im 39. Bezirk, im Herbst die allgemeinen Wahlen in 6 Bezirken — zeugten von starkem Fortschritt der Partei. Der Redner erwähnte ferner die Boykottbewegungen der Schneider, der Wäcker und der Wäcker, deren Gewerkschaftsvertreter erklärt haben, daß sich ihre Kollegenchaft den Parteigenossen gegenüber zu Dank verpflichtet fühle für die Unterstützung ihrer Forderungen. Der Erfolg des Wäckerboykotts, bei dem die Partei von Anfang an mit der betreffenden Gewerkschaft Hand in Hand arbeitete, ist ja bekannt. Der Wahlverein hat im Laufe des Jahres verschiedene Broschüren unentgeltlich an die Mitglieder, und das Protokoll des Parteitages für 20 Pf. abgegeben. Schließlich sprach der Redner noch über die allgemeine Agitation für den „Vorwärts“ und die Wahlvereine, über die im Laufe des Jahres abgehaltenen drei großen Kongresse, sowie über die großen Wahlrechtsversammlungen am 26. November und bemerkte hierzu, was für Mittel und Wege künftig im Wahlrechtskampf angewandt werden müßten, würden die Parteigenossen wohl selbst empfinden. Jedenfalls werde die Partei den Wahlrechtskampf nicht nach den Wünschen der Gegner führen, sondern selbst über die Mittel entscheiden. — Außer den vielen Versammlungen zu den Reichstags- und den Stadtverordnetenwahlen sind im Kreise 79 Versammlungen, darunter 10 Generolverfammlungen, abgehalten worden. Es fanden ferner 14 Kreis-Konferenzen und 49 Vorstandssitzungen statt.

Die Abrechnung, die der 1. Kassierer Jachow vorlas, schloß für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907 mit einer Einnahmensumme von 83 106,11 M., der 82 882,58 M. Ausgaben gegenüber stehen, so daß ein Bestand von 223,53 M. übrig blieb. In das Verbandsbureau wurden an Monatsbeiträgen 35 000 M., für Marken 8000 M. abgeliefert. In den 18 Monaten vom 1. Dezember 1906 bis 31. Dezember 1907 beliefen sich die Einnahmen auf 140 463,21 M., die Ausgaben auf 140 161,98 M. für Monatsbeiträge wurden in diesem Zeitraum 88 200 M. an das Verbandsbureau abgeliefert, für Marken 10 810 M. Der Verein zählte am Jahreschluss 19 553 Mitglieder, die ihre Beiträge für das ganze Jahr vollbezahlt hatten. Die wirkliche Prä-

ziederszahl wird um etwa 3000 höher sein. Vor einem Jahre hatte der Verein 13 500 Mitglieder, die keine Beiträge schuldeten. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist also gewaltig gewachsen. Die geringe Beitragserhöhung hat also keineswegs hindernd eingewirkt. — Die Abrechnung des 2. Kassierers Dönisch schloß für das letzte Halbjahr mit 18 399,85 M. Einnahmen und 415,10 M. Ausgaben, so daß an den 1. Kassierer 17 984,75 M. abgeliefert wurden.

Von der Prekzkommission berichtete Genosse Rosenow und erwähnte zunächst die „Vorwärts“-Sperrung über den Wäckerischen Metallarbeiterverband, die so auch nach dem Zusammenschluß mit der Metallarbeitergewerkschaft aufrechterhalten werden mußte, da Prekzkommission und Parteivorstand in dem Zusammenschluß nur eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse erblicken konnten. Ebenso legte der Redner die Gründe für die Ablehnung des Antrags des Vereins zur Wahrung der Interessen der Bäder dar, und sprach ferner über verschiedene andere innere Angelegenheiten der Redaktion und Geschäftsleitung des „Vorwärts“, wobei er auch die noch schwebende Frage der Aufhebung der Privatpeditionen berührte. Die Ablehnung der Anträge auf Verbilligung und auf Einführung von Wochenabonnements des „Vorwärts“ hielt der Redner für notwendig.

Den Bericht von der Agitationskommission gab der Genosse Dobrahaw. Er wies auf die Fortschritte hin, die in der Provinz trotz des vielfach noch herrschenden Lokalmangels erzielt wurden, auf die Stärkung und Festigung der Organisation, die Anstellung des Sekretärs, die Fortschritte der Presse, sowie die Erfolge bei den Kommunalwahlen in den verschiedenen Städten und Landgemeinden und auf die Kämpfe, die für die Erlangung von Versammlungslokalen geführt werden mußten. Besonders machte der Redner auch auf die Errichtung von Auskunftsstellen in der Provinz aufmerksam.

Dem Bericht von der Lokalkommission, den Genosse Henschel gab, ist zu entnehmen, daß es im 6. Kreise wie überhaupt in Berlin mit Ausnahme des 1. Kreises nicht an Lokalen fehlt. Vor den Toren Berlins und in der Provinz ist es jedoch anders. Der Redner rügte es als einen schweren Mangel, daß manche Arbeitervereine, wenn auswärts ein neues Lokal eröffnet wird, gleich bereit sind, mit dem Wirt Abmachungen zu treffen, ohne die Lokalkommission zu fragen, und ferner, daß Gewerkschaftslokale in Provinzorten sich noch allzuwenig darum kümmern, ob die Wirt ihre Säle auch der Partei zur Verfügung stellen. In Berlin entscheide bei den Parteigenossen leicht das Gefühl, wie es hier mit den Lokalen bestellt sei, so sei es überall. Darum müsse immer wieder auf strengste Beachtung der Lokalliste, die sich ja nun auf die ganze Provinz erstreckt, gedrungen werden.

Von der Schiedskommission gab Genosse Wuthenow einen kurzen Bericht über die Erledigung der 80 Fälle, zu deren Behandlung die Schiedskommission 12 Sitzungen abhielt.

In der Diskussion über die Berichte brachte Genosse Halter einen Antrag ein, der die Prekzkommissionsvertreter des Kreises verpflichten sollte, hinsichtlich der Privatpeditionen für die Aufrechterhaltung der jetzigen Zustände zu stimmen. Der Antrag kam jedoch nicht zur Abstimmung.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung, die Wahlzeit besoldeter Beamter des Vereins, teilte der Vorsitzende mit, daß sich die auf Beschluß der vorigen Versammlung vorgenommene Urabstimmung mit 6037 gegen 2900 Stimmen für die Anstellung ausgesprochen hat und daß sich dann 30 Parteigenossen um die Stellung bewarben, 20 aus dem 6. Kreise und einer aus Rixdorf; ferner ein Genosse aus Stuttgart, dessen Bewerbung aber zu spät eintraf. Die Kreis-Konferenz, die über 800 Funktionäre des Wahlkreises empfahlen nun der Generalversammlung die Genossen Theodor Fischer und Hermann Müller zur Wahl. Ueber die Angelegenheit entwickelte sich eine lebhafte Debatte. Es lag ein Antrag vor, die Wahl durch Urabstimmung vorzunehmen, den Genosse Heine begründete. Der Antrag war aber, wie Genosse Freyhaler bemerkte, zu spät eingelaufen, um in den Zahlhabenden vorgelegt werden zu können, und verfiel außerdem gegen die Bestimmungen des Statuts, die besagen, daß die Funktionäre und Vorstandsmitglieder in der Generalversammlung zu wählen sind. Er wurde demnach auch abgelehnt. Gegen die Kandidatur Fischer wandte sich Genosse Reuter in längeren Ausführungen und warf ihm hinsichtlich seiner Haltung zur Einigungsfrage im Zimmererberuf Schleichwege vor, wogegen Genosse Ernst hervorhob, daß Fischer durchaus den Beschlüssen der Konferenz seiner Zimmererorganisation, wie den Parteitagsbeschlüssen entsprechend gehandelt habe. — Die beiden von der Kreis-Konferenz vorgeschlagenen Genossen wurden dann mit sehr starker Mehrheit als besoldete Kassierer des Wahlvereins gewählt.

Die übrigen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Freyhaler, 2. Vorsitzender Brunner, 1. Schriftführer Holz, 2. Schriftführer Rich, Beisitzer Ernst, Buchweiz und Dönisch, Revisoren Joseph, Jachow und Deuthin. Die 11 Abteilungsführer und 11 Abteilungs-kassierer wurden den Vorschlägen der Abteilungen entsprechend bekräftigt. Als Mitglied des Aktionsausschusses wurde Genosse Jachow gewählt, in die Agitationskommission Lautant, Prekzkommission Viktor, Lokalkommission Henschel, Schiedskommission Wuthenow, als Revisor zum Parteivorstand Freyhaler und als Aspiranten zum Parteivorstand Rosenow, Herbst, Jahnke und Dönisch.

## Die Berliner Krankenversicherung 1906.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat soeben den Bericht über die Krankenversicherung für Berlin im Jahre 1906 herausgegeben. Danach waren 1906 in Berlin 55 Orts-Krankenkassen, 54 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen und 19 Innungs-Krankenkassen und eine Gemeinde-Krankenkassenversicherung vorhanden. In allen Klassen zusammen waren am 31. Dezember 1906 789 855 Versicherte, davon 470 113 männliche und 269 742 weibliche Mitglieder. Die Zahl der vom Januar 1906 bis einschließend Januar 1907 durchschnittlich Versicherten betrug pro Monat 710 424, d. h. 40 248 mehr als auf den gleichen Zeitraum des Vorjahres entfallen. (Die amtliche Statistik rechnet infolge eines Rechen- oder Druckfehlers eine Person weniger.)

Die 55 Orts-Krankenkassen waren die Allgemeine Klasse gewerblicher Arbeiter usw., die Klassen der Goldschmiede, der Kupfer- und Messingarbeiter, der Gärtler, der Klempner, der Schlosser, der Messer- und Schneidmesser, der Schmiede, der Radler, der Maschinenbauarbeiter, der Steinmetzen, der Uhrmacher, der Musikinstrumentenarbeiter, der Mechaniker, der Weber, der Strumpfwirker, der Posamentiere, der Buchbinder, der Tapezierer, der Sattler, der Tischler, der Korbmacher, der Drechsler, der Vergolder, der Lackierer, der Möbelpolierer, der Wäcker, der Konditoren, der Schlächter, der Bierbrauer, der Tabakfabrikarbeiter, Zigarettenmacher, Schneider, der Wäschefabrikanten, der Putzmacher, Kürschner, Handschuhmacher, Barbier, Perückenmacher und Friseur, Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Brauereiarbeiter, Lötzer, Quaderer, Steinbrücker, Photographen, Graveure, Bildhauer, Kaufleute, Gastwirte und die Klasse der Bureauangestellten. Aus dieser Verpflüchtung erwachsen den Arbeitern erhebliche Nachteile, von denen die Kompetenzstreitigkeiten und die unzulässig hohen Kosten hervorzuheben werden müssen. Da im Krankenversicherungsgesetz trotz der wiederholten Anträge von sozialdemokratischer Seite eine Veräusserung fehlt, die in ähnlicher Weise wie seit der Unfallversicherungs-Novelle die Berufsgenossenschaften bis Klasse, an die Beiträge gezahlt sind, verpflichtet, zunächst vorbeschäftigt das Mitglied auf die nach dem Gesetz und Statut verpflichtete Klasse, Hilfe zu leisten, so tritt oft der Kranke, ohne Hilfe zu erhalten, von einer Klasse zur anderen, bis endlich der erkrankte Arbeiter, dessen Zustand infolge des Wartens sich erheblich verschlimmert hat, auf Grund der von ihm gezahlten Beiträge notwendige Kur und



Wiese erhält. Die Kassen waren durch eine Zentralfaktion sich erheblich senken, die Leistungen heben.

Das Bild der Zersplitterung ruft noch eindringlicher nach Zentralfaktion, wenn wir die anderen Kassenarten betrachten. Da sind nicht weniger als 54 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen. Unter ihnen Zwerge, wie Topograph G. m. b. H. mit 177, W. u. G. Kehler, Postamentenfabrik, mit 116, Maggi G. m. b. H. mit 104, R. Eisenmann, Spritzfabrik und Kognalbrunnerei mit gar nur 47, Mohr u. Speyer mit 137, Gutfabrik Gebrüder Gattel mit 176, Holzschuhfabrik Müller u. Schützweg mit 123, Ingenieur E. Bernhard mit 173, Kontinental-Hotel mit 145, Aktienverein des Zoologischen Gartens mit 142 durchschnittlich (im Januar 1906 bis im Januar 1907) versicherten Personen.

Auch die 19 Innungs-Krankenkassen weisen ähnliche Zwerge auf, so die der Köche mit 131 durchschnittlich versicherten Personen. Die Innungskasse der Strumpfwirler mit durchschnittlich 44 Mitgliedern ist seit dem 31. März 1906 mit der Ortskrankenkasse der Strumpfwirler vereinigt. Auch die Schneider-Innungskasse ist seit demselben Datum in der entsprechenden Ortskasse aufgegangen. Der Zersplitterung entspricht die geringfügigkeit der Leistungen. So beträgt das Krankengeld bei 8 von den 18 Innungs-Krankenkassen unter 2 M. Die Innungs-Krankenkasse der Damennähmaschinen, der der Schuhmacher und der Personen vom Lohnführerwerk zahlt nur 1,50, die der Barbier und Friseur nur 1,35, die der Steh- und Radmacher nur 1,30, die der Weber und Wäcker gar nur 1,25 M. Höchstkrankenlohn für erwachsene männliche Arbeiter. Noch weit erdrückender sind die Krankengelder für weibliche und jugendliche Personen. Ueber die Minderheit der Beiträge für 26 Wochen Krankheitsdauer gehen nur drei Innungs-Krankenkassen hinaus. Von den Betriebs-Krankenkassen zahlt Camous und Gattel (Gutfabrik) als höchste Krankengeld nur 1,50 gegen 2 M. in der Orts-Krankenkasse der Gutmacher. Denselben Tiefstand erreicht die Betriebs-Krankenkasse von G. Wölle.

Die Gesamtdurchschnittszahl der Versicherten betrug bei den Orts-Krankenkassen 525 663 (312 378 männl., 213 285 weibl.), bei den Betriebs-Krankenkassen 126 259 (98 666 männl., 27 593 weibl.), bei den Innungen 58 445 (44 078 männl., 14 372 weibl.), bei der Gemeinde-Krankenversicherung 52 (17 männl., 35 weibl.).

Bei den Orts-Krankenkassen kamen 215 422 Erkrankungs-fälle mit 5 882 590 Krankentagen, für welche Krankenunterstützung oder Krankenhauspflege gewährt wurde, vor; davon entfielen auf die weiblichen Mitglieder 90 727 Erkrankungs-fälle mit 2 722 374 Krankentage. Insgesamt waren 4138 Sterbefälle zu verzeichnen (1816 bei den weiblichen Versicherten).

Auf je 100 Mitglieder jedes Geschlechts kommen Erkrankungs-fälle 39,9 bei den männlichen und 42,5 bei den weiblichen; Sterbefälle 0,99 bei den männlichen und 0,92 bei den weiblichen; auf 100 Erkrankungen kommen Sterbefälle 2,26 bei den männlichen und 1,45 bei den weiblichen. Auf ein Mitglied bei jedem Geschlecht entfallen Krankentage bei den männlichen 10,05, bei den weiblichen 12,76; auf einen Erkrankungsfall bei den männlichen 25,18 und bei den weiblichen 30,01 Krankentage. Bei den Betriebs-Krankenkassen (Fabrik-) Krankenkassen kamen 65 337 Erkrankungs-fälle mit 1 970 142 Krankentagen vor, davon entfielen auf die weiblichen Mitglieder 14 401 Erkrankungs-fälle mit 358 519 Krankentagen. Sterbefälle wurden 708 gezählt. Auf je 100 Mitglieder jedes Geschlechts kommen Erkrankungs-fälle 51,6 bei den männlichen, 52,2 bei den weiblichen; Sterbefälle 0,68 bei den männlichen und 0,86 bei den weiblichen; auf 100 Erkrankungen kommen Sterbefälle 1,31 bei den männlichen und 0,69 bei den weiblichen.

Auf ein Mitglied bei jedem Geschlecht entfallen Krankentage 10,23 bei den männlichen, 12,99 bei den weiblichen; auf einen Erkrankungsfall 19,86 bei den männlichen und 24,90 Krankentage bei den weiblichen. Bei den Innungs-Krankenkassen entfielen auf einen Erkrankungsfall 27,81 Krankentage bei den männlichen und 27,71 bei den weiblichen. Die Zahl der Krankentage auf einen Erkrankungsfall ist also bei den Innungs-Krankenkassen am höchsten. Nehmen wir dagegen alle Kassen zusammen, dann kommen auf hundert Erkrankungs-fälle 2,05 Sterbefälle bei den männlichen und 1,37 bei den weiblichen. Auf ein Mitglied bei jedem Geschlecht kommen Krankentage bei den männlichen 10,12 und bei den weiblichen 12,07. Auf einen Erkrankungsfall dagegen 24,00 Krankentage bei den männlichen und 29,33 Krankentage bei den weiblichen Mitgliedern. Die absolute Zahl der Krankentage ist im Jahre 1906 gegen das Vorjahr um 25 844 mit 556 192 Krankentagen gestiegen.

Die Einnahmen im Berichtsjahre betragen in allen Kassen zusammen 82 072 307,75 M., darunter 283 572,63 M. an Eintrittsgeldern und 24 199 685,65 M. an Beiträgen.

Die Gesamtausgaben (ausschließlich der persönlichen Verwaltungskosten) betragen bei allen Kassen zusammen 80 959 567,91 M., darunter:

für ärztliche Behandlung	8 087 051,07 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	2 686 073,49
Krankenunterstützung	10 312 909,95
Wohnerrinnenunterstützung	529 006,24
Sterbegelder	483 889,76
Kur und Verpflegung an Krankenhäuser	8 146 981,08

Die Verwaltungskosten (persönliche) betragen bei allen Kassen zusammen 1 805 762,52 M. Von den Ausgaben entfielen auf ein Mitglied für ärztliche Behandlung 4,23 M. (1905: 4,18 M.), für Arznei und sonstige Heilmittel 3,78 M. (1905: 3,78 M.), für Krankengelder 14,08 M. (1905: 13,39 M.), für Wohnerrinnenunterstützung 0,74 M. (1905: 0,68 M.), für Sterbegeld 0,88 M. (1905: 0,72 M.), für Kur- und Verpflegungskosten 4,33 M. (1905: 4,00 M.). Die persönlichen Verwaltungskosten betragen pro Kopf 1,84 M. gegen 1,75 M. im Jahre 1905. Die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten überhaupst betragen in Prozenten 7,40 der Ausgaben oder 2,41 pro Mitglied. Das Vermögen in allen Berliner Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungs-Krankenkassen und der Gemeinde-Krankenversicherung betrug pro Mitglied 25,22 M. gegen 23,47 M. im Jahre 1905.

Von den Ortsklassen hatten fünf (am Jahreschluss 1906) eigene Kassenärzte mit festem Gehalt; während 6 Kassen mit dem Verein der freigeübten Kassenärzte und 14 Kassen mit dem Verein Berliner Kassenärzte Verträge abgeschlossen hatten. Von den 65 Orts-Krankenkassen Berlins zahlten sechs die Krankenunterstützung sofort, also vom Erkrankungsstage ab, während 15 Kassen erst vom zweiten und 6 Kassen erst vom dritten Tage der Erkrankung ab Unterstützung gewähren.

Einige Kassen (Ortsklassen der Maler, Konfekte und Bureauangestellten) zahlen bei mindestens sechsmonatlicher Mitgliedschaft Schwangerenunterstützung. Die Ortskassen der Barbier zahlt Schwangerenunterstützung ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft. Von den 65 Ortsklassen Berlins gewähren die Mindestleistung (26 Wochen bei vollem Krankengeld) 26 Kassen mit 833 296 Mitgliedern, 9 Kassen mit 59 033 Mitglieder gewähren 39 Wochen und 20 Kassen mit 129 182 Mitglieder gewähren 52 Wochen die volle Unterstützung.

Gewiß haben die Berliner Ortsklassen unter dem Selbstverwaltungsgesetz und der energischen und geschickten Verwaltung ganz respektable Leistungen aufzuweisen. Indessen unendlich mehr würde für die Versicherten geleistet werden können, wäre die Kassenzersplitterung zum Schanden der Versicherten nicht so unendlich groß. Neben dem Hindernis, das die Innungs- und Betriebsklassen gegen eine Zusammenfassung aller Versicherungspflichtigen in eine große Kasse bilden, steht der Zersplitterung der jahrelang betätigte behördliche Widerstand im Wege. Ein einziges großes leistungs-fähiges Kassengebäude für Groß-Berlin — in ähnlicher Weise wie in Leipzig, Stuttgart, München — würde für die Arbeiter von er-

bedeutendem Wert sein. Der seit Jahren für eine Zentralfaktion geführte Kampf wird um so eher zum Ziele führen, je energischer die Versicherten selbst die Zentralisation verlangen.

## Aus Industrie und Handel.

### Gütlich-agrarische Hungerordnung.

Junger sichtbar wird den Konsumenten der Segen der neu-deutschen Wirtschaftspolitik. Den Jubelanten vom vorjährigen Strohweh werden nun bald die Augen überlaufen. Aber jetzt magt kein Jammern und Klagen; die Junger lassen ihren Staub nicht los. Sie erraffen Millionen und die große Masse der Bevölkerung muß ihre Lebenshaltung verschlechtern. Bei den bisherigen Preisen gehörte Butter schon zu einem Luxusartikel und nun tritt noch eine Preisverhöhung ein. Der Verein Berliner Butterkaufleute hat in einer Versammlung beschlossen, vom 1. Februar ab das laufende Publikum durch Plakate in den Läden darauf aufmerksam zu machen, daß für den Preis von 1,20 und 1,50 Mark nur noch Kochbutter geliefert werden könne, während Schbutter 1,40 und 1,50 M. kostet. Dies bedeutet gegenüber den bisherigen Preisen eine Vertenerung von mehr als 15 Proz. Die Gründe der Teuerung lagen vor allem in der allgemeinen Erhöhung der Milchpreise. Und dabei verlangen die Junger auch noch „Schug“-Zölle auf Butter und Milch. Also sie sind immer noch nicht zufrieden. Die Folge der Preissteigerung wird sein, daß immer mehr Konsumenten zu Surrogaten ihre Zuflucht nehmen, deren Preise denn auch in die Höhe schnellen. Die Firma Gebr. Gause berichtet, daß der Konsum in guter Butter schon nachlasse, in stärkerem Maße Mittelsorten verlangt werden. Da erkennt man die Folgen der Jungerpolitik in den Kreisen des Kleinbürgertums, das in politischer Verbildung den Trostbüßen der Agrarier spielt. Der Lohn wird nicht ausbleiben! Für die politischen Handlungsdienste, die es jetzt der Reaktion leistet, wird es nachher noch besser und gründlicher wirtschaftlich geprügel werden. Das Bürgertum hat die agrarische Blochregierung, die es verdient.

### Die wütenden Kohlenmagnaten.

Die Harpener Bergwerksgesellschaft hatte im 4. Quartal 1906 bei 74 Arbeitstagen 4 146 000 M. Uberschuß. Nach Behauptungen der Bergpresse sind mittlerweile die Selbstkosten ganz gewaltig gestiegen. Diese Selbstkostensteigerung hat bei der Harpener Gesellschaft eine merkwürdige Wirkung gehabt. Für das 4. Quartal 1907 ist der Uberschuß bei 75 Arbeitstagen auf 5 250 000 Mark gestiegen und im 3. Quartal bei 79 Arbeitstagen auf 5 582 000 M. Unter Berücksichtigung der Arbeitstage stellt sich die Uberschußsteigerung für das 4. Quartal auf rund 25 Prozent.

Die Vergewerkschaft Hibernia brachte im 4. Quartal 1906 einen Uberschuß von 3 312 081 M. heraus, und für das 4. Quartal 1907: 3 801 510 Mark. Der Uberschuß stieg demnach um rund 1/2 Million Mark = 15 Prozent. Es dürfen also auch die Hibernia-Aktionäre mit den Wirkungen der Selbstkostensteigerung zufrieden sein.

Geheltes Eigentum. Nach dem „Westf. V.-Bl.“ verkaufte der Gutsbesitzer Koch das Gut Lobank (Regierungsbezirk Posen) für 178 000 M. an einen Polen. Der nationale Koch hat in sechs Jahren sein geheltes Eigentum um 75 000 M. vermehrt, ohne der Gesellschaft irgend welche Werte geschaffen zu haben. Der Gutsbesitzer Graf erstellte einen „Verdienst“ von 170 000 M., indem er sein Gut Schönbrunn für 410 000 M. loskaufte.

### Bauschwandel.

Ein Bild für die Zustände im Baugewerbe ergab eine Feststellung des Dresdener Statistischen Amtes. Die Statistik ergibt, daß ein sehr großer Teil der bauenden Personen völlig vermögenslos sind und den Offenbarungseid geleistet haben. In den Jahren 1902 bis 1905 haben nicht weniger als 67 Baugesellschaften zu ungeteilter Hand (bürgerliches Gesetzbuch §§ 705 ff.) mit 127 Einzelpersonen in Dresden existiert. Von diesen 127 Personen haben in der Zeit von 1902 bis 1905 71 oder 56 Proz. den Offenbarungseid geleistet. 69 Proz. der Baugesellschaften besaßen aus völlig vermögenslosen Personen. Von 633 einzelnen Bauunternehmern haben in den Jahren 1902 bis 1905 160 oder 25 Proz. durch den Offenbarungseid ihre völlige Vermögenslosigkeit nachgewiesen. Ein großer Teil der anderen verfügte über so wenig Einkommen, daß 61 Proz. sämtlicher Bauunternehmer teils vollständig mittellos, teils so in ihrem Einkommen beschränkt waren, daß sie der Ausführung von Bauten nicht gewachsen waren. Sie haben vielfach aber doch gebaut und die Folge war natürlich, daß Handwerker und Arbeiter häufig ihr Geld respektive ihren Lohn einbüßten. Der Bauschwandel blüht in Dresden und seinen Vororten wie fast nirgends sonst.

Der amerikanische Stahltruf erklärte eine Quartalsdividende von 1/2 Proz. für die Stammaktien und von 1/4 Proz. für die Vorzugsaktien. Die Retocinnehmen stellen sich nach Abzug der gewöhnlichen Betriebskosten für das am 31. Dezember 1907 beendete vierte Quartal auf 82 553 000 Dollar gegen 43 304 285 Dollar im dritten Quartal 1907 und 41 744 084 Dollar im vierten Quartal 1906. Die letzte Quartalsdividende weist daher einen Rückgang von circa 9 181 000 Dollar gegen die entsprechende Periode des Vorjahres auf und ist die kleinste seit 1905.

Der Uberschuß des letzten Vierteljahres beträgt 8 859 000 Dollar.

Die Ziffern der Quartalsausweise im abgeschlossenen Jahre und in den vorhergehenden Jahren stellen sich wie folgt:

	1907	1906	1905
1. Quartal Dollar	89 122 492	86 634 490	23 025 586
2. „	45 503 705	40 125 033	80 303 116
3. „	43 304 285	38 114 824	31 420 582
4. „	82 553 000	41 744 984	35 270 000
Jahresergebnisse	160 523 482	155 994 078	119 849 000
Auftragsbestand am 31. Dez. Tonnen	4 625 000	8 489 000	7 600 000

Die Retocinnehmen des Jahres 1907 belaufen sich auf 100 994 000 Dollar, die größten seit Bestehen der Gesellschaft, gegen 155 094 078 Dollar im Vorjahre, 119 849 000 Dollar in 1905 und 75 178 715 Dollar in 1904. Wegen das Vorjahr ergibt sich daher eine Mehreinnahme von ungefähr 4 300 000 Dollar. Der Auftragsbestand am Ende des vierten Quartals stellte sich auf 4 625 000 Tonnen, gleich einer Abnahme von ungefähr 3 865 000 Tonnen, gegenüber dem Auftragsbestand am 31. Dezember 1906, und ist der kleinste seit dem Juni 1905.

## Gerichts-Zeitung.

In den Dienstplätzen eines Pastors und Schulinspektors gehört verurteilende Selbistigung nicht. Diesem selbstverständlichen Satz verschaffte das preussische Oberverwaltungsgericht dieser Tage im Gegensatz zur Auffassung der Regierung Anerkennung. Ein Pastor B. hatte zu Lehrern und einem Bahnbeamten den Verdacht ausgesprochen, daß eine Witwe V. mit einem Lehrer R. ein unanständiges Liebesverhältnis unterhalte. Als die betreffende Witwe hieron Kenntnis erhielt, strengte sie gegen den Pastor die Privatverleumdungsklage an und bestritt entschieden mit dem

20 Jahre jüngeren Lehrer femals ein Liebesverhältnis unterhalten zu haben. Das Schöffengericht beurteilte den Pastor zu 20 M. Geldstrafe. Wegen seine Beurteilung legte der Pastor Berufung ein und belagte, er sei Schulinспекtor und habe daher auch das außerordentliche Verhalten des Lehrers im Auge zu behalten. Die Regierung erhob darauf zugunsten des Pastors B. den Konflikt, da dieser keine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe; ein Schulinspektor habe die Pflicht, sich um die außeramtliche Führung eines Lehrers zu kümmern und darüber Erkundigungen einzuziehen. Das Oberverwaltungsgericht erachtete den Konflikt nur zum Teil für begründet. B. habe in dienstlicher Eigenschaft gehandelt, als er über die Angelegenheit mit den Lehrern sprach; ein dienstliches Interesse komme aber nicht in Frage, insofern B. mit einem Bahnbeamten die fragliche Angelegenheit erörterte. Der Konflikt erscheint nur dann begründet, wenn ungewissheit besteht, daß Beamte sich einer Ueberschreitung oder Unterlassung einer ihnen obliegenden Amtshandlung nicht schuldig gemacht haben. Die Ueberschreitung einer Amtshandlung müsse aber angenommen werden, insofern B. die fragliche Angelegenheit mit einem Bahnbeamten besprochen habe. Dem gerichtlichen Verfahren sei demnach insoweit Fortgang zu geben.

### Ein Autobus-Unfall.

Ein schwerer Straßenunfall in der Friedrichstraße, der durch einen Automobilomnibus herbeigeführt worden war, beschäftigte gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen fahrlässiger Tötung war der 20-jährige Kraftwagenführer Oskar Dubbat angeklagt. Am 6. April verließ der 13-jährige Sohn des prakt. Arztes Dr. Rogel einen in der Friedrichstraße in der Nähe der Kochstraße haltenden Straßenbahnwagen. Da ein von dem Angeklagten geführter Automobilomnibus der Linie 4 herannahte, blieb der junge R. dicht neben den Geleisen an dem Straßenbahnwagen stehen, um den Autobus vorbeizulassen. Da an dem Bürgersteig ein Handwagen stand, machte der Angeklagte eine kleine Schwenkung nach dem Straßenbahnwagen zu und achtete nicht darauf, daß dort der junge Mann stand. Diese geringe Schwenkung hatte zur Folge, daß der Unglückliche zwischen Straßenbahnwagen und Automobilomnibus eingeklemmt wurde. Der junge R. erlitt entsetzliche Verletzungen. Die sämtlichen Weichteile der linken Körperseite waren dem Unglücklichen völlig abgerissen worden. In der Charité mußte nach einigen Tagen ein Bein amputiert werden und erst nach langem qualvollem Krankenlager verstarb der Bedauernswerte an einer durch Infektion herbeigeführten Lungenentzündung. Wegen den unvorsichtigen Lenker des Automobilomnibusses wurde die vorliegende Anklage erhoben. Staatsanwalt Dr. Hoffstedt beantragte neun Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Fabian hob hervor, daß man bei einem derartigen so überaus traurigen Unfall sehr leicht geneigt sei, ein größeres Maß von Schuld dem Führer eines Automobils zuzuschreiben, als wie ihn tatsächlich treffe. Der Angeklagte habe geglaubt, durch den Engpaß hindurchzukommen und erst im letzten Augenblick eine Biegung nach links gemacht. Ob nun durch das Scheitern des Autos bei dem schlüpfigen Belter oder durch eine vielleicht ungehörige Bewegung des Getriebes das Unglück herbeigeführt sei, könne niemand sagen, weshalb das Gericht zu einem non liquet kommen müsse. Das Gericht heilt indessen ebenfalls eine grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten für festgesetzt, die darin liege, daß er an einer so gefährlichen Passage nicht gehalten habe. Mit Rücksicht darauf, daß durch derartige leichtsinnige Fahrer das Publikum und die Sicherheit auf der Straße im schlimmsten Maße gefährdet werden, erkaufte das Gericht auf 9 Monate Gefängnis.

### 253 mal verurteilt.

Eine 53 Jahre alte Wirtschaftlerin namens Auguste Emma Steglich geb. Schäfer erschien vor den Schranken des Dresdener Landgerichts, deren Polizeigatten nicht weniger als neun Wände umfassen. 253 mal ist die Angeklagte verurteilt worden wegen Uebertretungen aller Art. Sie hat sich aber niemals eines Eigentumsvergehens schuldig gemacht, sondern betritt jetzt zum ersten Male wegen eines solchen die Anklagebank. Die 253 Verurteilungen kosteten sie annähernd 2000 Tage ihrer Freiheit, da sie alle gegen sie erkannten Geldstrafen „sich abmachen“. Jetzt erhielt sie als 254. Strafe zwei Wochen Gefängnis, weil sie für 6 M. Wäsche entwendet hatte.

### Unstifliches Verhalten seinen Lehrling gegenüber.

hat dem Kaufmann Emil Maronitz, der gestern vor der 8. Strafkammer stand, eine schwere Strafe eingetragen. Der Angeklagte ist Inhaber eines Spezialgeschäfts für Butter, Eier, Wurstwaren und Käse und unterhält neben dem Hauptgeschäft noch eine Filiale, in welcher er junge Mädchen als Verkäuferinnen beschäftigt. Er wurde von zwei noch nicht 16-jährigen Mädchen, die dort als Lehrling angenommen waren, beschuldigt, bei verschiedenen, von ihm selbst gesuchten Gelegenheiten sie in sehr unstiflicher Weise verführt zu haben. Die Mädchen wollen sich zwar gegen diese Verleumdungen nach Kräften gekämpft und geweint, aber sich nicht getraut haben, ihrem Arbeitgeber energischer entgegenzutreten. Strafanträge sind dann von den beiden Vätern der Mädchen gestellt worden. Der Angeklagte wurde vom Schöffengericht für schuldig befunden und zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Das Schöffengericht hielt die strenge Strafe für geboten mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte einen schändlichen Mißbrauch mit seiner Stellung als Arbeitgeber getrieben habe. — Bei der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz plädierte der Verteidiger auf ein wesentlich niedrigeres Strafmaß. Er machte u. a. geltend, daß der Angeklagte bei seinen täglichen Geschäftstouren zu Restaurants und gewöhnlichen, größere Quantitäten alkoholischer Getränke zu sich zu nehmen und deshalb in dem letzten Jahre wenig zu klarem Verstand gekommen sei. Bis zur Inhaftnahme habe er täglich 12 bis 15 Glas Cognac, 19 bis 15 Glas Portwein, dazu noch Rum und etwa 10 Glas Bier getrunken, so daß er fast niemals ganz nüchtern war. — Das Berufungsgericht hob nach längerer Unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Beweisaufnahme das erste Urteil auf, ermäßigte die Strafe auf acht Monate Gefängnis und entließ den Angeklagten aus der Haft.

### Verband der Freirechtlichen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Heute abend 9 1/2 Uhr Rosenhaler Straße 11/12: Generalversammlung.

### Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gesellschaften. Berlin. Heute abend 10 Uhr Dirschstr. 46: Mitglieder-versammlung.

### Leis- und Diskontierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant Adol. Döhl, Danylger Straße 33: Sitzung. Gäste willkommen.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 1.		am 27. 1.	
	cm	cm <sup>3</sup>	cm	cm <sup>3</sup>
Remel, Müst	—	—	Saale, Gochsh	105 +5
Frege, Jüterburg	236 <sup>+</sup>	-5	Havel, Griebau <sup>1)</sup>	118 +8
Wetzsch, Thom	224 <sup>+</sup>	0	Havel, Rathenow <sup>2)</sup>	149 -1
Oder, Ratibor	106 <sup>+</sup>	-1	Spree, Stremberg <sup>3)</sup>	102 -14
Strofen	157 <sup>+</sup>	+4	Westm	156 +4
Frankfurt	259 <sup>+</sup>	-8	Weser, Münden	-3 +60
Sarthe, Schriem	199	0	Weser, Münden	140 +100
Landesberg	137 <sup>+</sup>	+9	Rhein, Magillandau	90 -1
Rega, Vorkamm	70	+10	Raub	270 +7
Eibe, Zeitzmer	-31	-4	Rhein	136 +50
Dresden	-100	+40	Rudow, Südbrom	75 +51
Havel	123	-5	Rain, Wertheim	155 +37
Magdeburg	109	-11	Weser, Zuer	150 +112

+) + bedeutet Höhe, - Fall. - <sup>1)</sup> Unterpegel. - <sup>2)</sup> Wehland. - <sup>3)</sup> Wehland.







Der Pädagoge eines Pastorenblattes über die Lage der Arbeiter.

Zur Speisung nothleidender Schulkinder soll die Stadtvorordnetenversammlung, wie wir schon meldeten, zunächst für Februar und März, den Betrag von zusammen 20 000 M. bewilligen. Viel ist das nicht, aber es ist freilich mehr als nichts.

Wir werden sehen, ob man uns auch jetzt wieder mit der Behauptung kommen wird, die durch die Schule selber ermittelten Zahlen seien „übertrieben“. Woher eigentlich wissen die Gegner der Schulkinderpeisung, daß die Lehrer sich durchgängig geneigt sei, von vornherein an eine Kostlage der Eltern ihrer Zöglinge zu glauben?

Ein Berliner Lehrer, einer dieser anderen, die allen „Ueberschreitungen“ abhold sind, hat das Bedürfnis gefühlt, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie er über die Frage der Speisung nothleidender Schulkinder denkt. Als die Sache durch den Antrag der sozialdemokratischen Stadtvorordneten in Fluß gebracht worden war und in den Schulen die bezüglichen Ermittlungen angestellt wurden, setzte dieser Lehrer sich hin und schrieb eine Schimpfepistel gegen die Arbeiterbevölkerung.

Der von besagtem Pastorenblatt mit offenen Armen aufgenommenen Lehrer spottet über das „sozialdemokratische Geschrei“ und fragt zweifelnd: „Ist wirklich die geschilderte Not und Armut vorhanden? Oder ist das Geschrei nicht vielmehr auf das Konto einer nimmermatten Vegehrlichkeit zu setzen?“

Der Pädagoge des Pastorenblattes schildert dann, wie gut es heutzutage — seiner Meinung nach — dem Arbeiter geht: „Unter 50 Pf. Stundenlohn arbeitet ein Arbeiter in der Großstadt überhaupt nicht. Maurer verdienen pro Stunde 75—80 Pf., Affordmurer noch mehr.“

Man sieht, dieser Mann „kennt“ die Lage der Arbeiter. Aber er weiß auch zu erzählen, wie sie all das viele Geld verbubeln. „Man geht“, so weiter er, „des Sonnabends und Sonntags in die Bäder und Fleischläden, und man wird sehen, wie das Geld gar keine Rolle spielt.“

Was aber wird aus dem Arbeiter, wenn alles verbubelt ist? Der Pädagoge sagt es: Die Gemeinde tritt für ihn ein. „Es ist“, so versichert er, „beinahe beneidenswert, ein Arbeiter zu sein.“

Brutaler hat giftiger Haß gegen die Arbeiter-Klasse selten geäußert. Wer wird diesem Pädagogen eines Pastorenblattes zutrauen wollen, daß er den Nothstand der Arbeiterkinder „übertrieben“ könnte, wenn er etwa bei Erhebungen über die Zahl hungernder Kinder mitzuwirken hat?

Berliner Nachrichten.

Die Zeiten ändern sich.

„Mehr Licht!“ soll der Altmeister deutscher Dichtkunst ausgerufen haben, als er den großherzoglich weimariischen Staatsministerfrack endgültig an den Nagel hing und in die „beste der Welten“ einging. Wahr ist die Geschichte nach der neueren Forschung nicht, aber sicher gut erfunden. Pessimisten, die an die Anekdote glauben, wollen sogar behaupten, daß der große Denker und weniger große Politiker mit diesem Wodrus in der Todesstunde ins Schwarz-Weiße geschossen und die preussischen Staatsverhältnisse gemeint habe.

feuertwerk, trügerischer Schein, wohlberechnet für den Augenblick.

Auch kürzlich hat ein Erdengroßer ein Blicklicht, das Millionen von Geistern traf, aber nur wenig Herzen wärmte, aufleuchten lassen. „Mehr Volk!“ soll der deutsche Kaiser ausgerufen haben, als ihm die Skizze zu einem Gemälde, das die bekannte königstreue Demonstration in der Bahnhofsstraße vor dem Schlosse bereivigen will, vorgelegt wurde.

Das Volk ist gut und gutmütig genug, wenn man es braucht für die Sonderzwecke der Erdengroßen. Da heißt es treuherzig: „Mehr Volk!“ und nicht: „Fort mit dem Viebs!“

Die Schulkinder in Berlin wird immer wieder aufs neue beleuchtet durch die Uebersichten über die Klassenfrequenzen der Gemeindegemeinden. Der Magistrat muß diese Uebersichten alle Halbjahre der Stadtvorordnetenversammlung zur Kenntnisnahme vorlegen.

Die Durchschnittsfrequenz der Klassen, mit der soviel operiert wird, ist um eine Kleinigkeit weiter heruntergegangen — das ist alles. Will man wissen, um wieviel? Bei Ausschaltung der Nebenklassen, die ja nur ganz gering besetzt werden dürfen, ergibt sich als allgemeiner Durchschnitt pro Klasse für das Sommerhalbjahr 46,29 Kinder, für das Winterhalbjahr 48,01 Kinder.

Angünstiger noch wird das Bild, das die Besetzungsziffern der untersten Klassen bieten, wenn man die Klassen einzeln betrachtet. Noch immer gibt es Klassen, deren Besetzung sogar über die von der Schuldeputation festgesetzte „Obergrenze“ hinausgeht.

Aun besteht ja für die achten Klassen die Bestimmung, daß wenigstens für den Unterricht in Hauptfächern eine Klassen-Teilung stattfinden kann, sobald mehr als 50 Kinder in der Klasse sind. Durchgeführt ist das aber keineswegs bei allen achten Klassen mit mehr als 50 Kindern.

Ganz eklatant ist der Rückschritt zum Schlechteren, der sich bei Betrachtung der Zahl der fliegenden Klassen sowie der Rietschulen darbietet. Vom Sommerhalbjahr zum Winterhalbjahr hat die Zahl der fliegenden Klassen sich weiter von 51 auf 70 vermehrt.

für die Kinder der Unbemittelten, sondern um die höheren Schulen handelte, die den Kindern der Bemittelten offen stehen?

Die Schulverwaltung vertraut darauf, daß in diesem Jahre mehrere neue Schulhäuser fertig werden sollen. Ach nein, von den paar Schulhäusern, die da wieder mal ihrer Vollendung entgegengehen, ist noch keine wirksame Abhilfe zu erwarten.

Die Brotteuerung!

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat jetzt auch aus dem Dezember 1907 das Ergebnis der Brotpreisermittlungen bekanntgegeben, die in Berlin regelmäßig vorgenommen werden. Allmonatlich zweimal werden aus einer großen Zahl Bäckereien (gegenwärtig 40) Brote angelauft, und nach Feststellung ihres Gewichtes wird dann der Preis pro Kilogramm Brot berechnet.

Im Dezember blieb das durchschnittliche Gewicht des fünfgrößen Brotes schon recht erheblich unter drei Pfund zurück, und der durchschnittliche Preis pro Kilogramm Brot war nun schon nahezu 34 Pf. (genauer 33,98 Pf.). Das sind Ziffern, die an die ärgsten Hungerjahre der letzten Jahrzehnte erinnern.

Es kann nunmehr auch der Durchschnitt für das ganze Jahr 1907 berechnet werden; er ist natürlich geringer als die Preise aus den letzten Monaten des Jahres und speziell aus dem Dezember. Der Durchschnittspreis pro Kilogramm Brot war im Jahre 1906 erst 27 Pf. gewesen (genauer 27,06 Pf.), im Jahre 1907 aber war er ziemlich 31 Pf. (genauer 30,82 Pf.).

Wann wird der Verteuerung des Brotes, die den Junkern die Taschen füllt, Einhalt geboten werden? Wie lange wird das arbeitende Volk sich diese Auspöckerung noch gefallen lassen?

Aus der städtischen Schuldeputation.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtschulinspektors Dr. Hirsfeldern wurde beschlossen, noch mal beim Provinzialschulkollegium wegen der Verkürzung der Ferien der Gemeindegemeinden — auf 70 Tage — anzufordern und um eine beschleunigte Antwort vorstellig zu werden.

Nervennährmittel. Im Kampf gegen Gichtmittel dient das Berliner Volkspräsidium als eine Art von Zentralinstanz. Dessen Warnungen sind meist wohlgeliebt für das ganze Deutsche Reich.

Nach jahrelangen mißwilligen Versuchen sei es geglückt, das Präparat herzustellen. Es sei vollständig unschädlich und von angenehmer und dauernder Wirkung. Hat man drei seiner Bekannten zur Verstellung von je mindestens 6 Dosen veranlaßt, so erhält man das Mittel umsonst.

Aus der Epileptikeranstalt Wuhlgarten geht uns wieder mal die Beschwörung zu, daß die Welt stillung, die dort den Kranken gewährt wird, durchaus mangelhaft sei. Bei Mogen über die Qualität der Speise ist es ja nicht leicht, mit einiger Sicherheit zu entscheiden, wie weit da der persönliche Geschmack mitspricht.



mit dem ein Patient einen anderen kräftete, als dieser seine Verwundung und sein Behauern über die Menge der Reste überließ. „Du mußt“, so belehrte er ihn, „bedenken, daß hier nicht nur für die Patienten gesorgt wird; hier wird für die Schweine mitgeköchelt.“

Es ist, wie gesagt, nicht leicht, sich über die Verächtlichkeit solcher Klagen ein Urteil zu bilden. Aber der Beschwerdeführer, der über die Unhygienität der Wägen und über die Verächtlichkeit der Wägen, die die Quantität sehr zu wünschen übrig läßt. Wenn nicht gerade eine Hungerkur an ihm probiert werden soll, dann hat er unseres Erachtens allerdings wohl ein Anrecht darauf, daß man ihn zum mindesten satt macht. Nebenbei bemerkt: unser Gewährsmann sagt, er sei nur deshalb nach Wuhlgarten überwiesen worden, weil er nervös sei und zu Ohnmachtsanfällen neige. Auf eine Beschwerde über das Essen, die er einem Stationsarzt vortrug, wurde ihm erwidert: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen, wir halten Sie nicht fest.“ Ein andermal wurde auf eine erneute Beschwerde ihm vom Oberarzt mit Achselzucken geantwortet: „Ja, ich kann nichts machen!“ Am Ende haben in Wuhlgarten die Ärzte zu schweigen, wenn Verwaltungsbeamte kommandieren? Sehr merkwürdig ist die Mitteilung, daß man in der Anstalt selber für Geld und gute Worte sich noch ein Mehr an Würst, Speck usw. verschaffen kann. Unser Gewährsmann hat das mit Erfolg probiert bei einem Patienten, der dazu verwendet wird, den anderen Patienten die Portionen zuzuteilen. Kann uns die Verwaltung sagen, wo diese käufliche Extrastoff herkommt?

**Auch eine Arbeitslosen-Demonstration.** Zu gewaltigen Menschenansammlungen kam es Dienstag abend in der Nähe der Jerusalemer Kirche. Der Verkauf nahm so große Dimensionen an, daß erst ein Schutzmännchen die Menge zerstreuen mußte. Die Veranstaltung zu dieser Straßendemonstration bot diesmal nicht eine Versammlung, sondern das harmlose Interat eines Dekorationshändlers, der auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege einen Kutscher für sein Geschäft gesucht hatte. Auf dieses Interat hin führten abends ein endloser Zug von Werbern dem Laden zu. An der Tür kam es fast zu einem Handgemenge, weil jeder der Arbeitslosen dem Kandidaten vorzukommen wollte. Der im Laden anwesende Verkäufer wußte sich vor der Masse kaum zu retten; kein Kunde konnte den Laden betreten und vergeblich forderte der junge Mann die vielen Bewerber auf, den Laden zu verlassen. Sie konnten nicht hinaus, weil von außen immer neue Arbeitslose nachdrängten. In seiner Verzweiflung rief der Verkäufer schließlich telefonisch die Polizei zur Hilfe und einem Schutzmännchen auf, das gelang es denn auch, den Laden und die Straße wieder für den Verkehr frei zu machen.

**Auch ein Zeichen der herrschenden Arbeitslosigkeit in Berlin.**

Zahlreiche Unglücksfälle sind in der vorhergehenden Nacht und am gestrigen Morgen durch den niedergehenden Schneefall herbeigeführt worden. Da die Straßen beim Beginn des Schneefalles noch vom Tage zuvor durch den Regen naß waren, so bildete sich infolge der hinzukommenden Schneemengen eine schlüpfrige Kasse, die für Menschen und Tiere außerordentlich gefährlich werden konnte. Eine ganze Reihe von Passanten glitten auf den Bürgersteigen aus und erlitten zum Teil recht erhebliche Verletzungen. Am Dönhofsplatz kam ein alter Herr zu Fall und zog sich einen schweren Unterschenkelbruch zu. Die Schülerin Martha Bergmann aus der Großbeerenstraße trug beim Sturz auf dem Straßendam eine blutige Wunde im Gesicht und schwere Quetschungen am Kopf davon. In der Luisenstraße kam der Rentier Faber aus der Wilhelmstraße so unglücklich zu Fall, daß er einen Unterarmbruch erlitt. Ähnliche Unfälle trugen sich am Rosenthaler Tor, in der Landsberger Straße usw. zu. Auch für den Verkehr auf den Straßen war das Schneewetter außerordentlich hemmend. Die Pferde vermochten durch fortwährendes Ausgleiten auf dem schlüpfrigen Boden nicht vorwärts zu kommen und in allen Straßenzügen sah man die Tiere fügen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Dienstag früh in der achten Stunde auf dem Bahnhof Warschauer Brücke ab. Auf dem Bahnsteig stand eine Arbeiterin, den Stadtbahnzug nach dem Stadtinneren erwartend. Plötzlich wehte der heftige Wind ihre Kopfbedeckung auf die Schienen. Nach einigem Zögern sprang die Arbeiterin auf das Gleis, um ihren Hut zu retten. In diesem Augenblick fährt der Zug ein. Laut um Hilfe rufend, bemühte sich die Frau, den Perron zu erklimmen, was ihr aber, ihrer kleinen Figur wegen, nicht gelang. Die Zuschauerinnen, meistens Arbeiterinnen, konnten sich vor Schreck nicht rühren. Da eilte eine Frau W. herbei, der Verdrängten die Hände reichend, um sie so auf den Perron zu ziehen. Das gelang ihr aber nicht nur nicht, da die Untenstehende zu schwer war; Frau W. verlor das Gleichgewicht und stürzte hin, mit dem Oberkörper über den Gleis-Schicht. Da, im letzten Moment, stürzte ein Mann hinzu, rief Frau W. zurück, und da die auf dem Gleis Stehende von Frau W. krampfhaft festgehalten wurde, konnte auch sie nach dem Bahnsteig gelangen, so daß die herandräufende Lokomotive nur noch ihre Kleider streifen konnte. Einen Augenblick später und beide Frauen wären zermalmt worden. In der mehr als beargwöhnlichen Erregung machte Frau W. der Unvorsichtigen heftige Vorwürfe, wofür diese sich in recht ungehöriger Weise revanchierte.

Zu dem Frauenmord in der Gerichtstraße wird mitgeteilt, daß die beiden unter dem Verdacht der Täterschaft verhafteten Schlafwandlerinnen der ermordeten Witwe Wiesner wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Sie haben beide der Polizei gegenüber ihr Mißverständnis für die Zeit, zu der der Mord verübt wurde, nachgewiesen und durch Zeugen bestätigen lassen. Die Kriminalpolizei verfolgt nun zwei andere Spuren. Es muß abgewartet werden, ob die Härtete, welcher die Polizei neuerdings nachgeht, die richtige ist. Es wird vermutet, daß der Mörder der Reichshauptstadt schon längst den Rücken gefehlt und sich in Sicherheit gebracht hat. Er hat hierzu reichlich Zeit gehabt und es ist nicht ausgeschlossen, daß er den Zeitraum zwischen der Verübung und der Entdeckung des Verbrechens dazu benutzt hat, um ins Ausland, vielleicht nach Amerika zu flüchten.

**Brandunglück.** Die 39jährige Straßenhändlerin Anna Schlüder, geborene Langohr, ist gestern nacht gegen 12 Uhr in ihre Wohnung, Stralauer Straße 45, heimgekehrt; vor dem Schlafengehen wollte sich Frau S. noch einen Kaffee kochen. Sie setzte deshalb den Spirituskocher in Brand. Auf irgend eine Weise muß nun wahrscheinlich aus Versehen der Kocher explodiert sein, denn plötzlich stand das Zimmer in hellen Flammen. Als die Feuerwehre erschien, wurde Frau Schlüder regungslos am Boden des qualmerfüllten Raumes aufgefunden. Da die an Ort und Stelle vorgenommenen Wiederbelebungsversuche erfolglos waren, so transportierte man die Verunglückte nach der nächsten Unfallstation, wo nur noch der durch Rauchvergiftung eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Es wird angenommen, daß Frau Schlüder, die oft an Krämpfen litt, wieder einen solchen Anfall bekam und hierbei den Spirituskocher umgestoßen hat.

**Gelesen wurde in der Generalversammlung des 1. Kreises,** Neue Friedrichstr. 35 ein Vorlesungsblatt mit Inhalt. Der Eigentümer kann daselbe bei G. Weisbach, Grünstr. 21, abholen.

**In der Generalversammlung des Wahlvereins des 4. Berliner Reichstagswahlkreises** am Dienstag sind 3 Regenschirme und ein Taschentuch gefunden worden. Die Gegenstände sind im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2, geöffnet von 9-2 und von 5-8 Uhr abends in Empfang zu nehmen.

**Ein schwerer Automobilunfall,** wobei ein Ehepaar schwer zu Schaden kam, ist gleichfalls durch das Schneewetter herbeigeführt worden. In der Tiergartenstraße wurde ein Droschkenautomobil infolge der Mäße mit solcher Gewalt während der Fahrt zur Seite geschleudert, daß es gegen eine Tagameterdroschke prallte. Die Droschke wurde bei dem Zusammenstoß vollständig um-

geworfen und die Insassen, ein Ehepaar Stein aus Eberfeld, das aus Anlaß der Verlobung des ältesten Sohnes nach Berlin gekommen war, wurde auf den Straßendam geschleudert. Herr St. kam unter die Droschke zu liegen und schwer verletzt wurde er wieder hervorgeholt. Beide Hinterbeine waren ihm schwer gequetscht worden und im Gesicht sowie am Kopf hatte er durch umherfliegende Glassplitter erhebliche Schnittwunden erlitten. Auch an den Händen und den Armen war er verletzt worden. Frau St. hatte am Kopf und im Gesicht erhebliche Wunden davongetragen. Auf der Unfallstation am Zoologischen Garten erhielten die beiden Verunglückten die ersten Notverbände.

**Feuerwehrbericht.** Wegen eines Brandes, der dreimal gemeldet wurde, rückten drei Jüge nach der Mendelssohnstr. 7 aus. Dort und Hübnerstr. 8 brannten Betten usw. In der Reichsberger Straße 37 mußte ein Feuer in einem Kesselhause gelöscht werden. In der Nähe Stalitzer Straße 120 brannten gleichzeitig Gardinen. Aus der Kurfürststr. 167 wurde der Brand eines Weihnachtsbaumes, Gardinen usw. gemeldet. Ferner hatte die Wehr in der Neuen Friedrichstr. 79, Sachstr. 8, Rangstr. 90, am Königgraben 8 u. a. Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Eine überaus stark besuchte Generalversammlung des Wahlvereins tagte am Dienstag bei Hoppe, Hermannstr. 49. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Genosse Schulz, der an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Genossen Ritzel die Versammlung leitete, der im letzten Quartal verstorbenen Genossen, die die Versammlung in üblicher Weise ehrten.

Der Jahresbericht lag den Versammelten zum ersten Male gedruckt vor. Aus demselben ist ein erfreuliches Steigen der Organisation sowohl wie auch der Presse zu ersehen. Die Mitgliederzahl ist gestiegen von 6065 am 1. Januar 1907 auf 7780 am Schluß des Jahres. Die gesamten Verwaltungsgeschäfte wurden erledigt in 53 Vorstandssitzungen, von denen 21 unter Teilnahme der Funktionäre stattfanden, 7 Generalversammlungen und 9 Mitgliederversammlungen. Zur Aufklärung der Genossen und Stellungnahme zu bestimmten Tagesfragen fanden außerdem noch 15 Volksversammlungen statt. Flugblätterverteilungen für ganz Rixdorf fanden vier statt, und zwar 2 für den Bäderbezirk, 1 für den Jandorfbezirk und 1 zur Aufnahme in den Wahlverein und zur Gewinnung von „Vorwärts“-Lesern. Außerdem beteiligten sich die Genossen noch an 2 Agitationstouren, die im Frühjahr und Herbst des vergangenen Jahres stattfanden. Der Vorsitzende verwies darauf, daß das Jahr 1908 der Organisation reiche Arbeit bringe. Nicht allein, daß der Wahlrechtskampf und die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen die Kräfte bis aufs höchste anspannen, sondern die Sozialdemokratie denke am Ort sich dieses Jahr auch an den Stadtverordnetenwahlen der 2. Wählerklasse zu beteiligen. Bei dem verstärkten Ansehen der Steuererschonung gerade bei der wertvollen Bevölkerung seien Erfolge nicht ausgeschlossen. Es sei des weiteren darauf hinzuwirken, daß der Landtagswahlkreis Rixdorf-Schöneberg von der Sozialdemokratie erobert werde. Die Jahresrechnung betrug 90 648,91 M., die Ausgabe an die Zentralkasse 22 785,08 M. und die am Ort 7863,88 M. Der Kassierer, Genosse Stielner, erstattete noch den Kassenericht vom letzten Quartal 1907. Danach stand einer Einnahme von 8445,28 M. eine Ausgabe von 7151,25 M. gegenüber; hieron wurden an den Kreis 5630,25 M. abgeliefert, am Orte verbraucht 1521 M., mithin bleibt ein Bestand von 1294,13 M.

Der Bericht der Expedition weist ein fortgeschrittenes Steigen der Abonnentenzahl auf. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser betrug am 1. Januar 1907 9140 und stieg auf 11555 am Schluß des Jahres. Außerdem abonnierten auf „Die Gleichheit“ am Schluß des Jahres 240, auf den „Bahren Jakob“ 1530 und auf die „Freien Stunden“ 470 Leser. Erfreulich ist auch, daß die Bibliothek des Wahlkreises stärker als bisher in Anspruch genommen wurde. Im Jahre 1906 wurden aus derselben 8088 und im Jahre 1907 5035 Bücher entliehen. Das hatte den Vorstand veranlaßt, eine Ausgestaltung der Bibliothek vorzunehmen. Am 1. Januar dieses Jahres umfaßte dieselbe bereits 1003 Bände. Zu bemerken ist, daß eine besondere Abteilung für Jugendschriften vorhanden ist. Die vom Bildungsausschuß der Partei im Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften aufgeführten Bücher sind sämtlich erworben worden.

Genosse Kohr als Mitglied der Lokalkommission betonte, daß Änderungen nicht vorgekommen seien, nur forderte er die Genossen auf, bei Abmachungen von Vergütungen auch dafür zu sorgen, daß organisierte Kellner zu beschäftigen seien. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Ritzel und 2. Schulz, 1. Kassierer Stielner und 2. Bildgrube, 1. Schriftführer Fischer und 2. Keiling, Weißer: Engel und Wiese, Redirektor Selter, Bieweg und Konrad. Als Vorkassierer wurden gewählt für das 1. Viertel Rief, 2. Viertel Feifer, 3. Viertel Karle und 4. Viertel Grubig. Die Bibliothekkommission besteht aus den Genossen Eichholz, Schauk, Gubelmann, Ballmann, Kayn, Schulz, Thomas und Arbeiter. In die Lokalkommission wurde Kohr, Schröder und Hendrichse gewählt.

Darauf wurden einige Anträge für die Kreis-Generalversammlung beraten. Ein Antrag, worin verlangt wird, daß die Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins nach der Zahl der Mitglieder eines jeden Ortes gewählt werden sollen, wurde angenommen. Begründend wurde ausgeführt, daß Rixdorf durch den Beschluß der letzten Generalversammlung Groß-Berlins, wonach erst auf 100 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden könne, zugunsten kleiner Orte habe 30 Delegierte abtreten müssen. Das entspricht nicht dem demokratischen Prinzip. Eine längere Diskussion rief ein Antrag Kummel, eine Kritik über den Entwurf und die Ausführung des Kreis-Denkmal auf der Kreis-Generalversammlung zu üben, hervor. Der Antrag gelangte fast einstimmig zur Annahme. Darauf erfolgte die Wahl von 15 Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. Ein Antrag, gegen die Mitglieder des Reichs-Reher, Pieske, Liebich, Donat, Pölzing und Keiger das Ausschlußverfahren wegen Streikbruch einzuleiten, wurde angenommen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch auf die heute stattfindende Arbeitslosenversammlung aufmerksam und ersuchte um regen Besuch derselben.

Die in der gestrigen Nummer befindliche Notiz, die Wahlen zum Kaufmannsgericht betreffend, ist irrtümlicherweise unter Lichtenberg gelangt, während die für Lichtenberg bestimmte Notiz unter Rixdorf steht.

Die Kaufmannsgerichtswahlen sind für den 28. Februar ex. ausgeschrieben. Die Wählerlisten liegen bis zum 1. Februar wochentäglich von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Gewerbebureau des Magistrats, Sellstr. 20, 1. Treppe, Zimmer 7, zu jedermanns Einsicht offen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten müssen spätestens binnen 3 Tagen nach beendeter Auslegung bei dem Magistrat angebracht und durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen begründet werden.

Pflicht jedes am Orte tätigen, am Tage der Wahl 25 Jahre alten Handlungsbefähigten ist es, seine Eintragung in die Wählerlisten sofort zu veranlassen.

Es genügt, wenn dem Magistrat Vor- und Zuname, Wohnung — Name und Wohnung der Firma, bei der Gegenwärtig beschäftigt ist — mitgeteilt und Aufnahme in die Wählerliste beantragt wird.

Speziellensprechende Formulare sind auch in der Expedition des „Vorwärts“, Kurfürst. 2. und beim Unterschrieben zu haben.

**Pflicht aller Parteigenossen ist:** Alle befreundeten und bekannten Handlungsbefähigten auf die Wichtigkeit dieser Weisungen aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, daß am 28. Februar ex. in der Arbeiterstadt Rixdorf nur Kandidaten der Liste des Zentralverbandes gewählt werden.

Am Freitag, den 31. Januar ex., findet eine Sitzung des Bezirks Rixdorf des Zentralverbandes in den Bürgerkälen, Bergstraße 147, statt. Diese Zusammenkunft beschäftigt sich nur mit den Wahlen. Jeder Kollege und Parteigenosse ist freundlichst eingeladen. Jede Art Agitationsmaterial beschafft die Bezirksleitung. G. K.: Otto Grüner, Rixdorf, Neue Jonasstr. 36.

### Charlottenburg.

**Zum Gerüstesturz an der Charlottenburger Brücke.** Eine gestern an der Einmündung untersuchende Kommission bezeichnete als den Schuldigen den Zimmermeister Janide aus der Pfandstraße 110/111. Dieser Meister soll für die Arbeiten zu schwachem und schlechtem Holz verwendet haben. Da sich auch der nicht eingestürzte Teil des Gerüsts neigt, wird er abgetragen werden müssen, so daß der Gesamtschaden sich auf 30 000 M. belaufen wird. Professor Schade hatte, wie berichtet wird, von vornherein darauf hingewiesen, daß die Gerüstteile verankert werden müßten. Er hatte das Ansehen für den ersten starken Westwind vorausgesagt. Der Zimmermeister Janide übernahm aber jede Verantwortung. Er wird daher auch der Hauptschuldige sein, da er nicht nur den Gerüstschaden trägt, sondern auch von der Straßendammgesellschaft für die durch den Sturz erfolgte Sperrung der Gleise verantwortlich gemacht werden soll.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung fehlte in ihrer letzten Sitzung am Dienstag die Generaldiskussion über den Etat für 1908 fort. Die Vertreter aller Parteien sprachen ihre Befriedigung über die frühzeitige Verlegung des Etats aus.

Stadtv. Jabel (lib. Fr.) wendete sich dagegen, daß der Steuerfah für die Gewerbetreibenden der Klasse III von 100 auf 150 Proz. erhöht werden soll. Er hält es für richtiger, die Wertzuwachssteuer einzuführen. Seine Fraktion werde diese Steuer mit allem Nachdruck verlangen. Auch der Kammerer werde um diese Steuer nicht herumkommen. Für das Riefelgut wünschte Redner eine rationelle Bewirtschaftung, die der Stadt einen Gewinn bringe. Beim Schuletat rügte Redner, daß die Gehälter für die Benutzung der Aulen und Turnhallen verdoppelt worden ist. Er hält es für ungerade, den Turnvereinen höhere Gebühren abzunehmen, während man den höheren Schulen einen Betrag von 14 000 M. gebe für die Bildung eines Schülerradervereins. Auch die Frequenz der Gemeindefunktionen ist dem Redner immer noch zu hoch. 90 Proz. der Klassen haben mehr als 50 Schüler.

Oberbürgermeister Wilde hält die Erhöhung der Gehälter für Benutzung der Aulen und Turnhallen unbedingt für notwendig. Es sollen hauptsächlich Personen und Vereine getroffen werden, die diese Räumlichkeiten zu geschäftlichen oder Erwerbszwecken benutzen. Dem Arbeiterturnverein und sonstigen gemeinnützigen Vereinen werde man gern entgegenkommen. Die Herabsetzung der Klassenfrequenz kann nur langsam vor sich gehen. Es müssen erst die nötigen Schulhäuser geschaffen werden. Im Laufe der Jahre werde man sicherlich zu einer wesentlichen Herabsetzung der Klassenfrequenz kommen. Nicht um sogleiche Fortschritte, sondern um gute Fortschritte handelt es sich.

Stadtv. Schüler (unabh. Bg.) wendet sich gegen die Wertzuwachssteuer. Er sei nur dafür zu haben, wenn auch die anderen Gemeinden Groß-Berlins diese Steuer einführen. Im übrigen werde man bei den einzelnen Abteilungen des Etats noch verschiedene Abstriche machen müssen, um sparsamer zu wirtschaften.

Stadtv. Küster (Soz.) wendete sich dem Gemeindefunktionen zu. Hier werde in keiner Weise genügend geleistet. Die sozialdemokratische Fraktion werde bei der Beratung dieses Etats ihre Wünsche näher formulieren. Der Antrag auf Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel wird in diesem Jahr von neuem gestellt werden. Man müsse ferner daran denken, der Jahrspläne in der Schule größere Aufmerksamkeit zu widmen. Dem Schularzt ist ein besonderes Sprechzimmer in der Schule zu geben. Redner bemerkt, daß für die Kinder, die noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben, etwas getan wird. Hier müsse mit der Einrichtung von Kindergärten und Krippen vorgegangen werden. Es wäre auch wertvoll, einmal die Zahl der Kinder festzustellen, die kein warmes Mittagbrot erhalten. Die Wohlfahrtspflege wird auch heute noch immer als ein Waisen, das im Verborgenen blüht, betrachtet. Das was bisher geschaffen ist, sei nur unter dem Druck der Verhältnisse erreicht worden. Redner tadelt, daß mit Uebernahme der städtischen Arbeiten in eigener Regie nur langsam vorgegangen wird, immer wird hier betont, man habe ja noch lange Zeit dazu. Die Errichtung des Stadttheaters, das schon heute völlig fertig dastehen sollte, ist ganz von der Bildfläche verschwunden. Redner wünscht, daß der Magistrat auch den Forderungen der städtischen Arbeiter gegenüber einsichtsvoller werde. Die Forderungen habe man den einzelnen Deputationen überwiesen und die Vertreter der Arbeiter bei der Mitberatung ausgeschaltet. Das Armen- und Siedenhaus sei immer noch nicht errichtet, trotzdem man schon seit Jahren darauf wartet. Auch an die Errichtung einer Poliklinik im Krankenhaus müsse gedacht werden. Redner verurteilt dann ebenfalls die Erhöhung der Gewerbesteuer in der Klasse III und wendet sich zum Schluß noch gegen die vom Magistrat vorgekommene Neueinstellung der Stadtverordnetenwahljuristen, die alles eher, nur nicht praktisch sei.

Der Kammerer Rasowicz suchte die Erhöhung der Gewerbesteuer in der Klasse III zu begründen. Die Erhöhung führe einen gerechten Zustand gegenüber den anderen Gewerbesteuerklassen herbei. In fast allen Gemeinden Groß-Berlins werden diese erhöhten Steuern erhoben, man habe keine Ursache, den Schönberger Gewerbetreibenden etwas Besonderes zu schenken. Braumalzsteuer würde zu wenig einbringen, ebenso sei es mit der Steuer auf eingeführte auswärtige Tiere.

Nachdem noch einige Redner auf die finanziellen Verhältnisse der Riefelgüter eingegangen und andererseits dafür eintreten, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer in der Klasse III nicht vorgenommen wird, wird der gesamte Etat dem Staatsauschuß überwiesen. Ein Antrag der liberalen Fraktion, nach welchem der Magistrat ersucht wird, die Einteilung und Abgrenzung der Urwahlbezirke zu der diesjährigen Landtagswahl schließlich vorzunehmen, wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag, die Schuldeputation anders zusammenzusetzen und auch eine Lehrerin mit heranzuziehen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Der Magistrat beantragte sodann die Forderung des Schulplanes für die Mittelschule, um den Uebertritt von Gemeindefunktionären in die Mittelschule leichter zu machen. Die Forderung fand in der Versammlung wenig Anklang. Auch Stadtv. Kollmeubuh (Soz.) ist mit der Forderung keineswegs einverstanden. Redner wäre es, den Lehrplan der Gemeindefunktionäre auszugestalten, damit nicht die aus der Gemeindefunktion in die Mittelschule übergehenden Kinder als zurückgeblieben betrachtet werden. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß die Stadt keinen Einfluß auf die Forderung des Lehrplanes der Gemeindefunktionäre habe. Am übrigen verpönte er sich ebenfalls wenig von der Vorlage. Am besten sei es, die vier unteren Klassen der Mittelschule aufzulösen. — Die Vorlage wurde sodann einem Ausschuß überwiesen.

Die beantragte Uebernahme des Krankentransportwesens in städtische Verwaltung wurde zunächst einem Ausschuß überwiesen.

Eine Reihe von kleineren Vorlagen wurden ohne wesentliche Debatte genehmigt.

### Friedenau.

Die Gründung eines Arbeiter-Turnvereins bezweckt eine am Sonntag, den 1. Februar, abends 8½ Uhr, im „Rheinischhof“, Rheinstr. 60, stattfindende Versammlung. Freunde des Turnens werden ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen.



## Lichtenberg.

Die kaiserliche Post scheint nicht helfen wollen zu wollen, daß auch die Stadt Lichtenberg in der Zeit existiert, von der man behauptet, sie stände im Zeichen des Verfalls. Lassen jetzt schon die verfallenen Verhältnisse den Gedanken nicht aufkommen, daß Lichtenberg vor den Toren Berlins liegt, so droht in Zukunft noch eine erhebliche Verfallströmung. Das Postamt II (Vorstraße) soll nicht mehr Postamt sein. Es besteht dann die begründete Aussicht, daß die erste Post nicht mehr wie jetzt in der zweiten Hälfte des Vormittags, sondern nach Tisch auszugeben werden soll. Sollten die städtischen Behörden nicht endlich einmal ganz energisch Front machen gegen eine solche Anmaßung und künstliche Denkmäler der Entwertung des Ortes?

## Vogelsgarten-Nummelsburg.

Zu der Generalversammlung, die der Wahlverein für Vogelsgarten-Nummelsburg am Sonntag abhielt, erstattete der Vorsitzende Genosse Otto John den Vorstands- sowie Kassenbericht für die Zeit vom 21. Februar 1907 bis 31. Dezember 1907, der den Mitgliedern auch gedruckt vorlag. Die Mitgliederzahl stieg von 1000 auf 1200, außerdem zählt der Bezirk Nummelsburg 60 Mitglieder. Aus den bisherigen 10 Bezirken wurden 19 gebildet, davon entfielen auf Nummelsburg 8 und auf Vogelsgarten 11. Vereins- und Agitationsveranstaltungen fanden im Orte 15 und in den Bezirken Nummelsburg und Alt-Landsberg 17 statt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 22 Sitzungen. Die Einnahme betrug 6309,03 M., die Ausgabe am Orte 2126,40 M., an den Kreis abgeführt 3790,27 M., mithin verblieb ein Kassenbestand von 502,36 M. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten stieg von 2126 auf 2020. Die Bibliothek besteht zurzeit aus 368 Bänden, davon wurden seit April 113 Bände ausgeliehen. Die sich hieran anschließende Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Otto John, 2. Vorsitzender Ernst Wälgner, 1. Kassierer Otto Wälgner, 2. Kassierer Rob. Müller; 1. Schriftführer Seiditz, 2. Schriftführer Aloy. Revisoren: Rob. Ketzner, Wandlow und Aug. Kähler. Zeitungs- und Bibliothekskommission: Großkopf, Röfe und Ethel. Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung sowie zur Verbandsgeneralversammlung nach Groß-Berlin wurden E. König, R. Wälgner, Gust. Tempel, Mag. Bartel, Gust. Richter, Klemm, Eug. Kähler und Hansmann gewählt; als Ersatzleute: Janzen, Otto Stein und Georg Schulz. In die Lokalkommission wurden E. Wälgner, R. Müller und Aloy bestimmt. Hierauf erfolgte die Aufnahme von 222 Genossen. Widerspruch erhob sich nur gegen die Aufnahme eines Gastwirts. Die Angelegenheit wurde dem Vorstand überwiesen.

## Nummelsburg.

Eine gut besuchte Volksversammlung nahm vor einigen Tagen den Bericht unserer Gemeindevorsteher über ihre Tätigkeit entgegen. Genosse John referierte in ausführlicher Weise über alle wichtigen Fragen, mit denen sich die Vertretung im letzten Jahre zu beschäftigen hatte. Mit Rücksicht darauf, daß wir über die Sitzungen bisher kritisch berichtet, erübrigt sich eine Wiedergabe der Ausführungen des Redners. Klar und deutlich präzisierete Genosse John die Forderungen, die die Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Schulwesens, der kostenlosen Lieferung von Lehrmitteln in Gemeindeforschulen sowie in der Fortbildungsschule, der Gesundheitspflege der Kinder usw. stellt, dabei betonend, wie verständnislos die bürgerliche Mehrheit sich stets solchen Forderungen gegenüber verhalten habe. Auch andere wichtige Gebiete streifte der Redner und legte in wichtiger Weise die Stellung unserer Genossen dar. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Müller, Tischbender und Trinto, die die Ausführungen des Referenten teilweise ergänzten. — Ein Antrag, daß der Vorstand des Wahlvereins unter Hinzuziehung der nicht zur Wahl stehenden Gemeindevorsteher das Wahlkomitee bilden soll, wurde angenommen. Dagegen folgende Resolution: Die heute zahlreich versammelten Gemeindevorsteher von Nummelsburg-Vogelsgarten erklären sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher einverstanden. Ganz besonders empfinden die Versammelten die neue Einteilung der Wahlbezirke als eine weitere Benachteiligung der dritten Klasse; die Versammelten verpflichten sich, im Kampfe um ein gerechtes Wahlrecht zum Landtage ihre volle Pflicht zu erfüllen, damit auch dem Volkswort des Volkes in den Gemeinden ein Ende gemacht wird.

## Röpenitz.

Der „Segen“ des Vaters. Einen Doppelselbstmord markiert hat ein blutiges Liebespaar, das sich die Einwilligung der Eltern erzwungen wollte. Die erst 14 Jahre alte Tochter Frieda des Kaufmanns A. van hier hatte mit einem um zwei Jahre älteren Handlungslehrling aus Oberschönau — ein Liebesverhältnis unterhalten, das von den Eltern natürlich nicht gebilligt wurde. Um die Angehörigen nun gefügiger zu machen und um die „Consens“ für eine Heirat zu erhalten, kamen die jungen Leute auf folgenden Einfall. Sie schrieben eine Anzahl Briefe, in denen sie sich über die Eltern hinwegsetzten, daß sie gemeinsam in den Tod gehen würden, da ihnen seitens der Eltern der Segen zu einem ehelichen Bündnis nicht erteilt werde. Die Mädchen hatten auch nicht vergessen, ihren Aufseher anzuweisen, um dadurch die Angehörigen in die Lage zu setzen, das „Alibi“ noch zu decken. Der Vater des lehnswilligen jungen Mannes und auch derjenige der „Geliebten“ erschienen denn auch bald an Ort und Stelle. Er erhielt seinen Segen in Gestalt einer tüchtigen Pracht Krüge, während dem jungen Mädchen der Standpunkt auf andere Art und Weise har gemacht wurde. Ihre Selbstmordgedanken haben die beiden nun gänzlich aufgegeben.

## Treptow-Baumshilfenweg.

Zu der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Gen. Gramenz den Jahresbericht des Vorstandes. Hervorzuheben ist, daß 18 Vereins- und 40 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Davon wurden 43 allein in der Woche abgehalten, in welchen über die Präzedenz der Polizei eingehend debattiert wurde. Die Polizei hatte daher durch den Überwachungsdienst alle Hände voll zu tun. Der Kassierer, Genosse Rietze, erstattete hierauf den Kassenbericht vom 4. Quartal. Es betragen die Einnahmen 820,24 M., an die Zentralkasse des Kreises wurden abgeliefert 640,82 M., die Ausgaben betragen 230,20 M., es bleibt am Ort ein Bestand von 23,22 M. Der Jahreskassenbericht gestaltete sich folgendermaßen: Einnahmen 2318,93 M., an die Zentralkasse des Kreises wurden 1801,88 M. abgeliefert, am Ort betragen die Ausgaben 409,82 M. und ist der Bestand 23,22 M. Der Mitgliederbestand beträgt 631. Davon entfielen auf den Orts- und Baumshilfenweg 340 und auf Treptow 191 Mitglieder. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern scharf kritisiert, daß die Zeitungsfrauen auch in diesem Jahre zum neuen Jahre gratulierten. Dem Vorstand wurde die Erklärung abgegeben, daß auch er diese Gratulation der Frauen verurteilt. Den Bericht von der Lokalkommission gab der Genosse Wege und von der Bibliothek der Genosse Kobbelt. Die Bibliothek besteht aus 114 Bänden und 80 Broschüren. Die Benutzung ist leider eine sehr schwache; es wurde angeregt, daß die Frauen und Jugendlichen reger als bisher von derselben Gebrauch machen möchten. — Die Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre ergab: Gramenz und Hartmann Vorsitzende, Strieder und Wundt Schriftführer, Rietze und Palm Kassierer und Weich Revisor. Zu Revisoren wurden Schieffe, Winterfeld und Haad gewählt. In die Lokalkommission wurden Lehmann und Wege gewählt. Als Bibliothekare fungieren Kobbelt und Richard Müller. Die von den Bezirken gewählten Bezirksführer wurden bestätigt. Zur Kreis-Generalversammlung wurde Gramenz, Strieder und Hartmann delegiert.

## Zeuthen.

Protest gegen Unterdrückung und Unrecht! Das war die Losung einer öffentlichen Versammlung, die als Ersatz für eine im November zu Unrecht verbotene am letzten Sonntag im Spethmannschen Lokal tagte. Und wenn es bisher schwer fiel, besonders die Frauen zur Erkenntnis ihrer doppelten Rechtlosigkeit zu bringen, so hatte das damalige Verbot nunmehr geradezu Wunder gewirkt. Etwa

120 Personen, davon die Hälfte Frauen, waren erschienen, um das Referat der Genossin Marie Thiel-Tempelhof zu hören über das Thema „Der Kampf der Arbeiterklasse und die Frauen“. In feindseliger Darstellung verhandelt die Referentin, den Frauen das Entwürdigende ihrer Rechtlosigkeit auf wirtschaftlichen und politischen Gebieten vor Augen zu führen. Und wiederholt bewies während des Referats der Beifall der Frauen, daß sie verstanden, daß in erster Linie die Frau und Mutter dazu berufen ist, den proletarischen Klassenkampf schon mit der Erziehung der Kinder zu fördern. Nach kurzer Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, und nach einem feierlichen Schlußworte des Vorsitzenden Genossen Hoffmann, das sich im besonderen an die anwesenden Männer wendete, erfolgte Schluß der Versammlung mit Absingung der ersten beiden Verse der Marxhymne und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie und die proletarische Frauenbewegung. Und der Erfolg? 22 Frauen erklärten durch Unterschrift, einem eventuell zu gründenden „Bildungsverein der Frauen und Mädchen“ beizutreten, ebenso waren eine Anzahl von Neuansmeldungen für den Wahlverein, wie eine Anzahl von Abonnenten auf die „Gleichheit“ zu verzeichnen. — Dieser Erfolg beweist wieder einmal, daß unsere besten Freunde und Förderer unsere Feinde sind! Wir hoffen bald Gelegenheit zu haben, auf eventl. erneute Ingeheuligkeiten von oben her mit gleichem Erfolg die Klassenbewußte Arbeiterschaft Antwort geben zu lassen.

Aus der letzten Sitzung der Gemeindevertretung dürften einige Beschlüsse von Interesse sein. Ein Antrag um Aufnahme in die Gemeindevorsteherliste wurde abgelehnt, weil das Kollegium entgegen der anderwärts geübten Praxis sich der ertümelnden Auffassung des Gemeindevorstehers angeschlossen, daß Chambergarnisch im Sinne des § 41 der Landgemeindeordnung nicht als selbständig gelten. — Der Vorschlag des Gemeindevorsteher für 1908 wurde festgesetzt in Einnahme und Ausgabe auf 42 270,65 M. Unter den Einnahmen rangieren solche aus direkten Steuern wie folgt: Gemeindesteuer von Einkommen über 900 M.: 11 800 M., unter 900 M.: 500 M., von Forsten und Sommergärten 7000 M. Aus den Ausgaben sind erwähnenswert: Gehalt des Gemeindevorsteher 3100 M. (inkl. 500 M. Wohnungsgeld), während für die beiden Wähler der Jugend pro Rechstakt 1200 M. gezahlt werden, und die Wähler pro Nacht 2 M. erhalten. Die Gemeindevorsteher, die im Vorjahre 125 Proz. der Staats-Einkommensteuer betrug, wird für 1908 festgesetzt auf 115 Proz., die Grundsteuer auf 310 Proz., und die Gewerbesteuer auf 120 Proz. Die Herabsetzung der Gemeindevorsteher hat sich, wie der Gemeindevorsteher hervorhebt, in erster Linie ermöglichen lassen durch die in diesem Jahre erstmalig strenger bewirkte Heranziehung der vollen Einkommen der Arbeiterklasse. (Doch wenigstens ein Trost! D. V.) — Das Gaswerk der Gemeinde hat im ersten Betriebsjahre einen Ueberschuß von 3108 M. erzielt, von welchem 1000 M. der Gemeindevorsteher, der Rest einem neu zu errichtenden Betriebs-erneuerungsfonds überwiesen wurde. Der Vorschlag balanciert für das Jahr 1908 in Einnahme und Ausgabe mit 25 100 M. Der günstige Stand des Unternehmens rechtfertigt die Herabsetzung des Gaspreises für Privats auf 20 auf 18 Pf. pro Kubikmeter. Der Igl. Eigenwohnzins zahlte wie bisher 10 Pf., die angeschlossene Gemeinde Niedersdorf 17 Pf. und 10 Proz. der Verbandsstimmabgabe als Beitrag zu den Verbandskosten. Der günstige Stand des Unternehmens scheint nach Ansicht des Berichterstatters aber nicht zum letzten darauf zurückzuführen sein, daß im Punkte Entlohnung und Arbeitszeit bisher vorzügliche Zustände geherrscht haben. So mußte selbst der Referent zu diesem Punkte eingestehen, daß der jetzige Zustand, wonach 2 Arbeiter auf 1000 M. Lohn haben und eine Sonntagsruhe fast nicht kennen, nicht länger aufrecht zu erhalten ist! Als Mittel hierzu wurde beschlossen, einen dritten Arbeiter, der auch bei der Installation neuer Anschlüsse Schlosserarbeit zu verrichten hat, neu anzustellen, die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen und alle drei Wochen einen freien Sonntag zu gewähren. Ein ganz hervorragendes soziales Verhältnis glaubte wohl das Kollegium bei dem Beschlusse zu beweisen, als Ersatz für die fortfallenden 2 Stunden den Stundenlohn von 30 auf 35 Pf. zu erhöhen. Wenn die Gasarbeiter nunmehr nicht eine Dankadresse an das Kollegium richten, erklären wir sie samt und sonders als unerlässlich! D. V.) Das Gehalt des Gasmeisters wurde von 1500 auf 1800 M. erhöht. — Ein Angebot des Grundbesitzvereins, für die Kontrolle der Wähler Listen zu schenken, wurde abgelehnt, nachdem von mehreren Rednern das liebenswürdige Angebot verblümt als „Dankgeschenk“ bezeichnet wurde, da man nicht ganz mit Unrecht der Ansicht war, daß die Wähler die durch das Steigen der Listen bedingte Mehrarbeit zum Anlaß nehmen würden, ihren traurigen Nachlohn von 2 M. aufzubessern.

## Neuenhagen (Ostbahn).

Zu der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Gen. Höfelbart den Vorstandsbericht. Danach haben stattgefunden: 6 Volksversammlungen, 8 Mitgliederversammlungen und 14 Vorstandssitzungen. Die Mitgliederzahl beträgt 100. Der Kassenbericht des Gen. Lehmann weist eine Jahreseinnahme von 456,20 M. und eine Ausgabe von 452,52 M. auf; an den Kreis abgeführt wurden 231,10 M. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes: 1. Vorsitzender Höfelbart, 2. Hübscher, Kassierer A. Lehmann, Schriftführer Adeling, Revisor Köller und Schloffer, Revisoren Wöhm, Stenz und D. Schmale, Zeitungskommission Schumann, Köller und A. Schmale, Lokalkommissionsmitglied Wöhm, Delegierter für Groß-Berlin Hübscher.

## Herzfelde.

Zu der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben stattgefunden 6 Volksversammlungen, 10 Mitgliederversammlungen, 4 Vorstandssitzungen, 8 Agitationsfahrten und 6 Flugblattverbreitungen. Den Kassenbericht erstattete der Genosse Eißholz. Einer Einnahme von 400,67 M. steht eine Ausgabe von 350,64 M. gegenüber. Mitglieder waren 86 am Jahresabschluss. Nach dem Expeditionsbericht, den der Genosse Wistang gab, betragen die Einnahmen 227,03 M., die Ausgaben 211,10 M. Aus dem Bericht der Lokalkommission ist zu entnehmen, daß im Bezirk Herzfelde, nachdem das Lokal in Lichtensow durch den Wirt zurückgezogen ist und ein Lokal in Herzfelde durch die Parteigenossen abgegeben wurde, nur noch 8 Lokale der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen, und zwar in Herzfelde Otto Schulz, in Hennidendorf Gustav Goldgraber, zur Wandelsburg, Angel, Otto Jellik. Die Vorstandswahl wurde bis Monat März zurückgesetzt. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung mit der im März stattfindenden Gemeindevahl. Im Februar soll eine Kommunalwählerversammlung einberufen und unsere Kandidaten bekannt gegeben werden.

## Pankow.

Ueber die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftskarteile referierte Genosse Ritter, Berlin in einer im Lokale von Köstlich tagenden öffentlichen Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder von Pankow, die den Zahlstellen der Berliner Organisation angeschlossen sind. Da die Gründung eines Unterkartells für Pankow und Anstalt derselben an die Berliner Gewerkschaftskommission auf der Tagesordnung stand, so gab Genosse Ritter zunächst einen historischen Überblick über die Entstehung der Karteile aus den früheren Streikerkontrollkommissionen und erörterte dann weiter im einzelnen die Aufgaben, welche die Karteile zu erfüllen haben. Die auf politischem Gebiet eine gewisse Zentralisation der Organisation für Groß-Berlin geschaffen ist, so sei auch auf gewerkschaftlichem Gebiet eine solche zur Notwendigkeit geworden. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion, in der sich die Redner mit der Bildung eines Unterkartells einverstanden erklärten. Als Vorsitzender der Unterkartellkommission wurde Genosse Spickermann, als Kassierer und Schriftführer die Genossen Steinmann und Berg gewählt.

## Weißensee.

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Weißensee des Deutschen Holzarbeiterverbandes nahm den Jahresbericht der Ortsverwaltung des Kollegen Fuhrmann entgegen. Es haben stattgefunden 2 Generalversammlungen und 11 Mitgliederversammlungen. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß der vom Gewerkschaftsrat und Wahlverein eingeführte Kurus bisher einen regen Besuch aufzuweisen hatte und der Wunsch ausgesprochen, daran festzuhalten, um die Kollegen über die wichtigen Gewerkschafts- und Parteifragen genügend zu unterrichten. Der Klassenbericht lag den Kollegen schriftlich vor. An Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Verbandskasse 284,80 M. und aus der Lokalkasse 2381,35 M. ausgegeben. An Krankenunterstützung zahlte die Hauptkasse 854,80 M., die Lokalkasse 995,40 M. Das Guthaben des Hauptvorstandes der Zahlstelle gegenüber beträgt noch 21 341,48 M. In den Bericht dieser, sowie an alle folgenden Berichte knüpfte sich eine kurze Diskussion. Die nunmehr erfolgten Wahlen hatten folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Fritz Ebert, 2. Hermann Kuttler, Schriftführer Rich. Dackauer. Als Revisoren fungierten die Kollegen Aug. Weidm., Herrn. Kofe, Ernst Namke. Als Beiratsmitglieder Schnell, Neumann, Schönholz und Ott. Die Kontrollkommission besteht aus den Kollegen Köpfer, Bau, Betsche, Sigmund, Ott, Mertens. Als Bibliothekar wurde Wegener und als Delegierter im Gewerkschaftsrat wieder gewählt. — Zu der im Februar 1908 stattfindenden Vorstandskonferenz in Berlin wählte die Versammlung die Kollegen Jendel, Kuttler und Ebert.

## Wittenau.

Der Kampf ums Recht lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Kubig-Pankow in einer gut besuchten Volksversammlung hielt. Die Versammelten nahmen die Ausführungen mit großem Beifall entgegen. In der darauf folgenden Diskussion wurde noch auf die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl hingewiesen. Ferner wurden die Versammelten aufgefordert, Abonnenten der „Vorwärts“ zu werden und in den Wahlverein einzutreten.

## Schönwalde (Bezirk Pankow).

„Das Dreifachenwahlrecht und die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Vertretung in den Gemeinden“ war das Thema, über das Genosse Störmer in einer im Schützenrestaurant von circa 150 Personen besuchten öffentlichen Versammlung referierte. Die Versammelten nahmen die Ausführungen des vollkämpfigen Redners mit größter Aufmerksamkeit entgegen. Insbesondere bewies die stark vertretene Schönwalder Frauen großes Interesse für die Ausführungen, ein Beweis dafür, daß der Verein „Frauenhilfe“, wie so mancher seiner Art, nicht in der Lage ist, die Arbeiterfrauen davon abzuhalten, über die wirtschaftliche und politische Lage nachzudenken. Die im März stattfindende Ergänzungswahl für die Gemeindevorsteherwahl muß die Sozialdemokratie zu agitieren, damit auch hier Vertreter derselben gewählt werden.

## Spandau.

Den Flammenopfer erlitten am Dienstag hier zwei Frauen. Eine 30-jährige Arbeiterfrau Hedrich war abends damit beschäftigt, bei einem offenen Kamin Feuer zu schüren. Dabei gerieten die Federn und gleichgültig auch die Kleider der Frau in Brand; bevor ihr Hilfe gebracht werden konnte, war sie von den Flammen umhüllt, und mit schweren Brandwunden bedeckt wurde sie ins Krankenhaus gebracht, wo sie bald darauf starb. Eine bei ihrer verheirateten Tochter wohnhafte 80-jährige Frau hatte, um sich zu erwärmen, in einem eisernen Behälter Holz in Brand gesetzt und daneben Platz genommen; durch herausfallende Funken wurde ihre Kleidung entzündet und die Greisin, die halb gelähmt gewesen ist, verbrannte unter entsetzlichen Qualen; Hilfe kam zu spät.

## Verfassungen.

Der Verband der Sattler, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 23. Januar in den neuen Arminhallen eine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 lag gedruckt vor. In der Ortsverwaltung beliefen sich die Einnahmen — darunter 1000 M. Zuschuß von der Hauptkasse — auf 12 484,75 M., die Ausgaben auf 11 738,88 M., so daß ein Bestand von 740,87 M. übrig blieb. Von den Ausgaben kamen 5677,00 M. auf die Arbeitslosen, 2440 M. auf die Krankenunterstützung. Die Lokalkasse hatte, einen alten Bestand von 7194,78 M. mitgerechnet, 11 778 M. Einnahmen; ihre Ausgaben — darunter 3024,50 M. Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung und 13 12,50 M. Zuschuß zur Krankenunterstützung — betragen 6601,00 M., so daß der Bestand dieser Kasse auf 9177,23 M. lag. Die Abrechnung der Berliner Verwaltung schließt mit 4675,38 M. Einnahmen, 2900,50 M. Ausgaben und einem Bestand von 2374,88 M. ab.

Der Kassierer Wehler bemerkte zu der Abrechnung, daß in den außerordentlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, die den Zuschuß aus der Hauptkasse erforderlich machten, der unheilvolle Einfluß der Krise zum Ausdruck kam. Dieser Einfluß machte sich natürlich auch im Arbeitsnachweis stark bemerkbar. Eingeschrieben wurden im Laufe des Quartals 554 Arbeitslose, verlangt wurden 208 Arbeitskräfte, und besetzt wurden 170 Stellen. Mitglieder zählte die Ortsverwaltung am Jahresschluß 2123, unter ihnen 103 weibliche.

Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge und erklärte sich außerdem mit einem Vorschlag des Vorstandes einverstanden, wonach die an die Hauptkasse zu leistenden Ortsbeiträge für das laufende Quartal aus der Lokalkasse gedeckt werden sollen.

Darauf hielt das Verbandsvorstandsmitglied Müntner einen Vortrag über die Frage: „Wie stellen wir uns zur Gründung eines Lederindustrieverbandes?“ Es liegt hierbei der Gedanke zugrunde, daß die Verbände der Schuhmacher, Kürschner, Gerber, Sattler, Portefeulier und Handschuhmacher sich zu einem großen Verbande vereinigen und dadurch ihre Leistungsfähigkeit erhöhen sollten. Nach den gegenwärtigen Mitgliederbeständen jener sechs Verbände würde ein solcher Industrieverband 50 700 Mitglieder umfassen, von denen der größte Teil, nämlich über 35 000, Schuhmacher wären. Der Redner sprach sich nun dahin aus, daß man die Frage sehr ruhig und nicht übereilen müsse, und untersuchte dann die Gründe, die für, und die gegen einen Plan angeführt werden. Er kam zu dem Schluß, daß eine Verschmelzung des Sattlerverbandes mit dem Portefeulierverband wohl notwendig sei, weil Angehörige dieser beiden Verufe miteinander in ein und denselben Werkstätte, ja auf ein und dieselben Artikel arbeiten, daß aber die Zusammenschließung jener sechs verschiedenen Verufe, die zum Teil nichts anderes miteinander gemein hätten, als daß sie mit Leder arbeiten, nicht zu empfehlen sei. — Im übrigen sind die Ansichten des Referenten in dieser Resolution ausgesprochen.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und kam in der Schaffung eines Lederindustrieverbandes eine Verbesserung der Position unseres Berufes nicht erblickend. Die scheinbaren oder wirklichen Vorteile, die sich etwa auf verwaltungsmäßigem Gebiet ergeben würden, werden mehr als aufgewogen durch die Nachteile, die sich in bezug auf die Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Berufsgruppen unbedingt zeigen müssen. Die Versammlung erachtet es vielmehr für notwendig, daß familiäre in Frage kommenden Branchen mit voller Kraft für sich selbst arbeiten, da alle noch weite, unbearbeitete Gebiete haben, denen auch durch einen Industrieverband nicht besser beizukommen ist.

Die meisten Diskussionsredner äußerten sich im selben Sinne, unter ihnen auch der Verbandsvorsitzende Luan. Die Diskussion sowie die Abstimmung über die Resolution wurden jedoch wegen vorgehreitener Zeit verlegt auf eine der nächsten Versammlungen.



